

Genehmigt: 18.01.2024

Protokoll 20

Stadtratssitzung

Donnerstag, 16.11.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	1389
2023.SR.0112.....	1390
1 Begrüssung und Mitteilungen	
Diskussion zu einem aktuellen Ereignis.....	1391
2022.FPI.000015.....	1402
2 Reglement über die Finanzkontrolle der Stadt Bern (Finanzkontrollreglement; FR); Erlass, 1. Lesung	
2023.TVS.0185.....	1410
3 Klimaanpassungsmassnahmen Optingenstrasse; Projektierungs- und Ausführungskredit	
2014.PRD.000098.....	1416
4 Tiefbauamt, neuer Werkhof auf dem Areal Neuhuus; Verpflichtungskredit und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Abstimmungsbotschaft)	
2022.SR.000084.....	1417
5 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag Fraktion GB/JA! (Anna Jegher, JA!/Franziska Geiser, GB): Gestaltung des Geschäftsreglements gemäss «Sprachleitfaden Kommunikation und Geschlecht» sowie Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission: «Klärung der Vorgehensweise bei der Traktandierung der dringlichen Interpellationen im Stadtrat sowie redaktionelle Korrekturen und Anpassungen des GRSR aufgrund der verschiedenen GRSR-Teilrevisionen im Jahr 2022»; 2. Lesung	
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.....	1421
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr.....	1422
2023.SR.0111.....	1423
6 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsanträge des Büros des Stadtrats zur Zustellung und Publikation der Sitzungsunterlagen und zum Verzicht auf den Druck von Sitzungsunterlagen (Art. 42, Art. 45 und Art. 47 GRSR), 2. Lesung	
2014.BSS.000213.....	1433
7 Gesamtanierung und Erneuerung der Ka-We-De; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	
2017.SR.000267.....	1445
8 Motion Henri-Charles Beuchat (SVP), Michael Daphinoff (CVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Fehlende Handelsregistereinträge	

der Reitschulbetriebe – Finanzströme, Betriebsrechnung und Mehrwertsteuerpflicht der Reitschule auf dem Prüfstand	
2018.SR.000190	1451
9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Gewalt bei der Reithalle die nötigen Massnahmen müssen endlich zum Schutz der Polizei und Dritter ergriffen werden	
2018.SR.000194	1453
10 Motion Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Externe unabhängige Untersuchung des Sicherheitsdienstes der Reitschule bei den Ausschreitungen vom 1. September 2018	
2020.SR.000066	1453
11 Motion Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Bernhard Eicher, FDP) - übernommen durch Ursula Stöckli (FDP): Deeskalation und Optimierung Betrieb Reitschule	
2019.SR.000167	1454
12 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Genug ist genug! Die Stadt darf sich nicht länger von kriminellen Aktivisten in Geiselhaft nehmen lassen!	
2019.SR.000159	1455
13 Motion Fraktion GFL/EVP (Michael Burkard, GFL) – übernommen durch Marcel Wüthrich (GFL): Ausstieg aus der Flughafen Bern AG	
Verschoben und eingereicht	1460
Schluss der Sitzung: 22.33 Uhr	1461

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Matteo Micieli
Valentina Achermann	Thomas Glauser	Szabolcs Mihalyi
Janina Aeberhard	Claude Grosjean	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Lukas Gutzwiller	Florence Pärli Schmid
Ruth Altmann	Bernadette Häfliger	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Erich Hess	Simone Richner
Mirjam Arn	Thomas Hofstetter	Sarah Rubin
Tom Berger	Matthias Humbel	Michael Ruefer
Lea Bill	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Gabriela Blatter	Ueli Jaisli	Judith Schenk
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Sara Schmid
Michael Burkard	Anna Jegher	Nicole Silvestri
Eva Chen	Raffael Joggi	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Nora Joos	Ursula Stöckli
Dolores Dana	Barbara Keller	Irina Straubhaar
Milena Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Therese Streit-Ramseier
Sibyl Eigenmann	Fuat Köçer	Bettina Stüssi
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Michael Sutter
Alexander Feuz	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Maurice Lindgren	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Salome Mathys	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Esther Meier	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Timur Akçasayar	Tanja Miljanovic	Claudio Righetti
Diego Bigger	Niklaus Mürner	Mirjam Roder
Laura Binz	Dominic Nellen	Kurt Rüeegsegger
Simone Machado		

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekre- tärin	Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
-------------------------------------	---------------------------------------	-------------------------------

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Stadträt*innen, geschätzte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, geschätzte Medienschaffende, geschätzte Besucher*innen auf der Tribüne und online zugeschaltet über den Audiostream, ich begrüsse ganz herzlich zur 20. Sitzung 2023.

Ich melde folgende Entschuldigungen: Es haben sich entschuldigt für beide Sitzungen: Mirjam Roder, Niklaus Mürner, Laura Binz, Kurt Rüeegsegger, Dominic Nellen, Diego Bigger, Simone Machado und Tanja Miljanovic. Für die erste Sitzung haben sich entschuldigt: Timur Akçasayar und Claudio Righetti. Und für die zweite Sitzung: Seraphine Iseli und Fuat Köçer. Und etwas später kommen Lukas Gutzwiller und Michael Burkart. Gut. Mir sind heute keine Rücktritte bekannt. Entsprechend haben wir auch keine neuen Ratsmitglieder zu begrüßen. Wir haben heute keinen Geburtstag, den wir verkünden dürfen. Ich darf aber anmerken, dass morgen Diego Bigger Geburtstag haben wird, verzichte aber jetzt auf eine Gratulation, weil das Unglück bringt, aber es soll dann gelten. Weitere Mitteilungen: Logischerweise wie immer das Badgen nicht vergessen: für beide Sitzungen jeweils ein- und ausstempeln. Und dann haben wir noch den speziellen Hinweis für den 7. Dezember. Das ist mein Abschlussessen beziehungsweise das Abschlussessen des diesjährigen Stadtrats. Ich bitte all die, die sich noch nicht angemeldet haben, doch in einer freien Ratsminute heute Abend das noch schnell online zu machen, dann wissen wir schnell, wie viele Nachtessen wir organisieren dürfen. Weiter möchte ich auch begrüßen heute an dem speziellen Tag: die Lernenden der Stadt Bern. Sie kommen heute in der ersten Sitzung zuhören und zuschauen und ein bisschen reinfühlen, wie das hier heute so läuft. Herzlich willkommen. Ich wünsche spannende Unterhaltung beziehungsweise interessante Diskussionen heute in der ersten Sitzung. Und da noch als Erinnerung für die, die sich bereit erklärt haben, in der Ratspause um 19 Uhr bereitzustehen unten im Foyer für das entsprechende Speed-Dating.

Wir kommen zu den Ordnungsanträgen. Wir stimmen zuerst ab über den Ordnungsantrag Nummer 1. Das ist ein Ordnungsantrag der Mitte. Dort geht es um das Traktandum 15 in Form einer reduzierten Debatte. Wir stimmen ab.

Antrag

Ordnungsantrag Mitte:

Traktandum 15 wird in Form einer reduzierten Debatte behandelt.

Abstimmung

2023.SR.0112: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	49
Nein	3
Enthalten	0

Namensliste 005

Präsident: Sie haben dem zugestimmt. Wir kommen zum Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass. Ihr habt das gelesen. Wir stimmen ab über den Antrag zur aktuellen Diskussion.

Antrag

1. AL/PdA, SP/JUSO: Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis.

Abstimmung

2023.SR.0112: Antrag 1		
Annahme		
Ja	39	
Nein	13	
Enthalten	0	Namensliste 006

Präsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt.

Diskussion zu einem aktuellen Ereignis

Präsident: Ich gebe darum den Einreichenden des Antrages das Wort. Hier kommt David Böhner. Als Anmerkung vielleicht, weil das nicht alltäglich ist: Die Fraktionen haben jeweils 5 Minuten Zeit für das Votum, der Gemeinderat hat 10 Minuten.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Merci haben Sie dem zugestimmt. Es ist ein wichtiges Thema. Die Fraktion AL-PdA ist empört über das generelle Demoverbot in der Innenstadt. Wir sind schockiert, dass der Gemeinderat ein solch wichtiges Grundrecht so wenig achtet und die kommerziellen Interessen höher gewichtet als die freie Meinungsäusserung. Das ist unserer Meinung nach demokratiepolitisch äusserst bedenklich. Weil wir gegen solch autoritäre Tendenzen ein deutliches Zeichen setzen wollen, hat die AL für diesen Samstag zu einer Demo gegen das Demoverbot aufgerufen. Vor einer Woche haben wir ein Gesuch eingereicht für den Umzug durch die Innenstadt am kommenden Samstag, wenn das Demonstrationsverbot in Kraft tritt. Das ist nicht bewilligt worden. Die Begründung ist gewesen, es gebe zu wenig Vorlaufzeit und im Reglement sei festgehalten, dass es 3 Wochen vorher angemeldet werden müsse. Vor 3 Wochen haben wir es halt noch nicht gewusst, aber ein bisschen Verständnis haben wir natürlich gehabt, dass das Vorbereitungszeit braucht. Deshalb haben wir in unserem Gesuch ebenfalls gesagt, wir könnten es eine Woche später oder 2 Wochen später, also am 25. November oder am 2. Dezember, machen, dann wäre ja genug Vorlaufzeit. Aber auch das ist nicht bewilligt worden.

Darum werden wir die Demonstration nicht durchführen. Wir haben keine Lust auf ein Gerangel mit der Polizei, auf Verhaftungen, auf Verletzte. Aber wir werden die beschwerdefähige Verfügung, die uns in Aussicht gestellt worden ist, genau studieren und sehr wahrscheinlich juristisch dagegen vorgehen.

Es kann nicht sein, dass in der Bundesstadt nicht demonstriert werden darf, weil das Weihnachtsgeschäft vor der Tür steht, YB auch noch einen wichtigen Match hat und der französische Staatspräsident auf Stippvisite ist. Die Aussagen des Sicherheitsdirektors und auch des Regierungsrats Müller deuten daraufhin, dass es beim Demonstrationsverbot vor allem darum geht, dass Solidaritätsdemos mit den Leuten in Gaza gerade nicht mehr stattfinden sollen. Jetzt ist dann mal gut, wir haben es jetzt gehört, es ist zwar traurig, dass euch die Bomben auf den Kopf fallen, fast wie bei uns der Regen, dass eine Stadt mit über ein halben Million Einwohner dem Erdboden gleich gemacht wird. Aber wir wollen jetzt Glühwein trinken und Weihnachtsgeschenke ein-

kaufen. Dabei sind Demonstranten einfach störend. Und ihr könnt noch 100-mal behaupten, dass es gar kein Demoverbot gibt. Die Medienmitteilung des Gemeinderats am 8. November spricht eine deutliche Sprache. Im Zeitraum ab dem 17. November bis mit 24. Dezember 2023 können in der Innenstadt keine Grosskundgebungen oder Umzüge bewilligt werden. Wie soll man denn das anders verstehen, als dass es ein Demoverbot in der Innenstadt gibt für 5 Wochen? Da könnt ihr jetzt gerade noch 100-mal sagen, ihr prüft jedes Gesuch individuell einzeln, wenn dann jedes einzelne Gesuch abgelehnt wird, ist es trotzdem ein Demoverbot. Der Gemeinderat begibt sich damit nicht nur demokratiepolitisch, sondern auch juristisch auf das Glatteis. Darum fordern wir hier den Gemeinderat noch einmal auf, das Demoverbot aufzuheben und wieder zur Vernunft zu kommen. Merci.

Präsident: Merci David Böhner. Korrektur meinerseits: Es ist nicht so, dass die Fraktionen 5 Minuten Zeit haben, sondern natürlich die Parteien haben 5 Minuten Zeit zum Reden; dies als Ergänzung. Als nächstes spricht Lionel Gaudy für die Mitte-Partei.

Lionel Gaudy (Mitte): Fast hätten wir es geschafft, fast wären wir effizient geworden im Stadtrat. Jetzt unterhalten wir uns aber noch über einen Gemeinderatsbeschluss. Die Mitte ist ganz klar der Meinung, dass die Versammlungsfreiheit ein sehr wichtiges Grundrecht ist. Wie immer, wenn es um Grundrechte geht, ist es zwingend, dass auch eine Rechtsgüterabwägung vorgenommen wird. Und jeder Grundrechtseingriff, jede Grundrechtseinschränkung muss sich natürlich den Voraussetzungen von Artikel 36 der Bundesverfassung stellen. In dem Fall hier, das, was der Gemeinderat entschieden hat, ist nicht ein generelles Demonstrationsverbot, wie geschildert wurde. Nein, es geht darum, dass während einer gewissen Zeit, in der die Stadt Bern, der öffentliche Raum in der Stadt Bern sehr stark beansprucht ist, in der ein Sternenmarkt stattfindet, verschiedene Weihnachtsmärkte stattfinden, in der das Rendez-Vous-Bundesplatz durchgeführt wird, in diesem Zeitraum die Innenstadt nicht noch durch Grossdemonstrationen überlastet werden soll. Es gibt nämlich auch noch andere Grundrechte wie beispielsweise die Wirtschaftsfreiheit. Es gibt auch noch die Rechte der einzelnen Menschen auf ihr Leben, auf ihre Gesundheit, die respektiert und eingehalten und vor allem auch geschützt werden müssen. Wir hatten jetzt bereits 3 Grosskundgebungen zum Thema Palästina. Wir hatten schon 2 Mahnwachen zum Thema Israel. Und das sind sehr wichtige Anliegen und genau solche Kundgebungen sollen stattfinden. Aber es kann nicht sein, dass man in eine Situation hineinkommt, in der wöchentlich solche Grosskundgebungen stattfinden.

Noch zum Thema Demo gegen das Demoverbot: Dort hat es eine Bewilligung gegeben, einfach für eine Standkundgebung und nicht für einen Marsch durch die Stadt. Ich glaube, es gibt auch in der Stadt Bern viele weitere Plätze neben dem Bundesplatz, neben dem Waisenhausplatz, die auch geeignet sind für Demonstrationen und Kundgebungen, und die stehen weiterhin zur Verfügung. Es ist nämlich so, dass der Gemeinderat gesetzlich dazu verpflichtet ist, jedes einzelne Gesuch zu prüfen und diesem gesetzlichen Auftrag kommt er auch nach. Es gibt nachher jeweils eine Verfügung. Die Verfügung kann ja angefochten werden und falls dort etwas nicht gestimmt haben sollte, wobei wir der Meinung sind, dass das nicht der Fall ist, dann kann man immer noch weitere Schritte prüfen.

Wichtig ist auch noch, dass es bei diesen Kundgebungen auch immer darum geht zu schauen, dass sie im Rahmen bleiben. Wenn die Kundgebungen, wie man es in Deutschland erlebt hat, in Essen erlebt hat, von radikalen Gruppierungen/Personen ge-

kapert werden, dann ist das, glaube ich, auch nicht mehr im Interesse der Sache. Darum: Wir stellen uns klar hinter den Entscheid des Gemeinderats, notabene des Gesamtgemeinderats, bei dem es darum geht, die Stadt Bern in den nächsten 4 bis 5 Wochen – also es ist wirklich zeitlich beschränkt –, es geht um die Innenstadt – das ist auch geografisch beschränkt – vor einer Überlastung zu schützen. Und es geht definitiv nicht einfach um einen Weihnachtsverkauf, sondern es geht um die Gesamtbevölkerung der Stadt. Es geht auch um die gesamte Stadt Bern. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Lionel. Als nächstes kommt Barbara Keller von der SP.

Barbara Keller (SP): Die SP steht ein für Grundrechte und insbesondere für die Sammlungsfreiheit. Die neue Regelung für Kundgebungen ab jetzt bis im Dezember ist faktisch ein generelles Demonstrationsverbot in die Stadt Bern. Es ist unverhältnismässig, die Demos in der ganzen Innenstadt zu verbieten – und auch widerrechtlich. Darum sind wir vehement gegen das Demoverbot, das der Gemeinderat am 8. November ausgesprochen hat. Die SP hat darum beim Gemeinderat auch eine beschwerdefähige, anfechtbare Verfügung verlangt. Wir sind überzeugt, ein Demoverbot in der Innenstadt ist unverhältnismässig und nicht zu rechtfertigen. Bern als Hauptstadt hat auch eine besondere Bedeutung und auch eine besondere Verantwortung für die Ausübung politischer Rechte. Diese Verantwortung nimmt der Gemeinderat mit seinem Pauschalverbot nicht wahr. Demos gehören zum Rückgrat unserer Demokratie und sie können nicht einfach komplett ausgeschlossen werden, weil es gerade der einfachste Weg ist, auch wenn es aktuell viele Veranstaltungen hat. Die Begründung des Gemeinderats hat gelautet: "Mit der Adventszeit verschiedene bewilligte Weihnachtsmärkte sowie andere Winteranlässe bevorstehen." Der Gemeinderat Reto Nause ist im Regionaljournal noch viel weiter gegangen und hat gesagt, dass das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit eben halt eine Denkpause bis Weihnachten habe. Ich meine: Hallo, geht es noch? Weihnachtsmarkt oder Lichtspiel statt Demos. Weihnachtspause für Grundrechte. Diese Aussagen sind doch höchst fragwürdig und problematisch.

Wir stellen nicht kommerzielle Veranstaltungen über die Grundrechte. Wenn das Recht zur freien Meinungsäusserung beschnitten wird, können sich nur noch privilegierte Stimmen in der Öffentlichkeit zu Wort melden. Viele Meinungen werden dann einfach nicht mehr gehört, das heisst, sie gehen unter. Wollen wir das wirklich, und zwar hier in der Bundesstadt? Wir sagen ganz klar Nein. Es ist Aufgabe des Gemeinderats, die Bewilligungen für die Demos im Einzelfall zu beurteilen und wenn möglich zu bewilligen, so wie das Artikel 19 der Kantonsverfassung unmissverständlich festhält.

Wenn er das gemäss dieser Kommunikation vom 8. November nicht mehr machen will, haben wir ein Problem. Damals hat es geheissen: Im Zeitraum ab dem 17. November bis zum 24. Dezember 2023 können in der Innenstadt keine Grosskundgebungen oder Umzüge mehr bewilligt werden." Umso erstaunter waren wir daher, als am Montag im "Bund" zu lesen war, dass der Sicherheitsdirektor sagt: "Man wolle der Stadt Bern unterstellen, sie habe ein generelles Demonstrationsverbot erlassen, doch das stimmt nicht, sagt Nause, wir prüfen nach wie vor jeden Einzelfall und bieten Alternativen an." Auch in einer Antwort auf eine kleine Anfrage von David Böhner hat es das gleiche geheissen als Antwort. Da fragen wir uns, was jetzt eigentlich gilt. Wir wären froh, wenn der Gemeinderat einsähe, dass die Entscheidung auf keiner rechtlichen Grundlage basiert und das entsprechend rückgängig machen würde. Wir würden es aber dann begrüßen, wenn das auch so richtiggestellt und kommuniziert würde – offen und proaktiv. Darum erwarten wir, dass der Sicherheitsdirektor oder der Stadtpräsident nachher hier

hinsteht und uns allen sagt, was jetzt gilt. Und wir erwarten vor allem, dass der Gemeinderat seinen Entscheid sofort zurücknimmt und die Ausübung der Grundrechte in der Stadt Bern wieder ermöglicht und so dem Ansehen der Stadt Bern nicht schadet. Wir stehen ein für Äusserungs- und Versammlungsfreiheit. Das ist der Kern unserer Demokratie. Ein generelles Demonstrationsverbot ist grundrechtswidrig.

Präsident: Merci vielmals, Barbara. Als nächstes spricht Lea Bill vom Grünen Bündnis.

Lea Bill (GB): Werte Anwesende, ich muss schon sagen: Wir vom Grünen Bündnis können es kaum fassen. Der Gemeinderat ist offenbar weiterhin der Meinung, dass er rechtmässig entschieden hat vor etwas mehr als einer Woche, weil er sonst seinen Entscheid schon längst zurückgezogen hätte. Es ist darum wichtig, das in aller Deutlichkeit hier noch einmal zu sagen: Der Gemeinderat irrt sich. Der Entscheid, Demos in der Innenstadt grundsätzlich nicht zu bewilligen, ist rechtswidrig. Punkt. Schluss. Die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit sind Grundrechte. Sie dürfen nicht einfach so eingeschränkt werden und die Aussagen des Gemeinderats Nause, dass die Grundrechte bis Weihnachten eine Denkpause einlegen könnten – meine Vorrednerin hat das auch schon gesagt – zeigt mit aller Deutlichkeit, wie sehr er sich um die rechtlichen Rahmenbedingungen foutiert. Und man muss es hier an dieser Stelle auch sagen: Der Rest des Gemeinderats nimmt solche Aussagen schweigend hin. Dabei sind auch die Verfassung des Kantons Bern und das Kundgebungsreglement der Stadt Bern ganz klar. Demos müssen erlaubt werden, wenn ein geordneter Ablauf gesichert ist und wenn die Beeinträchtigung für andere Benutzer*innen des öffentlichen Raums zumutbar ist.

Und man muss hier schon ganz klar sagen: Damit ist nicht gemeint, dass die Stadt Bern einfach auf jedem Platz einen Weihnachtsmarkt, ein Fondue-Chalet oder ein Lichtspiel bewilligen und dann am Schluss sagen kann: Ja sorry, wenn da jetzt noch Demos dazukommen, dann ist das jetzt wirklich etwas zu viel. Es braucht hier aus Sicht des Grünen Bündnisses eine ganz klare Priorisierung und die lautet: Die Ausübung von Grundrechten muss vor Kommerz stehen. Und auch hier muss ich Gemeinderat Nause widersprechen. Es gibt tatsächlich ein Grundrecht darauf, auch jede Woche zum gleichen Thema auf die Strasse zu gehen. Und es gibt schlichtweg ein Grundrecht, sich zu versammeln und seine Meinung zu äussern und dabei ist es egal wie oft und zu welchem Thema. Hingegen das Grundrecht, dass man Glühwein trinken kann, habe ich ehrlich gesagt noch nicht gefunden. Aber vielleicht kann Lionel Gaudy von der Mitte sagen, wo er das gefunden hat. Er hat irgendetwas dazu gesagt. Es ist uns schon klar, die Stimmung ist aufgeheizt. Der Krieg in Gaza macht viele betroffen und wühlt auf – und das logischerweise zu Recht.

Aber es ist gerade in solchen Zeiten – und ich zitiere hier sehr gerne die Demokratischen Jurist*innen Schweiz – gerade in diesen Zeiten ist das Recht auf Meinungsäusserung und vor allem Sammlungs-freiheit besonders wichtig, weil das Bedürfnis, sich zu äussern, Diskussionen zu führen und Haltung zu zeigen, ist in solchen Momenten der Unsicherheit noch verstärkt.

Die Demokratien bauen auf politischen Aushandlungsprozessen auf und diese finden auch auf der Strasse statt und es ist Aufgabe des Staats, die Aushandlungsprozesse zu gewähren und zu schützen. Dass der Gemeinderat vor diesem Hintergrund den Entscheid gefällt hat – man kann vielleicht sagen, feig, einige würden vielleicht sagen, verständlich – ist aber in erster Linie vor allem eins: Es ist ein Skandal und es ist einer Demokratie unwürdig.

Ich weiss, der Gemeinderat stellt sich auf einen Standpunkt. Es sei ja gar kein Demoverbot, und ja, es würden ja immer auch noch alle Gesuche einzeln angeschaut. Aber Fakt ist, dass in der Medienmitteilung vom 8. November etwas anderes geschrieben steht. Da schliesse ich mich David Böhner von der AL an. Da steht nämlich, wie er ja auch schon gesagt hat: In der Innenstadt werden keine Bewilligungen mehr ausgestellt für Demos. Wenn das nicht als Demoverbot gelesen werden soll, dann weiss ich ehrlich gesagt auch nicht. Und da kommen wir gerade auf den springenden Punkt: Der Gemeinderat hat die Regeln, wie er es nennt, aufgestellt, um Gruppierungen davon abzuhalten, überhaupt ein Gesuch einzureichen. Und wir wissen alle – das ist auch schon gesagt worden hier am Redner*innenpult, das wissen wir alle: Wen dieser Aufruf trifft, das sind nicht wir Parteien. Wir sind gut vernetzt mit den Behörden, wir sind uns auch gewohnt, Aushandlungen mit ihnen zu führen. Das schreckt uns nicht ab. Aber es betrifft die Leute, für die Demos das einzige politische Mittel sind, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Und genau vor diesem Hintergrund ist der Entscheid des Gemeinderats auch antidemokratisch.

Ich kann es auch anders ausdrücken: Regierungsrat Müller ruft offen dazu auf, dass es keine Palästina-Demos mehr geben soll. Der Gemeinderat stellt halt einfach Regeln auf.

Der Entscheid des Gemeinderats ist auch darum antidemokratisch, weil er sich immer wieder über den politischen Willen des Stadtrats hinwegsetzt. Wir vom Grünen Bündnis sind es leid, seit Jahren dem Gemeinderat Druck zu machen, damit er den politischen Willen des Stadtrats, was die Kundgebungen anbelangt, auch wirklich umsetzt. Wir sprechen von – hier ein paar Stichworte – Umwälzung von Demokosten, Demos während der Session auf dem Bundesplatz und jetzt auch das Demoverbot. Letzte Woche hat eine Mehrheit des Stadtrats eine Motion eingereicht, die den Gemeinderat dazu auffordert, den Entscheid zurückzuziehen. Wir haben heute dieser Diskussion aus aktuellem Anlass zugestimmt. Es ist aus meiner Sicht die erste Zustimmung seit Jahren, die wir gehabt haben zu solch einer Diskussion. Wir werden als Grünes Bündnis wie andere Parteien und Organisationen auch den rechtlichen Weg beschreiten. Das ist selbstverständlich. Aber man muss es hier noch einmal sagen: Das, was wirklich getan werden muss – und das geht an die Adresse des Gemeinderats – der Gemeinderat muss diesen Entscheid rückgängig machen. Ich kann das nicht genug wiederholen. Das ist er der Demokratie und der Meinungsäusserungsfreiheit schuldig. Merci.

Präsident: Merci vielmal Lea Bill dann kommt als nächster Tom Berger.

Tom Berger (FDP): Liebe Lea Bill, wenn man aus Medienmitteilungen zitiert, sollte man präzise sein. Das, was du vorhin vorgelesen hast, vermeintlich vorgelesen hast, steht nirgends in dieser Medienmitteilung. In dieser Medienmitteilung steht, ich lese wortwörtlich vor: "... können in der Innenstadt keine Grosskundgebungen oder Umzüge bewilligt werden." Das ist kein Demoverbot. Ihr könnt auch in diesen 5 Wochen – enges Zeitfenster – im Perimeter Innenstadt – stark begrenzter Perimeter – eine Kundgebung machen, aber einfach nicht einen Umzug und nicht eine Grosskundgebung. Lea Bill hat weiter gesagt, dass sich der Gemeinderat über den Willen des Parlaments hinwegsetze, des Parlaments, das erst vor kurzem das Kundgebungsreglement verabschiedet hat, des Parlaments, das erst vor kurzem gegen euren Willen entschieden hat, dass die Demos auch weiterhin bewilligungspflichtig sind und die Meldepflicht eben nicht reicht, des Parlaments, das also genau die Vorlauffristen definiert hat, die David Böhner vorher beanstandet hat, zu dem Lea Bill sagt, dass der Wille des Parlamentes hier nicht wahr-

genommen werde. Euer Wille ist ausnahmsweise nicht mehrheitsfähig gewesen in diesem Rat und ich glaube, damit habt ihr Mühe. Liebe Leute, welches Demoverbot ist das eigentlich? Die Medien haben natürlich mit ihren Schlagzeilen mal wieder richtig schön Schub in die Debatte gebracht. Und weil das Demoverbot alleine nicht genug gewesen wäre, hat man noch zugespitzt zu, der Kommerz werde über demokratische Rechte gestellt. Wenn der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung vom 8. November einen kleinen Fehler gemacht hat, dann ist es der, dass er nicht erwähnt hat, dass im Dezember auch noch die Wintersession des eidgenössischen Parlaments stattfindet. Sie kennen die Regeln für Demonstrationen auf dem Bundesplatz während den Sessionen. Diese Regeln gefallen euch nicht, aber diese Regeln gelten und diese Regeln hat erst vor kurzem das Parlament hier verhandelt und erneut so beschlossen wie sie sind.

Der Gemeinderat wendet also das an, was wir ihm gegeben haben. Wenn ich schon beim Gemeinderat bin, der heute in Corpore da ist, was ich auch schon lange nicht mehr erlebt habe, einfach schnell eine kleine Erinnerung: Ihr bashed nachher immer auf Gemeinderat Nause ein. Es ist ein Beschluss des Gemeinderats gewesen, der 4 zu 1 zusammengesetzt ist, in dem 4 Gemeinderäte aus eurem politischen Lager kommen. Also vielleicht müsst ihr die Debatten, die ihr hier so vortragt, auch mal noch bei euch intern an euren Fraktionssitzungen weiterführen. Das Recht auf freie Meinungsäusserung und das Recht zu demonstrieren gehören zu den wichtigsten Rechten, die man in einer Demokratie haben kann, die möglichst uneingeschränkt so ausgelebt werden können. Aber es kann eben nicht uneingeschränkt ausgelebt werden. Darum haben wir ein Kundgebungsreglement. Darum haben wir eine Bewilligungspflicht für die Demonstrationen. Im November 2021 hat es eine grosse Corona-Skeptiker-Demonstration in Bern gegeben. Die hat man aus aktuellem Anlass auf den Rosalia-Wenger-Platz raus verschoben. Jene, die nicht wissen, wo der Rosalia-Wenger-Platz ist: Das ist der Platz beim Wankdorfbahnhof hinten, lieber David Böhner. Ihr könnt dort hinten im Fall so oft und so lange demonstrieren, wie ihr wollt mitten in der Adventszeit und jetzt während der eidgenössischen Session könnt ihr dort jedes Anliegen, das euch wichtig ist, auf die Strasse tragen, ihr könnt sensibilisieren, aufrufen, euch treffen, Reden halten. Ich bin überzeugt, wenn ihr ein Gesuch stellen würdet, den Rosalia-Wenger-Platz haben zu dürfen, dann würde euch das umgehend bewilligt werden.

Ja, jetzt haben wir es wieder einmal erlebt, eine Debatte aus aktuellem Anlass zu einem Gegenstand, den man schon miteinander diskutieren kann, wie man alles in einem Parlament diskutieren kann, von dem ich aber schon etwas finde, dass es eine von den Medien angeheizte Scheindebatte über ein angebliches Demoverbot ist, das wie gesagt eigentlich gar keines ist. Und ja, es wäre eigentlich schöner gewesen, wir hätten vor kurzem unseren Antrag auf die Debatte aus aktuellem Anlass über die gescheiterte Fusion angenommen. Ich denke, das wäre ein bisschen fundierter und ein bisschen gewinnbringender für alle gewesen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Tom. Als nächstes kommt Anna Jegher für JA!.

Anna Jegher (JA!): Der Entscheid des Gemeinderats, für die nächsten 5 Wochen ein faktisches Demoverbot zu erlassen, finden wir unhaltbar. Und laut der Auskunft von Reto Nause sind mehr als 10 bis 20 Leute ein grosser Umzug. Daher, Tom Berger, ist das eben schon ein Demoverbot. Und es geht hier ehrlich gesagt auch nicht um das Demoreglement, über das jetzt sehr ausführlich referiert wurde, sondern eben über um die Medienmitteilung, die der Gemeinderat rausgelassen hat. Wie schon meine Vorrednerinnen ausgeführt haben, ist die massive Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein unverhältnismässiger Eingriff in die Grundrechte und für uns in

dem Sinn auch klar rechtswidrig. Wir finden es sehr irritierend, dass für gewisse Parteien hier der Abbau des Pendenzenbergs anscheinend wichtiger ist als die Einhaltung von Grundrechten.

Abgesehen von den fehlenden rechtlichen Grundlagen für den Entscheid ist das Demoverbot auch aus demokratiepolitischer Sicht nicht tragbar. Dass der Gemeinderat ernsthaft der Meinung ist, dass Glühwein trinken und Geschenke einkaufen wichtiger ist als die Ausübung der Meinungsfreiheit lässt uns stark an seinem Verständnis von Demokratie zweifeln. Nach dem Motto "Kommerz statt Politik" hat der Gemeinderat offenbar sämtliche juristischen und demokratiepolitischen Grundsätze über Bord geworfen, damit auch ja nichts die freudige, glitzernde und glänzende Vorweihnachtsstimmung stört und die Leute auch dieses Jahr an jeder Ecke der Stadt überteuerten und überzuckerten Glühwein trinken können und sogar am Sonntag von einem Laden zum anderen rennen können; Hauptsache, sie werden dabei nicht mit dem politischen Weltgeschehen konfrontiert.

Das heilige Fest des Konsums ist eben immer auch ein Fest der Verdrängung – Verdrängung von Armut und Obdachlosigkeit aus dem öffentlichen Raum, Verdrängung von Sorgen und Ängsten aus den Köpfen und dieses Jahr eben auch die Verdrängung der Realität von Krieg und Gewalt und die Verdrängung von politischen Rechten aus der Stadt Bern. Dass Verdrängen selten eine gute Lösung ist, wissen wir eigentlich alle. Aber im Namen des Weihnachtsfests verdrängt man das halt gerne. Anstatt zu sehen, dass die Menschen, die von Krieg und Gewalt betroffen sind, jetzt besonders unsere Aufmerksamkeit, unsere Unterstützung und unser Mitgefühl brauchen, verordnet unser Sicherheitsdirektor lieber mal eine Denkpause. Für uns ist das Demoverbot schlussendlich auch einfach Arbeitsverweigerung. Klar, ist die Situation im Moment nicht einfach, aber als Regierung ist man halt auch für politisch schwierige Situationen verantwortlich. Der Gemeinderat ist dafür verantwortlich, auch in herausfordernden Situationen die Grundrechte zu gewährleisten. Den Menschen verbieten, ihre Meinung öffentlich kundzutun, weil der Kanton das noch nett fände, ist nicht Verantwortung übernehmen, sondern Verantwortung ignorieren.

Angesichts des kommenden Wahljahrs zeigt der Vorfall für uns auch einmal mehr, dass RGM nicht fähig ist, eine linke Politik in dieser Stadt zu gewährleisten. Aus Sicht der JA! ist es nach über 30 Jahren Qualbündnis Zeit für eine konsequente linke Politik in dieser Stadt.

Präsident: Merci vielmals, Anna. Als nächstes käme Alexander Feuz für die SVP. Ja, warte schnell, du bist rausgefallen. Einen Moment. Franck, mir ist die ganze Sprecherliste rausgefallen. Kann jemand Alexander nochmals schnell anmelden? Moment, du musst reden, sonst bist du nicht im Protokoll. Also, du musst du ins Mikrofon reden, sonst bist du nicht im Protokoll. So habe ich es gemeint. Gut.

Alexander Feuz (SVP): Vielen Dank an die Technik, die mir ermöglicht, doch mein Votum zu halten. Wie gesagt, ich habe den Antrag, über den wir heute reden, eigentlich letzte Woche erwartet, denn da ist es aktuell gewesen. Wir haben diesem Antrag zugestimmt. Ihr kennt mich: Im Gegensatz zu den Leuten vom rot-grünen Block gewähren wir eigentlich Diskussion meistens. Wir haben sie auch dieses Mal gewährt. Ihr werdet auch eine klare Antwort haben. Ich sage mal so, ich schliesse mich hier Tom Berger an. Was mich enttäuscht hat, ist, dass wir über Ostermundigen, das eine Ohrfeige war für die Stadt und für den Stadtpräsidenten, nicht diskutieren konnten. A la bonheur, wir haben auf jeden Fall eine Kleine Anfrage eingereicht. Ich komme jetzt zu dem Problem, das wir jetzt haben. Ich will hier nicht ein juristisches Seminar machen, aber es ist von

einem Demoverbot geredet worden. Das ist es eben ganz klar nicht. Das ist schon von Vorrednern gesagt worden, darum halte ich mich hier knapp. Man kann demonstrieren. Aber es ist klar, dass, wenn wir jetzt X Veranstaltungen haben – und so steht es im Kunstkundgebungsreglement, es geht hier um den öffentlichen Raum –, da muss man doch die Verhältnismässigkeit sehen, man muss eine Güterabwägung machen. Man kann doch jetzt nicht sagen, wenn wir die Bundesratswahlen haben, machen wir dort noch eine Demonstration. Wir wissen ja: Im Prinzip wollten ja die eidgenössischen Räte während den Sessionen keine Demonstrationen. Und dann ist ganz entscheidend: Es geht hier um die Innenstadt. Wenn ihr an einem anderen Ort demonstriert, dann geht das. Man sollte vielleicht nicht gerade eine Demonstration machen, wenn ein SCB-Match oder sonst irgendwie ein heikler Fussballmatch terminiert ist. Dann ist es unglücklich, aber da kommt man nebeneinander durch.

Aber ihr wollt einfach die Maximallösung. Und ich bin immer der Meinung, wenn wir hier die Abwägung machen, die Güterabwägung, dann gibt es eben Leute, die eine Bewilligung bekommen haben für ihre Veranstaltungen. Man kann die gut finden oder nicht gut finden. Ich selber habe nicht gerne Glühwein, das könnt ihr mir also wirklich glauben. Ich gehe nicht an den Sternenmarkt, um mich mit Glühwein zu beduseln, das mache ich sicher nicht, da kann ich euch beruhigen. Aber das sind alles Veranstaltungen, die eine Bewilligung haben, die ein Konzept haben. Dass man in der Weihnachtszeit einkauft, ist auch klar, das wäre für sich per se noch kein Grund, Demonstration nicht durchzuführen, aber es gibt eben Möglichkeiten an anderen Orten. Darum ist es eben falsch, von einem Demoverbot zu reden. Und ich kann euch ganz ehrlich sagen, ihr wisst, wir greifen den Gemeinderat ja häufig an. Wir sind in der Opposition. Aber wir haben uns nämlich letztes Mal vor einer Woche auch überlegt, ob wir den Antrag stellen, man solle aus Sicherheitsgründen in der Innenstadt keine Demos machen, weil wir einfach Angst haben vor der aufgeladenen Situation, wenn da die Hamas-Leute ... Ich bin weiss Gott keiner, der Israel verteidigt. Ich finde die Siedlungspolitik ist problematisch, höchst problematisch. Aber was passiert ist am 7. Oktober, das ist natürlich ein Terrorakt, etwas vom Schlimmsten, das es gibt. Kinder und Babys und schwangere Frauen zu entführen, und wenn man nachher halt einen Schlag ausführt, um diese zu befreien, dann gibt es Krieg. Das ist grausam. Aber dass man nachher noch ein Kalifat ausrufen will – und nachher in dieser angespannten Situation Weihnachtseinkäufe, Staatsbesuche etc., da muss man Zurückhaltung üben. Dafür danke ich für einmal dem Gemeinderat. Das ist selten der Fall. Damit wir nicht eine gefährliche Situation schaffen, dahingehend hat der Gemeinderat einmal richtig entschieden. Und dann ist es für mich eben ein Abwägen. Wenn man jetzt versucht, das zu verhindern und wieder eben mit Demos macht. Darum stellt sich für einmal die SVP klar hinter den Entscheid. Und wenn ebendieser Entscheid nicht gekommen wäre, hätten wir letztes Mal eine Diskussion verlangt. Wir haben sie bewusst nicht verlangt, weil: Wir haben gesagt, jetzt ist das eingetreten. Wir haben auch gesehen, dass eine Kleine Anfrage gekommen ist, dahingehend, dass das juristisch teilweise umstritten ist. Das habe ich in einer Mediensache gesagt, aber wenn ich die Güterabwägung mache, komme ich ganz klar zum Schluss, dass das Vorgehen gerechtfertigt ist. Wir werden eben jetzt dann sehen, wie die urteilenden Behörden, wenn es denn weitergezogen wird, dies betrachten. Aber ich sage, wenn ihr die Abwägung macht mit diesen verschiedenen Interessen und die Möglichkeit habt, dass ihr an anderen Orten demonstrieren könnt, dann ist es gemäss Kundgebungsreglement, dem wir zugestimmt haben, wo eben diese Abwägung drin ist, zulässig.

Noch einmal danke ich dem Gemeinderat. Und ich hoffe, dass nicht unerlaubte Demonstrationen und Ausschreitungen passieren und wir in der Vorweihnachtszeit nicht noch ein Kalifat haben. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Als nächstes kommt die Paula Zysset von der JUSO.

Paula Zysset (JUSO): Wie das jetzt schon mehrfach geäussert worden ist in dieser Debatte können auch wir als Jusos absolut nicht verstehen, wie der Gemeinderat zu diesem Entscheid gekommen ist, für mehrere Wochen Demonstrationen in der Innenstadt zu verbieten. Gerade in den Zeiten, in denen auf der Welt so viel passiert, ist es besonders verheerend, wenn grössere Demonstrationen und Kundgebungen verboten werden. Meinungen, Haltungen, Solidarität und Zusammenhalt auf der Strasse auf eine friedliche Art zum Ausdruck zu bringen, gehört zu einer Demokratie oder es ist besser gesagt absolut essenziell dafür. Dass es aus der Verwaltungssicht natürlich einfacher ist, wenn die Veranstaltungen nicht stattfinden, ist klar. Aber eine lebendige politische Gesellschaft und Demokratie verlangt auch nach einem gewissen Effort, insbesondere auch von einer Stadt wie Bern, die als Bundesstadt auch das politische Zentrum der Schweiz ist. Diesen Effort zu bringen, ist der Gemeinderat aber nicht bereit. Stattdessen gewichtet man pauschal einen Staatsbesuch, Fussballspiele oder kommerzielle Veranstaltungen wie den Sternenmarkt höher als das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.

Dabei ist die rechtliche Situation eigentlich ganz klar: Einschlägige Bundesgerichtsurteile halten fest: Ein generelles Verbot von Protesten ohne Einzelfallprüfung ist nie zulässig. Was der Gemeinderat aber am 8. November beschlossen und kommuniziert hat, wäre aber genau das – ein generelles Demonstrationsverbot. Was der Gemeinderat hier gemacht hat, ist schlicht und ergreifend widerrechtlich und verletzt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in einem unverhältnismässigen Mass.

Ich kann dem Gemeinderat hier die Lektüre des General Comment Nummer 37 zum Recht auf friedliche Demonstrationen des Menschenrechtsausschusses sehr ans Herz legen. Die Ziffer 54 hält beispielsweise fest, dass die Häufigkeit von Demonstrationen keinen Grund zur Einschränkung sein darf.

Eigentlich sollte man ja davon ausgehen, dass die Menschen in einem Exekutivamt ein gewisses Demokratie- und Rechtsverständnis haben. Well, schockierenderweise geht es anscheinend auch ohne. Wenn sich unser Sicherheitsdirektor in den Medien dahingehend äussert, dass es kein verfassungsmässiges Recht darauf gibt, einmal pro Woche für das Gleiche zu demonstrieren, dann ist das erstens eine ziemlich irritierende und rechtlich nicht haltbare Aussage. Und zweitens wollen wir in diesem Zusammenhang auch noch einmal daran erinnern, dass der Gemeinderat die Demonstrationen während mehreren Wochen verbieten will. Was sich alles in ein paar Wochen, nein, eigentlich in wenigen Tagen verändern kann, sollten mit den Ereignissen der letzten Jahre langsam alle begriffen haben. Auch der Verweis des Gemeinderats, dass die Demonstrationen ja stattdessen auf dem Rosalia-Wenger-Platz stattfinden können, ist völlig absurd. Die Demonstrationen zielen darauf ab, möglichst breit wahrgenommen zu werden. Wenn der Gemeinderat findet, ab morgen bis Ende Jahr solle man in Wankdorfcity demonstrieren, kann man eigentlich nur hoffen, dass es ein Witz ist. Aber auch das würde es nicht wirklich besser machen. Alles in allem: Wir finden den Entscheid des Gemeinderats aus den vorab genannten und auch schon vorher in der Debatte genannten Gründen absolut demokratiefeindlich und nicht haltbar. Wir hoffen, dass der Gemeinderat hier zur Vernunft kommt und das einzig richtige macht, nämlich den Entscheid rückgängig macht und das Demoverbot aufhebt.

Präsident: Merci vielmals, Paula. Ich sehe keine weiteren Parteien, die reden wollen. Dann hätte das Wort für den Gemeinderat Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Ja, Herr Ratspräsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, der Gemeinderat hat glasklar kommuniziert. Er hat glasklar kommuniziert. Ich weiss nicht, ob ihr es nicht gelesen habt oder ob ihr es nicht habt lesen wollen, aber dort drin ist nie von einem generellen Kundgebungsverbot die Rede. Und der eigentliche Skandal finde ich, ist, wie mit irgendwelchen Unwahrheiten hier heute am Abend in diesem Ratssaal jongliert wird. Bleiben wir einmal bei den Fakten. Ich danke im Übrigen auch Tom Berger. Seine Analyse und Rede ist messerscharf gewesen und hat die Fakten eben exakt auf den Punkt gebracht. Wir haben 3 grosse Palästina-Kundgebungen gehabt mit mehreren 1000 Personen. Wir haben 2 Mahnwachen gehabt pro Israel. Wir werden in den nächsten Wochen dutzendfach kleinere Kundgebung und die Mahnwache erleben, auch in der Innenstadt, genauso wie im Einzelfall die Geschichten überprüft werden, genauso machen wir es, wie wir es eigentlich immer gemacht haben. Auch daran erinnern möchte ich aber, dass die Kundgebungen, vor allem die grossen, dass die nicht ganz einfach sind. Wir haben am vorletzten Samstag, als eine grosse Palästina-Kundgebung stattgefunden hat, Menschen angehalten, die die Talibanfahne dabeigehabt haben. Wir haben aus dem Pulk heraus, jemand herausholen müssen, der einen Sarg mit Hakenkreuzen darauf gehabt hat.

Die Stimmung ist ausserordentlich aufgeladen. Die Gefahr, dass eine solche Kundgebung irgendwann kippen kann, die ist also latent ebenfalls auch vorhanden. Und jetzt, liebe David Böhner, jetzt komme ich zu dir. Jetzt komme ich zu dir. Du bist gekommen und hast gesagt, du willst eine Demo machen gegen das Demoverbot, das kein Demoverbot ist. Wir haben dein Gesuch genommen. Wir haben es im Einzelfall geprüft. Wir haben gesagt: Okay, auf der Schützenmatte kannst du diesen Samstag eine Kundgebung machen. Du kannst sie auf dem Rosalia-Wenger-Platz machen und schreibe auf dem Bundesplatz. Den hätten wir dir gegeben – und das weisst du. Auf dem symbolträchtigsten Platz, den das Land zu bieten hat, dort, wo die Wiege der Demokratie ist. Wir sind grenzenlos grosszügig gewesen mit dir, aber du scheinst mir irgendwie auch ein bisschen grenzenlos stur zu sein. Ehrlich gesagt, wolltest du nämlich eine anfechtbare Verfügung, nur weil du keinen Umzug bewilligt bekommen hast. Und ja, worum geht es denn? Darum, dass man auf dem Bundesplatz demonstrieren kann, um auf ein Anliegen aufmerksam zu machen? Oder geht es darum, politisch einfach ein bisschen Schaum zu schlagen? Ich glaube, es ist der letzte Punkt. Und die anfechtbare Verfügung kommt. Wir sehen uns vor Gericht und ich kann dir sagen, ich weiss haargenau, wer als Sieger vom Platz geht.

Präsident: Bitte Ruhe im Saal. Als nächstes kommt für den zweiten Teil des Votums Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Geschätzter Ratspräsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, wie die Debatte zeigt, hat die Mitteilung des Gemeinderats betreffend den Demos hat viel Staub aufgewirbelt, hat Reaktionen zwischen Ratlosigkeit und Unverständnis ausgelöst und manchmal haben wir schon ein bisschen Differenzen, Reto. Also, ich finde, kommunikativ ist nicht alles optimal gelaufen. Aber das Wichtigste vorneweg. Für den Gemeinderat sind Kommerz und Weihnachtsmärkte nicht wichtiger als die Meinungsäusserungsfreiheit. Es gibt kein Demonstrationsverbot. Für den Ge-

meinderat sind Kommerz und Weihnachtsmärkte nicht wichtiger als die Meinungsäusserungsfreiheit. Es gibt kein Demonstrationsverbot. Für den Gemeinderat sind Kommerz und Weihnachtsmärkte nicht wichtiger als die Meinungsäusserungsfreiheit. Es gibt kein Demonstrationsverbot. Ich bin der einzige Jurist im Gemeinderat. Ich stehe ein für die Grundrechte und ich fühle mich ehrlich gesagt auch etwas persönlich beleidigt. Was habt ihr eigentlich das Gefühl, wie der Gemeinderat umspringt mit Grundrechten? Das ist ein Gemeinderat, dem die Grundrechte extrem wichtig sind, der sehr viel Gewicht darauflegt, dass eben der Grundrechtsschutz in der ganzen Stadt in allen Bereichen und namentlich auch bei den Demos sichergestellt wird. Und dafür stehen wir ein als Gemeinderat. Dafür stehe ich ein als Stadtpräsident. Aber man muss auch sagen, eine Grosskundgebung stellt immer eine besondere Belastung für den öffentlichen Raum dar. Was ist eine Grosskundgebung? Eine Grosskundgebung gemäss Demoreglement, das letztes Jahr verabschiedet worden ist, ist eine Kundgebung mit über 10'000 Teilnehmenden. Das sind Grosskundgebungen. Grosskundgebungen stellen gerade in der Weihnachtszeit, gerade gegen Ende Jahr, wenn der Druck auf den öffentlichen Raum grösser ist, eine besondere Belastung. Darum hat man schon immer, in jedem Jahr darauf hingewiesen, dass Grosskundgebungen eher nicht in dieser Jahreszeit durchgeführt werden sollten, sondern in einer Jahreszeit, in der der öffentliche Raum weniger nachgefragt und weniger belastet ist. Es kommt etwas weiteres dazu und das ist nicht lustig. In der Weihnachtszeit – das ist die Lageeinschätzung aller Informationsdienste, auch der Kantonspolizei – ist die Terrorgefahr halt immer ein bisschen grösser als sonst. Die Symbolkraft eines Terroranschlags strahlt mehr aus. Und auch von dem her ist es eigentlich naheliegend, dass man Grosskundgebungen in der Weihnachtszeit eher zurückhaltend genehmigt. Dazukommt natürlich die aufgeheizte Lage wegen dem Nahostkonflikt. Das ist bereits gesagt worden. Es ändert aber nichts daran, dass Gesuche für Demos jederzeit eingereicht werden können. Gesuche für Demos werden einzelfallweise geprüft, sie werden seriös geprüft und sie werden nach Möglichkeit immer bewilligt. Was der Gemeinderat verabschiedet hat, ist eine Richtlinie für die Bewilligungsbehörde, dass man diesbezüglich auch einmal ein bisschen zurückhaltender sein darf. Das ist alles kein Demoverbot. Je nach politischer Entwicklung, nach Weltlage ist es im Rahmen der Bewilligungspraxis dann auch wieder möglich, dass im Rahmen des platzmässig Möglichen Grosskundgebungen bewilligt werden können. Entsprechend ist der Tatbeweis ja bereits ergangen für die Demo gegen das Demoverbot. Kommunikativ, das geben wir zu, ist nicht alles optimal gelaufen, aber wir sind da. Ich bin letzten Donnerstag extra hierhergekommen, weil ich gewusst habe, dass es Diskussionen geben könnte. Ich bin wegen allem Möglichen angesprochen worden, aber kein einziges Mal wegen des sogenannten Demoverbots. Ihr könnt also ruhig auch auf uns zukommen. Ihr kennt alle mein Handynummer, ihr könnt uns anrufen, ihr könnt mit uns reden. Der Gemeinderat ist ein kommunikativer Gemeinderat. Uns ist der Austausch mit euch wichtig. Kommuniziert doch direkt mit uns – das ist etwas, das wir immer wieder sagen –, anstatt solche Debatten zu veranstalten. Herzlichen Dank. Ich danke euch, wenn unser Standpunkt jetzt vielleicht ein bisschen besser übergekommen ist. Merci.

Präsident: Merci vielmals. Als persönlich Angegriffener hat David Böhner das Wort.

David Böhner (AL): Ich finde es gerade ein bisschen absurd, dass ausgerechnet ich als Anarchist hier dem Sicherheitsdirektor Nachhilfeunterricht geben muss in Staatskunde. Aber die Grundrechte, die gelten, die gelten. Dabei geht es nicht um Grosszü-

gigkeit oder nicht Grosszügigkeit, sondern die gelten. Und ein Grundrecht ist zu demonstrieren. Und demonstrieren beinhaltet einen Umzug und diese Frage würden wir gerne geklärt haben. Dabei geht es nicht um Schaumschlägerei, dabei geht es um ganz fundamentale Werte unserer Gesellschaft. Und diese Fragen wollen wir gerne geklärt haben vom Gericht; sei das jetzt über das Gesuch, das abgelehnt worden ist, bei dem wir genug Vorlaufzeit gegeben haben, oder über eine generelle Beschwerde, die sich die Demokratischen Juristen und Juristinnen Bern überlegen.

Präsident: Wir verlassen in dem Fall die Diskussion aus aktuellem Anlass und steigen ein in das Traktandum Nummer 2.

2022.FPI.000015

2 Reglement über die Finanzkontrolle der Stadt Bern (Finanzkontrollreglement; FR); Erlass, 1. Lesung

Präsident: Es ist das Reglement über die Finanzkontrolle der Stadt Bern. Das ist die erste Lesung. Ich übergebe das Wort für die Kommission Claude Grosjean.

Claude Grosjean (GLP) für die FIKO: Mit dem Finanzkontrollreglement, das wir heute in der ersten Lesung behandeln werden, wird die städtische Finanzkontrolle verselbstständigt. Das heisst, sie berichtet künftig nicht ausschliesslich dem Gemeinderat und nur mittelbar uns, dem Parlament, und den Aufsichtskommissionen, sondern sie berichtet eben künftig nachher direkt allen 3 Gremien. Auslöser für diese Änderung war ursprünglich die Unzufriedenheit der damaligen Budget- und Aufsichtskommission und späteren Aufsichtskommission, mit dem Instrumentarium für die parlamentarische Oberaufsicht eine der wichtigsten parlamentarischen Funktionen wahrnehmen zu können. Wer in den Aufsichtskommissionen oder jetzt auch in der FIKO war, weiss, dass es Delegationsbesuche und Direktionsbesuche gibt. Das läuft alles unter dem Label "Aufsicht", ist aber eigentlich vor allem Beziehungspflege. Wir haben zusätzlich die Möglichkeit, bei der externen Revisionsstelle Sonderprüfungen in Auftrag zu geben. Wir können im Ausnahmefall, wenn wir die Kapazität haben, auch selber Prüfungen durchführen. Nicht zuletzt ist die Medienarbeit natürlich für uns sehr wichtig, weil Medien oft auch irgendwelche Themen aufgreifen, die nachher einer aufsichtsrechtlichen Prüfung zugeführt werden können, und zum Teil auch Whistleblowing, aber wir haben eigentlich kein Instrumentarium, das uns regelmässig und geordnet Prüfungsberichte zustellt, das uns überhaupt ermöglicht, die parlamentarische Oberaufsicht über den Gemeinderat, über die Verwaltung machen zu können. Aus diesem Grund haben nachher verschiedene frühere AK-Präsiden, unter anderem Hasim Sancar und ich, die Motion eingereicht, die verlangt, dass man die städtische Finanzkontrolle nach dem Vorbild des Kantons Bern ausgestalten soll. Der Gemeinderat hat das anfänglich abgelehnt. Er hat keinen Handlungsbedarf gesehen und juristische Hürden im Gemeindegesetz geltend gemacht. Auf das komme ich dann noch einmal zu reden. Anfang 2014 hat der Stadtrat dann die Motion von Hasim Sancar und mir überwiesen. Der Gemeinderat hat aber dann im Jahr 2017 und auch im Jahr 2019 jeweils die Abschreibung verlangt, weil er nach wie vor keinen Handlungsbedarf gesehen hat.

Die Abschreibung ist aber dankenswerterweise von diesem Rat zweimal abgelehnt worden. Und nun endlich, könnte ich fast sagen, haben wir hier die Vorlage, über die wir befinden können. Ich möchte dem Gemeinderat an dieser Stelle wirklich danken, dass

er das Anliegen jetzt aufgenommen hat, dass er in meinen Augen eine sehr gute Vorlage zur Vorberatung in die FIKO gebracht hat. Auch die Vorberatung in der FIKO ist in meinen Augen sehr gut gelaufen. Wir haben zuerst eine informelle Konsultation gemacht, in der wir verschiedenste Änderungen informell haben einbringen können. Der Gemeinderat hat die meisten dieser Anliegen aufgenommen. Es ist vor allem darum gegangen, das städtische Reglement noch stärker dem kantonalen Reglement anzunähern, das sich in der Praxis schon bewährt hat. Und nachher, erst in einer zweiten Runde, hat man dann die erste Vorberatung gemacht, in der man dann eben verschiedene Anträge gestellt hat. Inhaltlich möchte ich kurz auf das Reglement eingehen. Über die Stellung der Finanzkontrolle habe ich schon geredet. Es ist eine selbstständige Organisationseinheit. Sie ist fachlich unabhängig, sie ist nicht weisungsgebunden und sie ist ausschliesslich dem Gesetz verpflichtet. Das ist vielleicht manchmal für gewisse Leute ein bisschen gewöhnungsbedürftig. Es wurde in der Vergangenheit jeweils auch die Frage gestellt, wer denn das Mitarbeitergespräch mit der Leitung der Finanzkontrolle führe. Das gibt es halt zukünftig so nicht mehr. Aber die Finanzkontrolle ist natürlich nicht im luftleeren Raum, vielmehr gibt es ein sogenanntes Finanzkontrollgremium. Das Finanzkontrollgremium wiederum setzt sich zusammen aus je einem Mitglied der Aufsichtskommission (heutige GPK) und der Finanzkommission. Es sind nicht die Präsidien, bewusst nicht die Präsidien der beiden Kommissionen, weil man Kontinuität will. Präsidien wechseln bekanntlich jährlich und darum will man eben dann in dem Finanzkontrollgremium Personen, die das länger als ein Jahr machen. In dem Finanzkontrollgremium sind neben den beiden stadträtlichen Vertretungen auch der Finanzdirektor vertreten und ein weiteres Mitglied des Gemeinderats. Es gibt nachher noch weitere Personen aus dem Ratsbüro und aus der Stadtkanzlei, die mit beratender Stimme teilnehmen. Da käme ich schon gerade zum einen Antrag, den die FIKO stellt. Wir haben darüber diskutiert, wie es aussieht mit der Stellvertretung. Wer kann sich vertreten lassen? Die FIKO ist im Unterschied zum Gemeinderat der Ansicht, dass man explizit die Stellvertretung auch für die Personen, die nur mit beratender Stimme teilnehmen, regeln soll, und das ist der Antrag Nummer 2 der FIKO. Und die FIKO bittet euch, dem zuzustimmen. Die Frage ist jetzt natürlich: Ja, was macht denn das Finanzkontrollgremium? Da geht es vor allem darum, dass man die Wahl der Leitung der Finanzkontrolle vorschlägt. Das ist das, falls das Reglement verabschiedet würde, was man nächstes Jahr in Angriff nehmen müsste. Und es ist die Besprechung der Schwerpunkte der Jahresaktivitäten. Aber noch einmal: Auch das Finanzkontrollgremium hat keinerlei Aufsichts- oder Weisungsmöglichkeiten gegenüber dieser unabhängigen Finanzkontrolle. Und hier kämen wir zum anderen wichtigen Antrag, den die FIKO gestellt hat, nämlich, dass die personelle Aufsicht über die Leitung der Finanzkontrolle nicht beim Finanzkontrollgremium liegen soll, sondern bei der FIKO selbst, und zwar aus dem einfachen Grund: Die Finanzkontrolle kontrolliert schon auch die Geschäftsführung des Ratssekretariats des Stadtrats im eigentlichen Sinne, aber natürlich vor allem die Geschäftsführung des Gemeinderats und der Verwaltung. Und wir wollen aufgrund der Unabhängigkeit dort eben wirklich sicherstellen, dass die Exekutive nicht auch eine personelle Aufsicht noch wahrnehmen kann, und würden das eben bei der Finanzkommission angliedern. Das wäre der Antrag 1 der FIKO und die FIKO bittet euch, dem zuzustimmen. Wenn eben nachher das Finanzkontrollgremium eine geeignete Person gefunden hat für die Leitung einer unabhängigen Finanzkontrolle, wird die Leitung vom Stadtrat für eine Amtsdauer von 4 Jahren gewählt.

Der Aufsichtsbereich ist nicht sehr anders als der heutige des internen Finanzinspektors. Es geht darum, dass man die städtische Verwaltung beaufsichtigt, eben wie ich

schon gesagt habe: das Ratssekretariat, die Ombudsstelle und die Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz werden auch beaufsichtigt, dann öffentlich-rechtliche Anstalten mit Ausnahme der Personalvorsorgekasse, nachher Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts, an denen die Stadt beteiligt ist, und Leistungsvertragnehmende in Bezug auf die Verwendung der Gelder aus dem Leistungsvertrag. Das "in a nutshell", was etwa der Aufsichtsbereich ist. Die Aufgaben: Was macht man inhaltlich? Da ist die Prüfung der Haushaltsführung, die Rechnungslegung der Organisationen, die Prüfung von Dokumentation und Wirksamkeit des IKS (Internes Kontrollsystem), Prüfung von Kreditabrechnungen, Informatik, Revisionen und stichprobeweise die Prüfung der Verwendung von Beiträgen aus Leistungsverträgen. Die Berichterstattung, eines der zentralen Instrumente der unabhängigen Finanzkontrolle, ist ganz zentral. Dabei wird natürlich zuerst einmal der geprüften Dienststelle Bericht erstattet, denn es geht darum, dass man die Dienststelle, die man prüft, auch unterstützt. Also es ist nicht irgendwie eine Aufsicht, bei der es vor allem darum geht, dass man kritisiert. Vielmehr ist es eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Die unabhängige Finanzkontrolle ist auch darauf angewiesen, dass eben die Dienststellen ein Vertrauensverhältnis haben, ihre Informationen offenlegen. Nachher wird natürlich der zuständigen Direktion berichtet und weiter gibt es nachher eine halbjährliche Berichterstattung gegenüber der Finanzkontrolle und dem Finanzkontrollgremium.

Das ist nachher das Zentrale, das ist das neue. Das ist das, was wir heute eben nicht haben. Das Finanzinspektorat berichtet heute dem Gemeinderat. Es darf nur in ganz bestimmten Ausnahmefällen direkt an eine Aufsichtskommission gelangen. Künftig wird das in einem regelmässigen Turnus stattfinden, so dass man dort im ständigen Austausch ist. Aus Sicht der parlamentarischen Oberaufsicht erhoffen wir uns, so unsere Aufsichtsaufgaben künftig sehr viel gezielter und wirksamer wahrnehmen zu können, als wir das in der Vergangenheit konnten. Eine der kontroversen Fragen – der Gemeinderat hat eben früher mit dem Argument auch immer die unabhängige Finanzkontrolle abgelehnt – ist die: Braucht es noch eine verwaltungsunabhängige Revisionsstelle? Denn die unabhängige Finanzkontrolle ist natürlich trotzdem dem Personalreglement unterstellt, ist eine Einheit der Stadt Bern. Und das Gemeindegesetz, das übergeordnete Recht, verlangt eben noch eine verwaltungsunabhängige Revisionsstelle. Die Abklärungen mit dem Kanton haben ergeben, dass wir da nicht drumherum kommen. Darum braucht es zusätzlich noch die verwaltungsunabhängige Revisionsstelle, die wir schon heute haben. Diese wird beibehalten. Hier wäre dann der Kanton gefragt, um die Anpassungen vorzunehmen.

Präsident: ...wieder ein bisschen um mehr Ruhe im Saal. Ich verstehe Claude fast nicht mehr. Merci vielmals.

Claude Grosjean (GLP) führt sein Votum fort: Dann komme ich noch zum letzten Antrag in der Antragsliste. Dort geht es um das Inkrafttreten. Ursprünglich war es für Anfang 2025. Die unabhängige Finanzkontrolle wird ihre Arbeit Anfang 2025 aufnehmen, aber das Finanzkontrollgremium, das eben die Leitung der Finanzkontrolle wählt, muss natürlich vorher anfangen können. Und das ist auch in dem Reglement geregelt; darum dort noch die Änderung, dass wir das Inkrafttreten auf den 1. Mai 2024 vorschlagen, so dass das Finanzkontrollgremium seine Arbeit zur Besetzung der Leitung der Finanzkontrolle in Angriff nehmen kann. Die Finanzkommission beantragt euch also, dem Reglement mit den 3 Änderungsanträgen der Finanzkommission zuzustimmen.

Merci vielmals. Ich sage noch kurz etwas für die Fraktion GLP-JGLP beziehungsweise ich kann keine weiteren Ausführungen machen. Das Votum, das ich als Kommissions-sprecher gemacht habe, deckt sich auch mit dem, was ich als Fraktionssprecher gesagt hätte, merci.

Präsident: Merci vielmals, Claude. Wir wären in dem Fall mitten in den Fraktionsvoten. Da käme für die GFL/EVP-Fraktion Lukas Gutzwiller.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion: Zuerst möchte ich einmal dem Motionär und Referenten für die sehr gute Zusammenfassung danken. Er hat auch sehr gute Arbeit gemacht bei den Verhandlungen mit dem Gemeinderat. Wir haben, wie gesagt in der FIKO das Geschäft schon informell vordiskutieren können. Das ist ein sehr ein guter Dialog gewesen. Die GFL/EVP-Fraktion unterstützt logischerweise das Finanzkontrollreglement und dankt dem Gemeinderat, dass er die Motion Grosjean, Sancar jetzt sorgfältig und in einem guten Austausch umgesetzt hat. Obwohl er das wie gesagt ursprünglich nicht so machen wollte, wie die Motion das verlangt, orientiert sich das Reglement insbesondere an der Finanzkontrolle des Kantons mit einer klaren Gewaltentrennung. Das Finanzkontrollreglement ist ein Quantensprung bezüglich parlamentarischer Aufsicht. Nicht nur ist die FIKO als zweite Aufsichtskommission geschaffen worden, sondern das Parlament hat mit dem neuen Reglement die Möglichkeit und Pflicht, in das neue Finanzkontrollgremium Einsitz zu nehmen. Die Finanzkontrolle ist somit nicht nur dem Gemeinderat unterstellt, sondern eben auch dem Parlament. Das bisherige Finanzinspektorat hat nur im Auftrag des Gemeinderats Untersuchungen anstellen können, und die Untersuchungen sind intern geblieben. Das Parlament hat also einzig die Möglichkeit gehabt, über die externe Revision etwas zu steuern. Diese, wie schon gesagt worden ist, bleibt erhalten. Das neue Finanzkontrollgremium wird paritätisch mit je einem Vertreter der FIKO, der Aufsichtskommission und 2 Gemeinderäten zusammengesetzt sein.

Man kann sich jetzt schon die Frage stellen, welche Parteien Anspruch auf die 2 Sitze haben sollen. Die gute überparteiliche Zusammenarbeit in der FIKO dieses Jahr hat aber gezeigt, dass FIKO-Mitglieder ohne Beisshemmungen unterwegs sind und auch einmal breit sind, die eigenen Gemeinderäte in die Pflicht zu nehmen.

Präsident: Ich bitte wieder um ein bisschen mehr Ruhe.

Lukas Gutzwiller (GFL) setzt sein Votum fort: Es ist also davon auszugehen, dass die beiden Aufsichtskommissionen je eine Vertretung mit der nötigen Erfahrung und dem Vertrauen der gesamten Kommission wählen werden und es nicht zu einem Parteienhickhack um die 2 Sitze kommen wird. Unsere Fraktion freut sich auf die Umsetzung des Finanzkontrollreglements und wird den 2 FIKO-Anträgen zustimmen, auch falls es keine zweite Lesung geben sollte.

Präsident: Merci vielmals, Lukas. Als nächstes Franziska Geiser für das GB/JA!

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB/JA! begrüsst die Einführung des Finanzkontrollreglements. Vor 12 Jahren hat Claude Grosjean zusammen mit Hasim Sancar vom GB den Anstoss gegeben für die Einführung eines Finanzkontrollsystems, das der kantonalen Finanzkontrolle entspricht. Es ist dabei vor allem darum gegangen, dass das Parlament gegenüber der Regierung gestärkt wird. In einem guten Jahr ist es jetzt dann so weit, die Finanzkontrolle sollte dann ihre Arbeit aufnehmen

können und der Stadtrat wird bei der Finanzaufsicht gestärkt. Die Finanzaufsicht rückt näher an den Stadtrat. Als unabhängige Organisationseinheit unterstützt sie neben dem Gemeinderat in seiner Aufsichtsfunktion auch den Stadtrat in seiner Oberaufsichtsfunktion. Die Leitung der Finanzkontrolle wird vom Stadtrat gewählt. Im Finanzkontrollgremium, das die Aufgaben zwischen der Finanzkontrolle, dem Gemeinderat und dem Stadtrat koordiniert, entscheiden Vertreter*innen des Parlaments und des Gemeinderats paritätisch. Der Stichtagsentscheid liegt bei der Vertretung des Parlaments. Das sind alles wichtige Mechanismen, die die parlamentarische Arbeit stärken. Daher sind wir sehr dafür. Die FIKO hat noch ein paar wenige Änderungsanträge gestellt. Insbesondere der Antrag 1 der FIKO akzentuiert die Stärkung des Parlaments bei der Finanzkontrolle noch. Nicht das Finanzkontrollgremium, sondern das Parlament, konkret die FIKO, soll die personelle Aufsicht über die Leitung der Finanzkontrolle haben. Diesen Akzent finden wir gut. Wir begrüßen den Informations- und Kompetenzzuwachs, den das Finanzkontrollreglement dem Stadtrat bringt. Im grossen Ganzen werden wir dem so zustimmen.

Präsident: Merci vielmals, Franziska. Dann käme als nächstes für die FDP-Jungfreisinn-Fraktion Dolores Dana. Sie scheint nicht da zu sein. Ich behalte sie mal offen. Wenn Alex da ist –? Der ist auch nicht da. Gut, nach vorne gelaufen kommt Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Jetzt hoffe ich, die Anlage lässt mich nicht im Stich. Entschuldigung für die Verzögerung. Ich habe auch gesehen, ich war der Zweite auf der Liste. Ich habe gedacht, ich sei noch nicht gerade daran, jetzt bin ich trotzdem daran. Kein Problem. Das ist kein Kaltstart. Die SVP dankt auch den beiden Motionären, die diesen Vorschlag eingereicht haben für eine wirksame Finanzkontrolle. Das scheint mir wichtig und daher habe ich Freude daran, dass man hier einen relativ breiten Konsens gefunden hat, indem man das so machen will. Wie wir es bisher gehandhabt hat, war nicht ideal. Wir können dem Finanzkontrollreglement zustimmen. Wir sind für die Variante FIKO mit dieser Lösung, wie wir es vorgeschlagen haben. Der Gemeinderat sieht das hier anders. Ich glaube, das ist nicht der entscheidende Punkt. Aber ihr kennt mich, ich bin immer für eine Lösung gewesen, dass man hier Stellvertretungsmöglichkeiten hat. Das scheint mir wichtig, dass man die Leute vor Ort hat, dass man reden kann. Ihr habt ja auch gesehen, ich habe mich immer dafür eingesetzt. Zum Glück haben wir das jetzt so, dass man in den Sachkommission eine Stellvertretung hat. Und auch wichtig ist für mich, dass die Information drin ist. Es ist auch klar: Eine Stellvertretungslösung ist immer eine Ausnahme. Es ist nicht das Ideale, aber wenn einmal eben der Fall eintritt, dass jemand nicht kommen kann, dann soll man eben die richtige Stellvertretungslösung haben. Darum bin ich für den Vorschlag der Finanzkontrolle. Merci.

Präsident: Merci, Alexander Feuz. Dann käme als nächstes für die FDP-Jungfreisinn-Fraktion Dolores Dana.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion: Entschuldigung, dass ich vorher nicht am Platz war. Die FDP wird dem Finanzkontrollreglement zustimmen und wird auch den Anträgen der FIKO zustimmen. Ich verzichte hier darauf, alles zu wiederholen, was schon meine Vorredner gesagt haben. Ich kann all diesen zustimmen, insbesondere auch dem, was natürlich Claude erzählt hat von der Geschichte, wieso es zu dem Reglement gekommen ist. Und ich bin eben eine, die so lange schon dabei ist. Und die Geschichte

Büschi hat damals schon zu reden gegeben und das ist eigentlich auch der Ursprung, wieso wir jetzt hier das Reglement haben. Und das macht auch Sinn, dass wir die Trennung haben, und es ist eigentlich schon noch interessant, wie sich der Gemeinderat jetzt in all diesen Jahren so gewunden und auch etwas gewehrt hat. Und jetzt ist die ganze Sache auf dem guten Weg. Also wir sind auch sehr dankbar, dass jetzt auch der Gemeinderat ein Einsehen gehabt hat. Wenn ich jetzt die Voten höre, muss ich sagen: Es gibt wohl nicht viele Differenzen zwischen den Parteien, ausser vielleicht zur SP. Und ich hätte jetzt hier den Antrag gestellt, ob man nicht auf eine zweite Lesung verzichten will. Merci. Wie gesagt, wir stimmen dem Finanzkontrollreglement zu sowie den Anträgen der FIKO. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Dolores. Wir nehmen den Antrag so auf und würden nach der Diskussion darüber abstimmen. Wir kommen zur SP-Juso-Fraktion mit Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Die SP-Juso-Fraktion unterstützt im Grundsatz das vorliegende Finanzkontrollreglement. Es liegt offensichtlich schon ein längerer parlamentarischer Auftrag vor und wir begrüssen es, dass der Gemeinderat auch nach mehrmaligem Versuch, die Motion abzuschreiben, jetzt so ein Reglement vorlegt. Ich verzichte auch wie meine Vorrednerin darauf, alle Argumente noch einmal zu nennen, aber wir werden von der SP-Juso-Fraktion den Antrag auf Verzicht auf eine zweite Lesung ablehnen, weil wir noch nicht dazu gekommen sind, alle Anträge in der Fraktion zu besprechen.

Präsident: Merci vielmals, Chandru. Wir sind durch mit den Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte das Wort Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Das Geschäft hat tatsächlich eine lange Geschichte. Das ist gesagt worden. Eingereicht wurde die Motion am 15. November 2012. Also, wenn ihr jetzt heute auf eine zweite Lesung verzichtet, dann könnt ihr sicher noch eine wesentliche Beschleunigung hinbringen. Am 30. Januar hat der Stadtrat sie erheblich erklärt. Das war noch bei meinem Vorgänger. Also, das hat eine sehr, sehr lange Geschichte. Als ich das Geschäft übernommen habe, habe ich einmal gesagt, jetzt müssten wir ein bisschen daran arbeiten und haben zuerst einmal gesagt, man wolle das abschreiben. Die Hauptargumentation damals war die Frage der Kosten. Wir haben auch gesagt, dass wir genau das duale System des Kantons nicht übertragen können, weil die Stadt Bern nach wie vor eine eigene externe Revisionsstelle braucht. Wir haben dann auch noch gesagt, dann gäbe es nachher eine externe Revisionsstelle, dann gäbe es ein internes Finanzinspektorat und dann gäbe es noch die Finanzaufsicht. Also das ist einfach ein bisschen viel und eigentlich auch nicht nötig. Die Abschreibung ist abgelehnt worden. Man hat noch einmal die Frist verlängert und ich bin nachher noch einmal gekommen mit einer Abschreibung, aber mit einer Variante. Ich habe dann in der Debatte auch klar gesagt: Es gibt 2 Möglichkeiten. Die schnelle Möglichkeit ist: abschreiben. Und dann haben wir eine Verordnungsänderung in Aussicht gestellt, gemäss der der Stadtrat nachher eigentlich quasi direkt Aufträge hätte erteilen können. Und das andere ist gewesen: Ich habe dann noch gesagt, wenn die Motion jetzt wieder nicht abgeschrieben wird, dann kommen wir mit dem Reglement. Ich glaube, wir haben den Tatbeweis klar erbracht. Die Abschreibung ist abgelehnt, die Frist ist verlängert worden. Und entsprechend haben wir jetzt auch die Vorlage ausgearbeitet. Dass die

Vorlage nicht so schlecht ist, zeigt sich jetzt darin, dass es eigentlich keine inhaltlichen Diskussionen gegeben hat. Das hat ganz sicher auch mit dem Prozess zu tun, ich will das auch noch betonen, und an dieser Stelle Claude und der Kommission danken – jetzt weiss ich schon nicht mehr, wie sie geheissen hat, die Vorgängerin der RWSU, nachher die FIKO – FSU! So schnell geht das. Wir sind dort wirklich in einen Dialog mit diesen Leuten getreten, die sich hauptsächlich damit befasst haben. Man ist hin und her gegangen und hat eigentlich verschiedene wichtige Punkte diskutiert. Wie gesagt, inhaltlich glaube ich, gibt es keine grossen Differenzen mehr. Wir haben dort auch nicht alles neu erfunden. Das müssen wir auch sagen. Also die Finanzinspektorin Shanna Wagner hat natürlich auch ihr Know-how und ihre Kontakte zu Zürich, zum Kanton spielen lassen, so dass wir sahen, was ist Best Practice, was funktioniert in der Stadt Bern und was funktioniert nicht. Also, wir haben das gemacht.

Wir haben, ich glaube, das ist auch ein wesentlicher Punkt gewesen, falls es keine zweite Lesung mehr geben sollte, dass ich das auch noch hier deponiert habe ... Der Gemeinderat hat nachher die Flucht nach vorne angetreten und gesagt, wenn schon, dann gibt es nicht ein Finanzinspektorat und nachher noch eine Finanzkontrolle. Auch aus finanziellen Gründen gibt es ein Gremium mit dieser Doppelunterstellung, das dann ein bisschen zwei Herren dienen muss, eben mit diesem Ausschuss, der darüber wacht. Ich glaube, das hat sehr gut funktioniert. Ich will auch noch betonen, dass die FIKO zu einem ersten Entwurf zuhanden des Gemeinderats auch noch Stellung nehmen konnte, und bereits wesentliche Inputs eingebracht hat, Vorschläge, Änderungen, was sicher auch dazu geführt hat, dass wir jetzt nicht noch 100 Anträge haben, denn der Gemeinderat hat bei ganz, ganz vielem gesagt: Das übernehmen wir, das kann man so machen. Und entsprechend sind eigentlich letzte Differenzen im Moment noch minim. Es sind 2 Punkte, die jetzt offen sind und wenn ihr heute auf eine zweite Lesung verzichtet – ich bin davon ausgegangen, dass der Gemeinderat noch einmal zu diesen beiden Anträgen Stellung nehmen könnte, dass der Rat im Wissen um die Pro- und Kontra-Argumente, die wir auch sehr ausgiebig diskutiert haben in der Kommission, entscheiden kann –, denke ich, die Frage der Stellvertretung ist sekundär. Darin könnte man der FIKO folgen. Man hat ein bisschen argumentiert, man müsste dann eine differenzierte Stellvertretung anschauen. Selbstverständlich muss der Stadtrat die Leute stellvertreten lassen können. Bei uns ist es ein bisschen etwas anderes. Wenn die Leiterin der Stadtkanzlei drin ist, dann kommt die und wenn sie eine Stellvertretung hat, kann sie einmal die Stellvertreterin schicken. Ist das jetzt relevant oder nicht? Ich finde nicht. Da kann man gut diesem Antrag zustimmen. Wo ich der Meinung bin, dass der Rat sich eigentlich nicht schlecht entscheiden würde, ist, wenn er die Frage der personellen Aufsicht – ich rede nur von der personellen Aufsicht – wenn er diese bei dem gemeinsamen Gremium lassen würde. Was sind die Gründe? Ich habe die Gründe in der Kommission gesagt. Ich will euch heute noch einmal sagen: Ich glaube, es geht hier nicht um einen Machtkampf, wer die personelle Aufsicht hat. Aber ich habe gesagt: Wenn es Probleme gibt, personelle, und das hat man ab und zu, dann muss ich euch sagen, ist das etwas sehr Aufwändiges. Es braucht ein riesiges Know-how und je nach dem ist man vielleicht froh, wenn das nachher nicht beim Ratssekretariat und beim Rat ist, weil es ja dann der FIKO unterstellt wäre. Vielmehr möchte man dann auf die Ressourcen der Stadt zurückgreifen können. Das ist ein Argument. Und das zweite Argument, das ich gebracht habe: Es könnte ja dann mal sein, dass es Unstimmigkeiten gibt zwischen dieser Person und einer Kommission und dem Stadtrat. Und dann wäre es vielleicht auch nicht so dumm, wenn man, wenn man dort sagen würde: Ja, gut. Jetzt in diesem Fall ist die Federführung für das Problem, das wir im personellen Bereich haben, halt vielleicht gescheiter bei der Stadt bei diesen 2 Mitgliedern aus dem Gemeinderat. Ich sage das so, weil

unabhängig davon hat in dieser Kommission die FIKO den Stichentscheid. Also der Gemeinderat hat 2 Mitglieder der Stadtrat hat 2 – unentschieden. Also, er hat immer noch dort die Macht, die Power, zu sagen: Wir wollen das jetzt so. Und dann gibt dort das FIKO-Mitglied den Ausschlag, wie jetzt mit dem umgegangen werden sollte. Ich habe damit gerechnet, dass wir schriftlich diese Argumentation noch ein bisschen ausführen können. Ich glaube auch hier, das ist nicht matchentscheidend. Aber da wir das im Gemeinderat so entschieden haben, würde ich doch beliebt machen, dass man in dieser Frage der Personalaufsicht dem Gemeinderat folgt. Und entsprechend würde ich die FIKO-Anträge zu Artikel 3 und 6 ablehnen. Jetzt ist alles in eurer Hand. Die Welt dreht sich weiter, unabhängig davon, wie ihr heute entscheidet. Merci.

Präsident: Merci, Michael Aebersold. Wir steigen in den Abstimmungsreigen ein. Ich bitte die Stimmzähler, sich für das Berechnen des Quorums bereit zu halten. Wir stimmen zuerst ab. Der Antrag ist gestellt worden: Verzicht auf die zweite Lesung. Es braucht dazu eine Zweidrittelmehrheit.

Abstimmung

2022.FPI.000015: Antrag Verzicht auf 2. Lesung		
2/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	29	
Nein	33	
Enthalten	0	Namensliste 007

Präsident: Da brauche ich keine Stimmzähler, das ist relativ deutlich abgelehnt worden. Wir verabschieden das in dem Fall heute so nicht und geben das zuhanden der Kommission in die zweite Lesung.

Anträge zuhanden zweiter Lesung

1 FIKO:

Art. 3 Funktion und Aufgaben

b. die ~~personelle Aufsicht über die Leitung der Finanzkontrolle;~~
sowie ein neuer Art. 6a

(neu) Art. 6a Aufsicht

1 Aufsichtsbehörde über die Leitung der Finanzkontrolle ist die Finanzkommission.

2 Die Finanzkommission nimmt vor der Anordnung von aufsichtsrechtlichen Massnahmen Rücksprache mit dem Finanzkontrollgremium.

2 FIKO:

Art. 4 Zusammensetzung und Organisation

4 2 Mitglieder ~~Mit~~ beratender Stimme ~~nehmen~~ ~~Einsitz~~ im Finanzkontrollgremium **sind:**

- a. die Leitung der Finanzkontrolle;
- b. die Geschäftsleitung der Finanzkommission;
- c. die Leitung der Stadtkanzlei.

~~2 3~~ Jedes Mitglied hat eine Stellvertretung.

~~3 4~~ Die Kommissionen und der Gemeinderat bestimmen ihre Vertretungen und Stellvertretungen gemäss Absatz 1 und 2 jeweils für eine Legislaturperiode.

4 FIKO:

Art. 39

1 Das Reglement tritt am 1. Mai 2024 in Kraft.

2 Die Finanzkontrolle nimmt ihre Arbeit per 1. Januar 2025 auf.

2023.TVS.0185

3 Klimaanpassungsmassnahmen Optingenstrasse; Projektierungs- und Ausführungskredit

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 3. Das sind Klimaanpassungsmassnahmen an der Optingenstrasse. Das ist ein Projektierungs- und Ausführungskredit. Ich übergebe der PVS das Wort. Jelena Filipovic ist krank. Ich weiss nicht, wer übernimmt. Ah, sorry. Pardon, mein Fehler. Für die Kommission Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die PVS: Ich bin zum Glück heute nicht mehr krank. Darum freue ich mich sehr, euch das Geschäft zu den Klimaanpassungsmassnahmen an der Optingenstrasse kurz vorstellen zu können. Es handelt sich dabei um einen Projektierungs- und Ausführungskredit, den wir heute Abend beschliessen werden. Die Klimaerhitzung schreitet ungebremst voran. Wir hatten 2022 und, wie jetzt schon bekannt, 2023 global die heissesten Sommer seit Messbeginn. Und das schockiert leider niemand mehr. Auf die heissen und trockenen Sommer folgen Starkniederschläge, die zum Teil unsere Kanalisationssysteme überlasten und zu lokalen Überschwemmungen führen können. Mit dem muss auch die Stadt Bern vermehrt umgehen können und darauf vorbereitet sein.

Mit dem vorliegenden Geschäft möchte der Gemeinderat Synergien nutzen, um in Sachen Anpassung an die Klimaerhitzung vorwärtszumachen, ganz im Sinne des beschlossenen Klimareglements der Stadt Bern. Das Breitenrainquartier ist gemäss den Klimamessungen der Uni Bern überdurchschnittlich heiss und wird auch immer heisser. Weil EWB 2024 die Werkleitungen saniert und aus dem Grund die Strasse aufbrechen muss, bietet sich darum der Stadt Bern eine Gelegenheit, die Massnahmen zur Klimaanpassung und zur Aufwertung des Strassenraums umzusetzen. Konkret ist vorgesehen, dass insgesamt rund 20 Bäume gesetzt werden, die durch Verdunstungseffekte und Schattenwurf das Mikroklima verbessern sollten. Und gleichzeitig sollte grossflächig, also 1/3 der Strassenfläche entsiegelt werden, um dem Hitzeeffekt entgegenzuwirken – ganz nach dem Prinzip der Schwammstadt. Ausserdem ist geplant, dass die Optingenstrasse zu einer Quartierstrasse für Menschens transformiert wird mit Aufenthaltsbereichen und Veloabstellplätzen und dass der Platz an der Ecke von Breitenrainstrasse und Optingenstrasse neugestaltet und aufgewertet wird.

Damit die Bäume gesetzt werden können, werden 9 Parkplätze in die angrenzenden Strassen verschoben. Die restlichen 28 Parkplätze werden nicht wieder asphaltiert, sondern durchlässig ausgestaltet. Um Erfahrungen mit den entsiegelten Parkplätzen sammeln zu können, werden die Oberflächen einerseits mit Schotterrassen und andererseits mit Rasengittersteinen ausgestattet.

Die Kommission hat das Geschäft grossmehrheitlich begrüsst. Der einzige kritische Punkt, der intensiver diskutiert worden ist, ist die Verschiebung der 9 Parkplätze. Es ist ein Antrag diskutiert worden, der auf die Verschiebung der Parkplätze hätte verzichtet oder noch weitere Parkplätze auf der Strasse abbauen wollen, weil das auch der Massnahme 8 der Energie- und Klimastrategie entsprechen würde. Die Verwaltung hat plausibel darlegen können, dass man ausnahmsweise in dem vorliegenden Projekt explizit auf eine Parkplatzreduktion verzichtet, weil die Umsetzung des Geschäfts massgeblich vom Zeitplan von EWB abhängt und eine Verzögerung seitens Stadt durch mögliche

Einsprachen die Umsetzung des Projekts gefährden könnte. Die Kommission sieht die Sorge um mögliche Einsprachen als Grundsatzargument zwar äusserst kritisch, war aber der Meinung, dass das unter dem vorliegenden Zeitdruck vertretbar ist. Aus diesem Grund ist der Antrag entsprechend zurückgezogen worden. Der Gemeinderat beantragt somit für das vorliegende Geschäft ohne Kommissionsanträge einen Projektierungs- und Ausführungskredit von 1,3 Mio. Franken. Es handelt sich dabei um einen Bruttokredit. Von der Mobiliar-Versicherung sind bereits 450'000 Franken vertraglich zugesichert worden, was für eine Stadt Bern Nettokosten von 850'000 Franken würden bedeuten. Die PVS-Kommission beantragt euch, dem Projektierungs- und Ausführungskredit mit 10 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zuzustimmen. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Jelena. Schön bist du da. Wir wären bei der Fraktionsvoten. Janosch Weyermann von der SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Die SVP hat zu diesem Geschäft Stimmfreigabe beschlossen.

Es ist so: Einerseits wollen wir dem Gemeinderat hoch anrechnen, dass er für das Projekt Geld in die Privatwirtschaft holen ging. Das ist etwas, das wir schon lange sagen: Wenn ihr etwas wollt, dann müsst ihr das Geld dort holen. Wenn man das Geld eben nicht hat, dann kann man es eben auch nicht ausgeben. Hier geht es um sogenannte Klimaanpassungsmassnahmen, für uns, glaube ich, nicht unbedingt nötig, weil es ein Tropfen auf den heissen Stein ist, in diesem Perimeter irgendetwas zu machen. Aber der Ansatz passt uns, indem man eben etwas machen will und einen Kompromiss eingeht und eben nicht die Parkplätze aufhebt. Denn wenn man die Parkplätze aufheben würde, wäre das Auto ja nach wie vor da. Aber so, wie man es jetzt vorgesehen hat, dass man die Parkplätze entsiegelt, ist für uns ein gangbarer Kompromiss. Ja, und ich glaube, es wäre gut, wenn der Gemeinderat auch künftig auf solche Sachen wie eben den Mobiliar-Ökofonds zurückgreifen würde. Die haben Geld wie Heu. Der ist gefüllt mit Abermillionen. Macht doch manchmal so Anfragen. Und ich glaube, es ist wichtig, dass man hier nicht gross blockiert aus ideologischen Gründen und dementsprechend nicht mit Einsprachen das Projekt gefährdet. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Janosch. Dann käme als nächstes für die GLP/JGLP-Fraktion Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion: Für einmal könnte es tatsächlich schnell gehen mit Begrünung, Entsiegelung und mehr Begegnungsfläche auf einer Strasse. Das Projekt tönt nach einem guten Kompromiss und einem interessanten Experiment – ein Kompromiss, weil andere Begegnungszonen wie Breitfeld oder der Lorrainestrasse offenbar zu ambitioniert waren und zu viele Gegner auf den Plan gerufen haben. Wegen angedrohten Einsprachen gegen Parkplatzaufhebungen sind solche Eingriffe darum meistens ein fünfjähriges Unterfangen. Ein Experiment, weil Die Mobiliar hier im Boot ist und mitfinanziert – eine spannende Partnerschaft, auch wenn klar ist, dass die Stadt bei Fragen von Klimaanpassungen im öffentlichen Raum klar im Lead ist und sein muss. Dazu hören wir ja bald mehr. Der Gegenvorschlag zur Stadtklimainitiative wird gerade ausgearbeitet. In dem Sinn unterstützen wir das Projekt und lehnen die Anträge der Fraktion GB/JA! ab.

Präsident: Merci vielmals, Michael Ruefer. Dann käme Thomas Hofstetter für die FDP-Jungfreisinn-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP/JF stimmt dem Geschäft zu. Wir sind dem Tiefbauamt dankbar, dass es die Opportunität hat wahrnehmen können und dort, wo EWB schon am Arbeiten ist, aufspringen kann. Das spart Kosten. Es hat ein bisschen den Nachteil, dass jetzt EWB der Taktgeber ist und halt sagt: Friss oder stirb. Und wenn man jetzt das Fuder überladen würde, würde man halt dann sterben, könnte man nicht mehr mitmachen, würde EWB es ohne die Verbesserungen, die wir gelesen haben, durchführen.

Wir sind gespannt, was das Monitoring bringt; zuerst einmal, welche Auswirkungen die Massnahmen und das andere auf die Temperatur hat. Wir sind auch gespannt, was es Monitoring gibt von den beiden Unterlagen bei den entsiegelten Parkplätzen, also dann dort die 2 Varianten. Wir hoffen, dass es eine gute Variante gibt. Es hat jetzt viel geregnet und es ist, wir haben gesehen, es ist nicht einfach, das Wasser zu trennen, das versickern sollte, damit es nicht in die Kanalisation geht und auch umgekehrt, denn sonst richtet man fast Schaden an, indem kontaminiertes Wasser versickert. Wir sind gespannt, was dort herauskommt. Und das andere ist auch wichtig, wenn es viel regnet und man mit den Autos nachher wegfährt – wie stark wird die Strasse verschmutzt? Kann man das schlucken oder tut uns das nachher weh und wir machen unser neues Problem? Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Dann käme Lionel Gaudy für die Mitte-Fraktion.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Ich kann es relativ kurz machen. Häufig kommen wir, kommen unsere Fraktionsmitglieder nach vorne und kritisieren etwas. Dieses Mal möchten wir gerne die Gelegenheit auch nützen und etwas positiv würdigen. Ganz im Sinne von "Ehre, wem Ehre gebührt". Das ist wirklich ein Projekt, hinter dem wir voll und ganz stehen können. Und wir sehen die Herausforderungen, die durch den Klimawandel und durch die heisseren Sommer entstehen und wir begrüssen, dass hier ganz konkret und vor allem auch effizient Entsiegelungsmassnahmen umgesetzt werden können. Und wir sind der Meinung: Genau so kann es funktionieren. Die Stadt sollte wo immer möglich noch mehr Public-private Partnerships anstreben. Das begrüssen wir sehr und wir sind gespannt, wie sich die Optingenstrasse entwickeln wird. Merci.

Präsident: Merci. Als nächster kommt Mahir Sancar für GB/JA!

Mahir Sancar (JA!) für die Fraktion: Ich kann mich mehr oder weniger anschliessen an die Vorredner*innen. Der Vortrag des Gemeinderats entspricht fast ganz unseren Vorstellungen. Darum werde ich das Fraktionsvotum auch entsprechend kurzhalten.

Wir sind froh, ist erkannt worden, dass die Klimakrise problematisch ist und dass es Massnahmen braucht, damit die Bewohnenden der Stadt so gut wie möglich vor den Folgen dieser Krise geschützt werden, so wie das Klimareglement fordert. Die klimatechnische Aufwertung und die Aufwertung der Strasse allgemein für die Bewohner*innen wie es auch im Vortrag des Gemeinderats ausgeführt wird, wird hoffentlich eine Vorlage sein für viele weitere solche Projekte der Stadt. Aus unserer Sicht könnte man auch gerade noch bisschen weitergehen. Darum haben wir auch die 2 Anträge eingereicht. Einerseits soll Tempo 20 eingeführt werden. Laut dem Vortrag des Gemeinderats soll die Strasse für die Anwohnenden als ein Ort ausgestaltet werden, der zum Verweilen einlädt. Damit das gewährleistet wird, ist dort sehr wichtig, dass Tempo 20 eingeführt wird, dass keine Gefahr von Autos ausgeht. Das entspricht übrigens auch

dem Anspruch der Kinder, die dort wohnen und in das nahegelegene Spitalackerschulhaus in die Schule gehen und über die Strasse gehen müssen. Andererseits haben wir den Antrag gestellt, dass geprüft werden soll, ob die Strassenbeläge gewählt werden können, die nicht wie Asphalt kaum Versicherung zulassen, sondern die speziell versickerungsfähig sind und auch die Temperaturen weniger speichern, als die Wärme weniger speichern als der normale Asphalt. Den Antrag haben wir nicht als Prüfungsantrag formuliert, aber würden jetzt der noch abändern. Es soll geprüft werden, ob so ein Strassenbelag benützt werden kann anstelle des Asphalts. Kritisch stehen wir hingegen der Angst des Gemeinderats vor Einsprachen gegenüber und dass er aufgrund dieser Angst verzichtet, weitergehende Massnahmen zu planen, gerade in Bezug auf Parkplätze, die nicht aufgehoben werden. Wir verstehen einerseits, dass man da im Zeitplan von EWB bleiben will und darum verzichtet. Andererseits hoffen wir, dass man bei zukünftigen Projekten, die wahrscheinlich in der ähnlichen Konstellation stehen – also indem EWB oder eine andere Partnerin aus der Privatwirtschaft den Ton angibt –, dort genügend früh plant, so dass wirklich alle Massnahmen umgesetzt werden können. Schliesslich finden wir auch, es ist genau eben bei diesen zukünftigen Projekten sehr viel Vorsicht geboten und auch eine langfristige Planung, die früh genug gemacht wird, so dass man nicht immer auf die privaten Partner*innen angewiesen ist, so dass diese den Ton vorgehen können und sagen, wann was gemacht werden muss. Vielmehr sollte die Stadt früh genug sich selbst einbringen und sämtliche Massnahmen, gerade wenn es Klimamassnahmen sind, vollständig umsetzen können, ohne Angst zu haben, dass man aufgrund von Einsprachen zurückfällt und nachher die Projekte alleine finanzieren muss, ohne Partner aus der Privatwirtschaft. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals. Für alle noch zum Mitschreiben. Das ist ein mündlich formulierter Änderungsantrag gewesen zu seinen bestehenden Anträgen: Es sind beide Anträge von GB/JA! in Prüfungsanträge umformuliert worden.

Das liegt uns im Ratssekretariat schriftlich vor. Das noch zur Kenntnisnahme. Also beide Anträge sind in Prüfungsanträge abgeändert worden. Als nächstes kommt für die SP-Juso-Fraktion Nicole Silvestri.

Nicole Silvestri (SP) für die Fraktion: Auch ich mache es ein bisschen kürzer, weil schon viel gesagt worden ist. In der Optingenstrasse hat man in einem der heissesten Berner Quartiere die Chance, um etwas für das Mikroklima und für die Anwohner*innen zu machen, weil die Werkleitungen sowieso saniert werden müssen, und wir im gleichen Zug die Klimaanpassungsmassnahmen ergreifen können. Wir finden das ein Superprojekt. Die Optingenstrasse ist heute geprägt von Grau und von Blech und sie kann nicht wirklich schlaue genutzt werden von den Menschen, die im Quartier leben. Bech wird es auch in Zukunft noch geben, Grau auch, aber mit viel Grün dazwischen. Es sollen 20 Bäume gepflanzt werden und 1/3 der Strassenfläche wird entsiegelt, damit das Wasser besser zurückbehalten und für den Grünraum genutzt werden kann. Das entlastet die Kanalisation. Geplant sind Sitzgelegenheiten, ein Trinkbrunnen und Grünflächen, damit nicht nur die Autos sich wohlfühlen, sondern auch die Menschen. Sie spielen eine zentrale Rolle bei diesem Projekt. Das Projekt hat auch einen Pilotcharakter, was die Massnahmen für die Schwammstadt angeht, und auch, was die finanzielle Beteiligung der Mobiliar angeht. Dass damit eine private Beteiligung gewonnen werden konnte, ist sehr erfreulich, weil wir die Folgen des Klimawandels nur gemeinsam zusammen mit allen Akteuren*innen bewältigen können. Die SP-Juso-Fraktion unterstützt den Plan des Gemeinderats und stimmt dem Projektierungs- und Ausführungskredit klar zu. Und den beiden GB/JA!-Prüfungsanträgen stimmen wir auch zu.

Wir fänden es wünschenswert, wenn die Anträge ein bisschen früher kämen, damit wir sie auch noch besprechen können in der Kommission oder zumindest in der Fraktion. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Nicole. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann hätte das Wort Frau Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Wer die Optingenstrasse kennt, weiss, warum dort dringend Handlungsbedarf besteht. Es ist wirklich ein überdimensionierter Strassenraum, 100% Asphalt, 0% Grün, 0% Aufenthaltsqualität. Die Optingenstrasse steht wirklich exemplarisch dafür, wie wir uns die Stadt der Zukunft eben nicht vorstellen. Umso grösser ist die Wirkung, wenn wir hier begrünen und entsiegeln und die Schwammstadtelemente umsetzen. Das kommt eben nicht nur den Anwohnenden der Optingenstrasse zugute, sondern dem ganzen Quartier. Dank dem Temperaturmessnetz, das die Universität Bern zusammen mit der Stadt Bern und Energie Wasser Bern betreibt, wissen wir, wo es in der Stadt besonders heiss ist. Und Fakt ist: Nur in der Altstadt ist es im Sommer heisser als im Breitenrainquartier. Ja, mit Blick auf die Finanzen ist es wichtig, dass wir Synergien nutzen, also verschiedene Projekte in der Stadt sehr gut aufeinander abstimmen. Das machen wir auch hier. EWB wird an der Optingenstrasse im Januar 2024 Werkleitungen sanieren und muss zu diesem Zweck den Asphalt aufbrechen. Im Anschluss setzen wir unsere Klimaanpassungsmassnahmen um und ersetzen den Asphalt eben nur dort, wo es wirklich nötig ist. Für die Anwohner*innen hat das natürlich den schönen Nebeneffekt, dass sie nur einmal eine Baustelle vor ihrer Haustüre haben. Mit diesem Projekt können wir aber auch aufzeigen, wie wir heute projektieren, bauen und planen in einem Umfeld, das wirklich in einem stetigen Wandel ist. Die einzige Konstante ist die Veränderung, das heisst, wir müssen flexibel bleiben und resiliente Lösungen bieten, die auch in Zukunft funktionieren. Ja, die übliche Art, wie in unserem Land Projekte umgesetzt werden, wie Planungs- und Bauprozesse ablaufen, ist ja der SIA-Prozess. Das Vorgehen hat sich auch in Tausenden Bauvorhaben bewährt. In einem dynamischen Umfeld kommt das doch statische Vorgehen aber immer mal wieder an seine Grenzen. Unsere Lösung angesichts eines dynamischen Umfelds, in dem sich auch die Anforderungen laufend ändern, ist eben eine Dynamisierung der Planungs- und Bauprozesse. Bei herkömmlichen Projekten dauert das in der Regel lange, je nach Grösse sind das häufig 10 Jahre oder sogar noch mehr. Es ist oft nicht möglich, in diesen Grossprojekten Neues auszuprobieren und so neues Wissen zu gewinnen und das dann in den kommenden Projekten einfliessen zu lassen. Darum setzen wir jetzt auch auf eine lernende Planung, und zwar, indem wir in kleinen Projekten ausprobieren, was dann in grosse Projekte einfliessen kann. Wir nennen das S- und XS-Projekt, das heisst, es ist eine pragmatische Lösung, die auf Kompromissen aufbaut und weiterentwickelt werden kann, die sich eben wirklich auf das Wesentliche konzentriert, also hier in dem Fall auf die Klimaanpassungsmassnahmen. Nur so können wir das Projekt rasch umsetzen und zeitnah Erkenntnisse gewinnen. Ja, und dann bin ich auch schon bei den Anträgen. Als Prüfaufträge sind die unproblematisch, aber eben wirklich: Belastet solche S- und XS-Projekte, die eben wirklich dem Klima dienen sollen, nicht mit konkreten zusätzlichen Forderungen, die eben jetzt gerade nichts direkt mit diesen Klimaanpassungsmassnahmen zu tun haben. Das führt zu Verzögerungen, und dann haben wir auch das Problem, dass wir nicht gleichzeitig mit EWB die Sache an die Hand nehmen können. Neu ist bei dieser Aufwertung auch, dass wir eben eine Public-Private-Part-

nership eingehen, und zwar eben mit der Mobiliar. Alle wissen: Die Stadt muss sorgfältig mit den Finanzen umgehen und klar priorisieren. Nicht alles ist möglich. Wir hätten das Projekt an der Optingenstrasse zwar auch ohne sie anpacken können, aber wir hätten definitiv kleinere Brötchen backen müssen. So ehrlich müssen wir hier sein. Klar ist aber, die Klimaanpassungsmassnahmen im öffentlichen Raum sind und bleiben primär Aufgabe der Stadt. Aber immer mehr Unternehmen sind sich ihrer Mitverantwortung bewusst, nicht nur, wenn es darum geht, den Klimawandel zu bekämpfen, sondern auch, wenn es darum geht, unsere Städte eben hitzeverträglicher zu gestalten, denn die Zahl der Hitzetage im Sommer nimmt zu und wird weiter zunehmen. Darum bittet euch der Gemeinderat auch, dem Projektierungs- und Ausführungskredit zuzustimmen, so dass wir jetzt wirklich zügig hier in die Umsetzung schreiten können.

Präsident: Merci vielmals, Marieke. Wir sind bei diesem Traktandum beschlussfähig. Wir stimmen zuerst ab über die beiden Anträge. Ja, wir stimmen ab über Antrag Nummer 1 zu Traktandum 3 von GB/JA!

Antrag

1. GB/JA: Für die Verkehrsfläche (Strasse) soll geprüft werden, ob ein alternativer, niedriger Temperatur Strassenbelag, der eine höhere Versickerungsfähigkeit aufweist und eine tiefere Wärmespeicherung hat, anstatt konventionellem Asphalt benutzt werden kann.

Abstimmung

2023.TVS.0185: Antrag 1		
Annahme		
Ja	40	
Nein	23	
Enthalten	1	Namensliste 008

Präsident: Der Antrag ist angenommen. Nummer 2 lese ich mündlich vor, weil er in dieser Form bei euch nicht vorliegt:
Es soll geprüft werden, ob die Optingenstrasse als Begegnungszone (Tempo 20) ausgestaltet werden kann.
Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 2 in angepasster Form.

Antrag

2. GB/JA: Es soll geprüft werden, ob die Optingenstrasse als Begegnungszone (Tempo 20) ausgestaltet werden kann.

Abstimmung

2023.TVS.0185: Antrag 2		
Annahme		
Ja	40	
Nein	22	
Enthalten	0	Namensliste 009

Präsident: Sie haben dem zugestimmt. Wir kommen in diesem Fall zur Abstimmung über das Geschäft in der so bereinigten Form.

Abstimmung

2023.TVS.0185

Annahme

Ja	58
Nein	3
Enthalten	2

Namensliste 010

Präsident: Sie haben dem zugestimmt.

2014.PRD.000098

4 Tiefbauamt, neuer Werkhof auf dem Areal Neuhuus; Verpflichtungskredit und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 4. Das sind ein Verpflichtungskredit und ein Kredit für wiederkehrende Ausgaben, inklusive der Abstimmungsbotschaft. Ich gebe Nora Joos das Wort für die PVS.

Nora Joos (JA!) für die PVS: Der neue Werkhof auf dem Areal Neuhuus ist für das Tiefbauamt ein wichtiges Geschäft. Ein zentraler Werkhof erlaubt, etliche Prozesse zu optimieren und Synergien zu nutzen. Die Mitarbeitenden der Einheit Betrieb und Unterhalt, die tagtäglich zum Grauraum der Stadt Bern schauen, sind aktuell schon daran, ihre Prozesse, Einsatzgebiete und täglichen Arbeiten zu analysieren und für die Zukunft zu flexibilisieren. Ein neuer Werkhof wäre ein wichtiger Meilenstein für den Prozess. Das vorliegende Geschäft hat eine lange Vorgeschichte. Die Idee eines zentralen Werkhofs für das Tiefbauamt steht schon lange im Raum. Der erste Anlauf, die geplante Realisierung am Standort Forsthaus, ist jedoch wegen zu hohen Anlagekosten sistiert worden. Die vorliegende Mietlösung auf dem Areal Neuhuus wird von der Verwaltung als Glücksfall bezeichnet. Während der Kommissionssitzung sind vor allem die 3 folgenden Aspekte positiv in der Diskussion hervorgehoben worden. Erstens: Eine Mietlösung ermöglicht eine gewisse Flexibilität. Das Tiefbauamt kann 25 Jahre nach dem Einzug entscheiden, ob es den Vertrag zu den gleichen Konditionen noch einmal um 10 Jahre verlängern will. Das wird in der Kommission begrüsst, da momentan noch schwierig vorausgesagt werden kann, wie die Bedürfnisse des Tiefbauamts in 25 Jahren sein werden. Zudem werden mit einem zentralen Werkhof die alten Standorte freigespielt. Die alten Standorte sind dadurch in Zukunft flexibel für andere Nutzungen verfügbar. Ein zweiter positiver Aspekt aus Sicht der Kommission ist der Standort. Das Neuhuus-Areal sei optimal. Das Areal ist gut an den ÖV angebunden. Mit den 2 Autobahnanschlüssen kann Mehrverkehr in den Quartieren vermieden werden und das Tiefbauamt ist schnell in den verschiedenen Stadtteilen. Und drittens: Die Neuhuus AG ist als faire und kompromissbereite Verhandlungspartnerin von Seiten Immobilien Stadt Bern wahrgenommen worden. Die Neuhuus AG ist offen gewesen, verschiedene Anliegen der Stadt in die Planung aufzunehmen. Beispiele sind die geplanten Photovoltaikanlagen, Ruderalflächen und der gute Einbezug des Quartiers.

Bezüglich des Einbezugs des Quartiers ist besonders zu erwähnen, dass es keine einzige Einsprache gegeben hat, was für ein Geschäft von dieser Grösse laut Immobilien

Stadt Bern sehr selten vorkommt. Neben diesen Hauptaspekten des Geschäfts sind in der Kommissionssitzung verschiedene Detailfragen diskutiert worden. Themen, die die PVS-Mitglieder interessiert haben, sind unter anderem die 60 geplanten Pikett-Parkplätze, eine mögliche Wasserstofftankstelle, bilaterales Laden oder auch die Kabelgrösse, um die elektrifizierten Fahrzeuge zu laden.

Während der ganzen Kommissionsdiskussion sind wenige bis gar keine kritischen Voten geäussert worden. Entsprechend ist auch das Abstimmungsergebnis.

Präsident: Ich bitte um mehr Ruhe.

Nora Joos (JA!) führt ihr Votum fort: Die PVS empfiehlt euch, den Kredit von 18,2 Mio. Franken für den Innenausbau, den Kredit für die wiederkehrenden Ausgaben von 2,08 Mio. Franken sowie die Abstimmungsbotschaft einstimmig bei keiner Enthaltung anzunehmen, und ist gespannt auf die Umsetzung.

Präsident: Warte schnell, Wart schnell. Ich frage immer zuerst, wenn es unbestritten gewesen ist in der Kommission. Darum frage ich, ob es Diskussionsbedarf gibt im Rat. Und wenn nicht, dann werden wir auf die Fraktionsvoten verzichten, müssen die Abstimmungen aber trotzdem machen, weil ein obligatorisches Referendum gilt. Wir stimmen ab über den Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung

2014.PRD.000098		
Annahme		
Ja	61	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 011

Präsident: Sie haben dem einstimmig zugestimmt. Wir stimmen noch über die entsprechende Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung

2014.PRD.000098: Botschaft		
Annahme		
Ja	58	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 012

Präsident: Und die ist einstimmig durchgekommen.

2022.SR.000084

- 5 **Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag Fraktion GB/JA! (Anna Jegher, JA!/Franziska Geiser, GB): Gestaltung des Geschäftsreglements gemäss «Sprachleitfaden Kommunikation und Geschlecht» sowie Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission: «Klärung der Vorgehensweise bei der Traktandierung der**

dringlichen Interpellationen im Stadtrat sowie redaktionelle Korrekturen und Anpassungen des GRSR aufgrund der verschiedenen GRSR-Teilrevisionen im Jahr 2022»; 2. Lesung

Präsident: Wir wären in dem Fall beim Traktandum Nummer 5. Hier geht es um die Teilrevision des GRSR, das ist die zweite Lesung, sprich, wir haben in der ersten Lesung bereits Fraktionsvoten gehört und allfällige Antragsbegründungen. Wir würden uns in dem Fall jetzt in der Debatte nur noch um Änderungen kümmern, die aus der zweiten Lesung der Kommission kommen.

Ich übergebe der Kommission das Wort. Das ist die GPK. Für die GPK kommt Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die GPK: Ich werde für die GPK nur noch auf die 2 Anträge der SVP eingehen, die wir noch nicht diskutiert haben. Die Einführung in das Geschäft und unsere allgemeinen Diskussionen und Haltungen habe ich schon in der ersten Lesung präsentiert und werde das an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen.

Die SVP hat einerseits einen Antrag zu Artikel 27 Absatz 4 eingereicht, der eine Umformulierung beziehungsweise die Präzisierung der Kompetenz der parlamentarischen Untersuchungskommissionen verlangt, Aufträge an externe Expert*innen zu erteilen. Wir haben den Antrag in der GPK diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass die Ergänzung nicht notwendig ist. In Bezug auf Sachverständige, Dritte, steht schon, dass ein gewisser Sachvorstand eben vorausgesetzt wird. Die SVP hat nachher andererseits einen Antrag zu Artikel 70a eingereicht, der eine redaktionelle Korrektur anstrebt. In diesem Artikel, der beschreibt, wer die Planungserklärungen einreichen kann, ist die Finanzdelegation (FinDel) noch drin. Die SVP hat das erkannt, und beantragt, dass die Finanzdelegation, die ja Anfang Jahr aufgehoben worden ist, durch das allgemeinere Wort Gremien ersetzt wird. Den Antrag unterstützen wir in der GPK grundsätzlich, da es tatsächlich Sinn macht, nicht mehr existierende Gremien oder ähnliches aus dem Reglement herauszunehmen. Es stellt sich uns aber so ein bisschen die Frage, was mit diesen Gremien, die man an Stelle der FinDel hier hineinschreiben sollte, gemeint ist. Die Nachfolgerin FIKO ist auch ohne den Zusatz in diesem Artikel berücksichtigt und Gremien sind laut unserer Webseite auch das Stadtratspräsidium, das Büro des Stadtrats, interfraktionelle Gruppen oder die Fraktionspräsidienkonferenz. Da das Wort Gremien also ein bisschen zu unbestimmt ist und es so zu Auslegungsproblemen kommen könnte, haben wir uns entschieden, den Antrag in dieser Form abzulehnen. Da wir aber mit dieser Teilrevision auch redaktionelle Änderungen anstreben, haben wir in diesem Zusammenhang gestützt auf den Antrag der SVP einen eigenen Antrag eingereicht für die zweite Lesung, der die FinDel einfach streicht, aber auch kein neues Wort oder keinen neuen Begriff einführt. Nachher noch formell: Mit der zweiten Lesung, die jetzt stattfindet, ist der Antrag, die Teilrevision per 1. Dezember 2023 in Kraft zu setzen, überholt, und somit haben wir einen neuen Antrag beantragen müssen, und zwar, dass die vorliegenden Änderungen per 1. Februar 2024 in Kraft treten.

Die GPK empfiehlt also, beide SVP-Anträge abzulehnen und unseren neuen Antrag sowie das Geschäft als Ganzes anzunehmen. Merci, vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Matteo Micieli. Wir wären bei der Fraktionsvoten. – Es scheint keine Fraktionsvoten zu geben. Gibt es Einzelvoten? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hätte, wenn gewünscht, auch jemand aus dem Gemeinderat noch die Möglichkeit zu reden. – Scheint auch nicht der Fall zu sein. dann würden wir in die

Abstimmung zu den Anträgen einsteigen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 1 SVP.

Antrag

1 SVP zu Art. 27 Einsetzung; Zusammensetzung; Aufgaben:

4 Die Untersuchungskommission befindet über ihre Infrastruktur, soweit sie nicht durch das Ratssekretariat gestellt werden kann, und beschliesst die dafür nötigen Ausgaben. ~~Sie kann Aufträge an sachverständige Dritte erteilen.~~ **Sie kann *Expertenaufträge an geeignete ausgewiesene Fachpersonen erteilen, die für die Lösungsfindung der konkreten Probleme besonders qualifiziert sind.***

Abstimmung

2022.SR.000084: Antrag 1		
Ablehnung		
Ja	5	
Nein	58	
Enthalten	0	Namensliste 013

Präsident: Der ist abgelehnt. Und über den Antrag auf Seite 41 stimmen wir gemeinsam ab mit dem Artikel Nummer 63, Antrag aus der GPK. Darum gehen wir weiter zum Antrag Nummer 3 auf Seite 44. Das ist ein GPK-Minderheitsantrag.

Antrag

3 GPK Minderheit

Art. 63 Interpellation

1-3 (unverändert)

4 Ein Mitglied des Stadtrats kann innert zwei Monaten nach elektronischer Zustellung der Antwort auf eine Interpellation beim Präsidium des Stadtrats verlangen, dass sie traktandiert wird. ~~Dringliche Interpellationen werden immer traktandiert. Es gilt Artikel 64 Absatz 3~~

Bei gleichzeitiger Anpassung von Artikel 58 und 64 wie folgt:

Art. 58 Arten und Form

1-4 (unverändert)

5 Die Beantwortung Dringlicher Motionen, und Dringlicher Postulate ~~und Dringlicher Interpellationen~~ erfolgt elektronisch bis spätestens Montagmittag vor dem Sitzungstag an das Ratssekretariat, das für die umgehende Weiterleitung an die Mitglieder des Stadtrats besorgt ist.

Art. 64 Dringliche Behandlung

1-2 (unverändert)

3 Ist Dringlichkeit beschlossen, werden Motionen, ~~und~~ Postulate ~~und Interpellationen~~ unter Vorbehalt von Artikel 47 Absatz 1 spätestens am vierten auf die Dringlicherklärung folgenden Sitzungstag traktandiert. ~~Die Behandlung dringlicher Vorstösse ist nach deren einmaliger Verschiebung an der darauffolgenden Stadtratssitzung zwingend~~

4 (neu) **Dringliche Interpellationen werden vom Gemeinderat bis zum Montagmittag vor dem vierten auf die Dringlicherklärung folgenden Sitzungstag beantwortet. Das Ratssekretariat leitet die Antworten umgehend an die Mitglieder des Stadtrats weiter. Es gilt Artikel 63 Absatz 4.**

5 (neu) **Die Behandlung dringlicher Vorstösse ist nach deren einmaliger Verschiebung an der darauffolgenden Stadtratssitzung zwingend.**

Abstimmung

2022.SR.000084: Antrag 3

Ablehnung

Ja	25
Nein	39
Enthalten	0

Namensliste 014

Präsident: Der ist abgelehnt. Dann kommen wir jetzt zum Antrag Nummer 5 SVP. Das ist Seite Nummer 48. – Gegenüberstellen? Ja, merci für die Info. Genau: Das ist eine Gegenüberstellung, das seht ihr auf der Seite Nummer 49. Es wird gegenübergestellt der Antrag SVP versus Antrag GPK zweite Lesung. Wer für Antrag SVP stimmt, drückt grün, für Antrag GPK zweite Lesung rot oder für Enthaltung.

Antrag

Art. 70a Planungserklärungen

5 SVP:

1 Jedes Mitglied des Stadtrats, die Kommissionen, ~~die Finanzdelegation~~ **Gremien** sowie die Fraktionen haben das Recht, Planungserklärungen zu Berichten des Gemeinderats einzureichen, von denen der Stadtrat Kenntnis nimmt.

[..]

6 GPK aus 2. Lesung:

1 Jedes Mitglied des Stadtrats, die Kommissionen, ~~die Finanzdelegation~~ sowie die Fraktionen haben das Recht, Planungserklärungen zu Berichten des Gemeinderats einzureichen, von denen der Stadtrat Kenntnis nimmt.

Abstimmung

2022.SR.000084: Antrag 5 vs Antrag 6

Annahme Antrag 6

Ja	4
Nein	60
Enthalten	0

Namensliste 015

Präsident: Der Antrag GPK aus der zweiten Lesung hat obsiegt. Wir stimmen in diesem Fall ab über den Antrag GPK aus der zweiten Lesung.

Abstimmung

2022.SR.000084: Antrag 6

Annahme

Ja	66
Nein	0
Enthalten	0

Namensliste 016

Präsident: Der ist einstimmig angenommen worden. Wir kommen zum Antrag Nummer 7 GPK aus zweiter Lesung.

Antrag

7 GPK aus 2. Lesung:

II. Inkraftsetzung:

Diese Änderungen werden auf den ~~1. Dezember 2023~~ **1. Februar 2024** in Kraft gesetzt.

Abstimmung

2022.SR.000084: Antrag 7		
Annahme		
Ja	63	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 017

Präsident: Einstimmig angenommen. Wir sind in dem Fall durch mit den Anträgen und würden jetzt abstimmen über das Geschäft in der so bereinigten Form.

Abstimmung

2022.SR.000084: bereinigt		
Annahme		
Ja	61	
Nein	1	
Enthalten	1	Namensliste 018

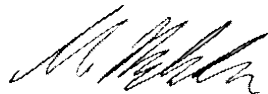
Präsident: Ihr habt dieser Revision zugestimmt. Ich finde, das ist ein sauberer Abschluss für die erste Sitzung. Und ich wünsche nun allen einen guten Appetit. Man sieht sich pünktlich wieder um 20.30 Uhr. Nicht vergessen, alle die beim Speed-Dating mitmachen für den Lernendenanlass, bitte unten im Foyer bei den Tischen warten. Merci vielmals und einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

09.02.2024

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

11.02.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra und 68 Mitglieder

Stadtrat entschuldigt

Diego Bigger

Laura Binz

Francesca Chukwunyere

Seraphine Iseli

Fuat Köçer

Simone Machado

Tanja Miljanovic

Niklaus Mürner

Dominic Nellen

Mirjam Roder

Kurt Rügsegger

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD

Franziska Teuscher BSS

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekre-
tärin

Franck Brönnimann, Stv.
Ratsweibel

Cornelia Stücker, Sekretariat

2023.SR.0111

6 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsanträge des Büros des Stadtrats zur Zustellung und Publikation der Sitzungsunterlagen und zum Verzicht auf den Druck von Sitzungsunterlagen (Art. 42, Art. 45 und Art. 47 GRSR), 2. Lesung

Präsident: Geschätzte Anwesende, ich begrüsse Sie zurück zur zweiten Sitzung. Wir können pünktlich anfangen. Wir fahren fort mit dem Traktandum Nummer 6. Das ist eine weitere Teilrevision des GRSR. Wir reden auch hier von der zweiten Lesung, sprich wir diskutieren im Wesentlichen nur noch über die Änderungen, die aus der zweiten Lesung kommen. Fraktionsvoten und Antragsbegründungen sind bereits in der ersten Lesung gehalten worden. Ich übergebe das Wort der GPK. Für die GPK kommt Vivianne Esseiva, die noch schnell jemand anmelden müsste.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Kommission: Wie bereits gesagt worden ist, wir sind hier in der zweiten Lesung. Ich gehe darum nur noch auf die Anträge ein, die eingegangen sind. Die Fraktion SVP hat im ersten Antrag, den sie gemacht hat, den Wunsch geäußert, dass man wie bisher die ganzen Sachen auf dem Postweg zustellt oder im Eventualantrag, dass man mindestens alle Unterlagen, die mehr als 4 Seiten beinhalten, via Post zustellt. In der GPK haben wir das diskutiert und haben ganz klar gesagt, dass wir das Ablehnen, weil das dem Ursprung des eigentlichen Geschäfts, welches wir jetzt hier anpassen wollen – dass eben nicht mehr alles via Papier kommt –, dem widerspricht. Wir wollen hier ganz klar ein Paradigma-Wechsel, sodass wir möglichst viel papierlos anstreben. Darum lehnen wir den Hauptantrag und auch den Eventualantrag von der SVP ab. Der nächste Antrag ist von der SP/JUSO-Fraktion und da geht es darum, dass man doch ergänzen soll, dass man in bestimmten Fällen – in begründeten Fällen – trotzdem die gedruckte Version haben kann. Wir haben es in der GBK sehr lange diskutiert und sind der Auffassung, dass es wahrscheinlich Ausnahmefälle geben wird und ja es ist wichtig, dass man für die Teilnahme an der Demokratie an die Informationen kommt und dort ist natürlich zu gewichten, dass es wichtiger ist als jetzt die Ressourceneffizienz. Nichtsdestotrotz ist es uns wirklich sehr wichtig – ich habe es vorher schon gesagt –, es muss zu einem Paradigmen-Wechsel kommen. Ich habe heute auch die Sachen auf Papier da. Man muss lernen nicht mehr die Sachen auf Papier zu haben. Darum soll es wirklich nur in begründeten Fällen der Fall sein.

Der Präsident bittet um Ruhe.

Die GPK hat dem Antrag der Fraktion SP/JUSO in dem Fall zugestimmt, weil es eine gute Möglichkeit bietet, auf das einzugehen, dass es vielleicht Ausnahmefälle gibt, wenn sich jemand zum Beispiel keinen Laptop leisten kann, wenn jemand keinen Zugang zu einem Drucker hat und so weiter. Also, dass für begründete Ausnahmen die Möglichkeit weiterhin bestehen soll. Der nächste Antrag der Fraktion SVP geht um das Einreichen von Anträgen. Auch hier steht aktuell 12.00 Uhr. Sie sagen, es könnte 11.00 Uhr oder im Eventualantrag um 9.00 Uhr sein. Auch das lehnt die GPK klar ab. Es ist nämlich wichtig, dass eben das Büro, aber auch wir Stadratsmitglieder ein bisschen mehr Zeit haben, mit der neuen Änderung, die angedacht ist, – dass sie eben am Mittwochmittag eintreffen sollen –, damit das Ratsbüro einen ganzen Nachmittag Zeit hat diese anzuschauen: Stimmen sie auch, welche ergänzen sich, welche schliessen sich aus und dass nachher am Abend verschickt wird und dass wir – die Stadträte eben – nachher einen Abend mindestens Zeit haben die Sache anzuschauen. Das ist eigentlich

das, was es effizienter machen sollte und auch machen sollte, dass wir besser vorbereitet sind. Deshalb haben wir den Antrag der SVP auch abgelehnt. In den weiteren Anträgen gehen es nachher um die Sitzungsunterlagen hier im Stadtrat. Auch hier ist ein Antrag der SVP, dass man doch – wie da vorne – die wunderbaren Sachen wieder im Papier haben soll. Da hat sich die GPK ganz klar dagegen entschieden, weil die meistens am Abend telquel entsorgt werden, und das braucht es wirklich nicht. Eben, wie vorher schon gesagt, Paradigmenwechsel. Wir müssen auf das Papier hören, sich irgendwie arrangieren können. Und der Antrag der Mitte ist darum gegangen, dass gerade bei Reglementsänderungen – wir haben heute ein paar von denen, sie haben gesehen auch die Antragsliste, die ist ziemlich dick, die heute aufgelegt ist – dass man wenigstens bei denen, die dort ein bisschen unübersichtlicher sind, ausdrucken soll. Auch das haben wir eingehend diskutiert, denn es ist so, dass es je nachdem ziemlich unübersichtlich ist, aber auch hier haben wir gesagt, es hat viel mit Gewohnheit zu tun. Ein paar Fraktionen arbeiten schon damit, dass sie das irgendwo in einem Shared-Dokument haben und dort die Sachen wohl gerade schon reinschreiben, und auch da möchten wir eigentlich wirklich den Paradigma-Wechsel vorantreiben und lehnen darum auch den Antrag der Mitte ab. Und insbesondere, dass ja zukünftig vielleicht bei ersten und zweiten Lesungen, je nachdem schon bei der ersten Lesung über Sachen abgestimmt werden würde. Hoffen wir mal, dass es vielleicht in der Zukunft auch ein bisschen übersichtlicher wird. Das ist alles, besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Vivianne. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Da käme für die GLP/JGLP-Fraktion, Claude Grosjean.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion: Nur ganz kurz zum Antrag SP/JUSO, GPK aus der zweiten Lesung: In begründeten Fällen sind die Unterlagen auf Antrag in gedruckter Form zuzustellen. Das ist der Status Quo. Heute kennen wir das Opting-in, das heisst, wenn wir den Antrag unterstützen, dann haben wir budgetmässig gar nichts gewonnen. Ich bin überhaupt nicht dafür, dass man die Diskussion ideologisch führt, dass jetzt jeder einen Laptop braucht und kein Papier mehr haben darf. Aber einfach, wenn wir es wieder so machen, dass sich alle, die gleichwohl aus Bequemlichkeit lieber Papier wollen, mit der einfachen Erklärung hinein optieren können, dann haben wir das Ziel nicht erreicht, nämlich auch bei uns und nicht nur bei der Stadtverwaltung zu sparen. Darum bitte ich Euch alle, lehnt den Antrag ab. Merci vielmals. Die SVP-Anträge lehnen wir alle ab. Die übrigen GPK-Anträge nehmen wir an. Vielen Dank.

Präsident: Merci, Claude. Dann wären wir bei Tom Glauser von der SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Wer da in den Stadtrat hineingewählt wird, ist zwar freiwillig da, kommt meistens auch am Abend an die Sitzungen. Papierlos ist eine gute Angelegenheit. Papierlos begrüssen wir auch und nichtsdestotrotz gibt es eben Leute, die noch mit Papier arbeiten. Das können Leute sein, die Augenprobleme haben, wenn sie den ganzen Tag in den Computer reinschauen.

Der Präsident bittet um Ruhe.

Wenn man für 6 bis 7 Stunden in den Computer hinein gafft, hat man am Abend Kopfweh, da tut es manchmal zur Entspannung gut, wenn man Papier bekommt. Ich finde es auch absurd, wenn man einem Parlament, das recht gute Politiker mit gesundem Menschenverstand hat, irgendwie etwas aufdiktieren will. Uns allen ist sicher klar, dass gerade eine papierlose Arbeitsweise sehr ökologisch ist. Zudem kommt dann auch noch, dass das Papier eigentlich sehr gut zu recyceln ist und dass man aus Papier

wieder Papier machen kann. Wir von der SVP würden daher befürworten, dass jedes Einzelne, wenn er eben Papier will, das weiterhin per Post zugestellt bekommt. Es ist mir auch klar, dass, wenn man schaut, die Wände von Papier, die produziert werden und wenn man nachher in den Rat hineinschaut, wie viele Computer aufgeschaltet sind und am Abend wie viel, dass noch drin ist, dass das ein ökologischer Unsinn ist. Das ist mir auch klar. Wie gesagt, wir müssen schauen, dass wir diesen Leuten, die nicht mit Computern arbeiten wollen, sei es aus gesundheitlichen Gründen wegen den Augen, sei es darum, weil sie irgendwie keine Zeit zum Ausdrucken gehabt haben oder eben keine Drucker und Computer haben. Und ich denke es macht auch nicht Sinn, dass man nachher noch Geld investieren würde, wenn wir dann alles papierlos haben. Da kommt dann der Parlamentarier, sagt ja, also dann gebt mir einen Computer und einen Drucker und dieses und jenes, deshalb haben wir eigentlich die Änderungen so durchziehen wollen. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Dann kommt als nächstes Michael Burkard für die GFL/EVP-Fraktion.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Unsere Fraktion ist ja bekannt dafür, dass sie fast mehr Meinungen hat als Mitglieder. Das zeigt sich auch in dem Geschäft, die Diversität. Wir haben eine Mehrheitsmeinung und nachher haben wir 2 Minderheitsmeinungen. Die Mehrheitsmeinung würden sie als "moderat digital" bezeichnen. Die findet, der Paradigma-Wechsel geht zu weit. Da überrumpelt man. Man soll niemanden zwingen, irgendetwas zu machen, dass sie oder er vorhin nicht gemacht hat. Darum lehnt die Mehrheitsmeinung bei uns den Paradigma-Wechsel ab und stimmt dem SVP-Antrag zu. Wenn der nicht durchkommt, würde sie dem SP/JUSO-Antrag auch zustimmen und nachher beim 145er auch allenfalls die Meinung der Mitte bei der Tischaufgabe mittragen. Nachher gibt es noch eine Minderheitsmeinung, die ich als "radikal digital" bezeichnen würde, und die findet doch der Paradigma-Wechsel ist genau das, was wir wollen. Sparen und Effizienz, da machen wir mit und die finden: "Eigentlich lehnen wir die SVP-Anträge ab und stimmen dieser Mehrheitsmeinung zu." Sie würden aber immerhin gnädigerweise doch dann der SP/JUSO Meinung zustimmen, dass man dort immerhin noch ein minimales Opting-out hat, auch mit dieser Begründungspflicht. Nachher gibt es die "fundamental analogen", die finden: "Ja, nein also das geht sowieso zu weit. Wir wollen den SVP-Antrag. Man soll möglichst nichts ändern." Aber die sagen nachher auch, wir wollen nicht unbedingt die Defizit Orientierung, dass man nur in begründeten Fällen, quasi auf den Knien zum Ratssekretariat robben und sagen muss, bitte lasst mich doch wieder an dieser Papier-Wohltat teilhaben. Sondern sie lehne darum auch den SP/JUSO-Antrag ab und sage nein, wir wollen eigentlich auf Linie SVP den Status Quo fahren. Also die Diversität ist gross. Fazit: Mehrheitsmeinung ist im Sinn, moderat digital ja, aber Opting-out muss möglich sein: Darum zur SVP Ja, "faute de mieux" zur SP/JUSO Ja und nachher mit der Mitte noch die kleine Ergänzung bei den Tischaufgaben, dort auch Ja, wenn es das Reglement betrifft. Im Fazit kann man sagen, letztendlich wird wahrscheinlich der Brei nicht so heiss gegessen, wie er da angerührt wird, wenn man das zu Ende denkt. Der Ausweg, der jetzt die SP/JUSO aufzeigt, ist wahrscheinlich auch in der Reflexion entstanden, dass man denkt, dass das passive Wahlrecht unter Umständen ein bisschen geritzt wird, wenn man das konsequent durchzieht. Da muss man einen Ausweg reintun, sonst fällt die Vorlage ab. Der Kollege von uns ist jetzt leider nicht nach, aber der würde sicher auf der Klaviatur des Beschwerderechts spielen und die Praxis erzwingen vom Ratssekretariat, das letztendlich an einem Opting-out nachkommen wird. Darum kann man mit dieser Opting-out-

Klausel in begründeten Fällen – das wird ein Papiertiger sein – leben, aber eigentlich ganz schön ist es nicht, wenn man hier noch dem Ratssekretariat quasi die Macht gibt zu bestimmen, was die Parlamentarierinnen und Parlamentarier für Rechte haben und was nicht. Merci.

Präsident: Merci vielmals. Als nächstes kommt Szabolcs Mihalyi für die SP/JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Ich mache es recht kurz. Ich will nochmal schnell kurz auf das Antworten, was die Vorredenden der GLP und SVP gesagt haben: Erstens, es ist ein Paradigmen-Wechsel, was wir hier machen und das bleibt auch mit unserem Antrag so. Ausserdem wird hier nicht nur Papier, sondern auch Geld gespart, was euch beiden ja jeweils recht wichtig ist und entsprechend bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen. Es soll hier noch gesagt werden – wie gesagt –, dass wer das Zeugs immer noch gedruckt braucht, und ich habe einen Vater, der wird nächste Woche 84-jährig, der würde es auch gedruckt brauchen, der bekommt es auch auf Papier und das ist das allerwichtigste. Denn auch 84-jährige haben einen Platz in unserem Parlament, sofern sie gewählt werden. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Szabolcs. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Dann kommt Tom Berger.

Tom Berger (FDP), Einzelvotum: Nur ganz kurz im Namen des Ratsbüros möchte ich euch doch beliebt machen die Anträge, dass man eben faktisch weiterhin sich alles gedruckt nach Haus schicken lassen kann, abzulehnen. Es ist natürlich so, dass es rein hypothetisch eine Situation geben könnte, in der wirklich eine Person überhaupt nicht fähig ist, ein elektronisches Device zu bedienen. Aber wenn wir einmal ganz ehrlich sind, die Leute, die sich heute alles nach Hause schicken lassen, da zweifeln wir eigentlich sehr stark daran, dass die das nachher auch wirklich alles lesen. Ein nicht kleiner Teil von diesen Unterlagen wird dann einfach, ohne angeschaut zu werden, weggeworfen. Wenn Ihr einmal wirklich etwas auf Papier haben wollt, habt Ihr hinten ein PC-Räumchen mit einem Drucker. Wenn ihr nicht wisst, wie Ihr den PC dort bedienen müsst, können Sie einen Ratsfreund oder jemanden vom Ratsbüro um Hilfe bitten. Aber ich möchte Euch einfach daran erinnern, dass es hier um einen Geldbetrag im hohen fünfstelligen Bereich geht, den wir eigentlich aus dem Budget herausgenommen haben als Ratsbüro und wenn Ihr jetzt die Anträge annehmt, können wir diesen wieder hineintun. Ihr wisst, wie es um unsere Finanzen steht in dieser Stadt und ich glaube, mit diesen Steuergeldern könnten wir viel sinnvoller machen als Papier drucken, das meistens – wie gesagt – ungeschaut im Papierkorb landet. Das ist nicht nur finanziell nicht intelligent, das ist vor allem auch ökologisch nicht intelligent.

Präsident: Merci vielmals, Tom. Dann kommt Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte zuerst vorab Michael Burkard danken. Er hat mir richtig aus dem Herzen geredet. Ich habe zu gut aufgepasst. Ich kann jedes Wort von ihm unterschreiben. Ich möchte auch der SP danken, die die Problematik erkannt hat. Ihr schimpft Euch immer liberale Parteien – die FDP und die GLP –, aber das "Radikal Digital" funktioniert bei gewissen Leuten nicht. Leute, die hier ein Büro haben, die können das problemlos machen. Jemand, der für einen Treuhänder odereinem Architekten arbeitet, der ein Büro hat und vom Büro in den Stadtrat geht, das geht.

Jemand, der im Verkauf, auf dem Bau oder ein Architekt, der auswärts arbeitet, vielleicht von einer Sitzung nach Haus kommt, der kann sich nicht noch all die Anträge nachher ausdrucken lassen. Das geht nicht und dann kommt etwas Zweites: Es ist jetzt gesagt worden, dass man Geld sparen kann. Aber ich habe das Euch schon letztes Mal im Grossen Rat gesagt, was glaubt Ihr, wie viele drucken eine 70-seitigen dicke Planungsvorlage aus, um die nachher genau anzuschauen. Die Gefahr ist gross. Man hat es früher auch schon gesehen, diejenigen die mit dem Couvert kommen und das Couvert an der Fraktionssitzung und im Stadtrat anschauen, die haben vielleicht das Geschäft nicht so vorbereitet. Jetzt sagen alle, dass wir es ja zuhause auf dem Computer angeschaut haben. Aber ich warne Euch, Ihr wollt ein bisschen sparen. Das Büro hat je nachdem auch noch Interesse und auch der Gemeinderat, wenn die Leute die Geschäfte nicht mehr anschauen. Dann hat man nämlich das erreicht, was man verhindern will, dass sie nachher Leute im Saal haben, die nachher abstimmen, die dann sagen, dass die Fraktion es so gesagt hat, deshalb stimme ich wahrscheinlich auch so. Sie haben es vielleicht gar nie angeschaut, denn das ist eine absolut verfehlt Sache. Ich bin der Meinung, das ist der Preis der Demokratie. Ich gehe davon aus, dass es wenige in Anspruch nehmen werde. Ich gehöre auch nicht zu denen, die die 17 Ordnern von den letzten Jahren fein säuberlich geordnet hat. Das habe ich alles auf Internet. Aber ich sage Ihnen ganz klar, wenn Ihr Leute habt, die eben die Möglichkeit nicht haben, es ist nicht etwas vom nicht wissen. Es ist eben häufig vom Arbeitsort abhängig. Da habt Ihr gewisse Möglichkeiten nicht. Eine Verkäuferin oder was auch immer, die hat nicht einen Drucker in ihrem Büro. Ein Arbeiter, den Ihr ja im Stadtrat dann haben wollt, der kann nicht zum Chef gehen und sagen, ich sollte jetzt noch die und die Seite ausdrucken oder den Nachbarn fragen gehen. Das ist dermassen viel Papier und wenn Ihr vor allem die umfangreichen Planungssachen ansieht, und dann gibt es auch Leute, die halt nicht so ein Händchen haben für den Computer. Das "Radikal Digital": Da bin ich auch froh, denn das hat die SP teilweise im nationalen Parlament zurecht gesagt, man darf nicht gewisse Leute abhängen, weil Ihr das einfach macht. Es gibt nicht nur digital Natives und digital Nerds. Es gibt eben noch Leute, die das vielleicht ein bisschen weniger gut können und wenn Ihr die, mehr oder weniger vom politischen Dasein wirksam ausschliesst. Da macht Ihr all das. Dann wollt Ihr immer im Gymnasium fördern. Ihr wollt fördern was auch immer und hier sagt Ihr, wer nicht die Grundkompetenzen hat und die Fertigkeiten und nicht über die Kapazitäten eines grossen Druckers verfügt, der soll es können. Und dann könnt Ihr, wenn Ihr hier seid nichts mehr ausdrucken, dann hat es keine Vorlagen mehr und wenn dann irgendwie der Laptop spinnt oder was auch immer, müsst Ihr das "Gespändli" auf dem Nachbarplatz fragen, ob Ihr sein Handy oder seinen Laptop haben könnt. Und das ist etwas, was ich auch gerne aufzeigen möchte, dann muss der Stadtrat unterwürfig das Ratssekretariat fragen gehen, ob sie wohl so gut sein könnten, die Unterlagen zu geben. Das Ratssekretariat ist freundlich und entgegenkommend, aber wenn man nachher noch das Wieso begründen muss. Darum bin ich für den SVP-Antrag, den wir auch eingereicht haben, wir unterstützen ihn und sonst, wenn der nicht durchkommt, werden wir den von der SP/JUSO unterstützen. Aber denkt immer daran, wir sind Stadträte und wir müssen uns jetzt dann begründen, wieso wir es dann wirklich nicht können, und dann wird man vielleicht sagen sie können es gleichwohl oder Ihr könnt vielleicht mit der Nachbarin oder was auch immer schauen. Ich bin der Meinung, das ist der falsche Weg. Ich frage mich auch – im Grossen Rat hat man noch teilweise gewisse Sachen beschlossen –, ob es dann rechtlich immer taugt, wenn man dann im Saal ist und man hat keine Unterlagen und muss über irgendetwas abstimmen und nachher habt ihr vielleicht noch eine Strompanne oder was auch immer,

dann "gute Nacht um 6 Uhr". Dann läuft Ihr dann wahrscheinlich einmal in ein Beschwerdeverfahren hinein, weil es eben dann nicht geht, wenn hier das Internet abliegt. So Sachen gibt es, habt es ja vorhin auch gesehen, was passieren kann, dann haben wir das. Darum die Leute, die es wollen, lasst denen diese Freiheiten – das sind nicht viele – und da wird das ökologische Gleichgewicht in Bern nicht zusammenfallen, wenn ein paar das Zeug noch haben. Darum danke für die Unterstützung und danke noch einmal den Leuten, die die Problematik auch gesehen haben und an die einfacheren Leute denken. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Es hat keine weiteren Einzelvoten. Damit hätte, wenn gewünscht das abschliessende Wort...verzichtet. Dann kämen wir auch hier zu den Abstimmungen. Wir steigen ein in die Antragsliste und fangen an beim Traktandum 6 mit der Gegenüberstellung des Antrags der GPK versus den Antrag der SVP: Wer den Antrag der GPK unterstützt, drückt Grün, wer den Antrag der SVP unterstützt, drückt Rot und sonst Enthaltung. Wir stimmen ab.

Antrag

1 GPK:

Art. 42 ~~Zustellung und Publikation~~ Sitzungseinladung

~~Die~~ **Als Einladung zu einer Stadtratssitzung werden spätestens 14 Tage vor der Sitzung** mit

a. der **die Traktandenlisten**,;

b. den **die Unterlagen zu den einzelnen Traktanden und**

c. den **die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anträge**

durch das Stadtratssekretariat im Ratsinformationssystem publiziert. Vorbehalten bleibt eine kurzfristige Einberufung des Stadtrats unter besonderen Umständen.

~~Den Mitgliedern des Stadtrats, dem Gemeinderat und der Stadtkanzlei werden als Einladung zur Sitzung die Traktandenliste sowie die Vorträge und Anträge des Gemeinderats zugestellt. Das Stadtratssekretariat versendet diese Unterlagen mindestens 14 Tage vor der Sitzung und publiziert gleichzeitig eine Antragsliste, mit allen bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anträgen zur betreffenden Sitzung, im Ratsinformationssystem. Die Antragsliste wird eine Woche vor der Sitzung und am Mittag des Sitzungstags aktualisiert.~~

~~Gleichzeitig bringt das Stadtratssekretariat den Medien den Versand der Sitzungsunterlagen elektronisch zur Kenntnis.~~

2 Antrag SVP:

Art. 42 Sitzungseinladung

~~Die~~ **Als** Einladung zu einer Stadtratssitzung ~~wird~~**werden** spätestens 14 Tage vor der Sitzung mit

a. ~~der~~ **die Traktandenlisten**,;

b. ~~den~~ **die Unterlagen zu den einzelnen Traktanden und**

c. ~~den~~ **die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anträge**

durch das Stadtratssekretariat im Ratsinformationssystem publiziert. Auf Wunsch einzelner Ratsmitglieder werden die Unterlagen, wie die Einladung zur Sitzung, die Traktandenliste sowie die Vorträge und Anträge des Gemeinderats weiterhin postalisch zugestellt. Das Stadtratssekretariat versendet diese Unterlagen mindestens 14 Tage vor der Sitzung an die betreffenden Ratsmitglieder, die dies wünschen. Die zusätzliche postalische Zustellung muss mindestens 28 Tage vorher verlangt werden. Die postalische Zustellung gilt bis Widerruf.

3 Eventualantrag SVP:

Art. 42 Sitzungseinladung

Die ~~Als~~ Einladung zu einer Stadtratssitzung ~~wird~~**werden** spätestens 14 Tage vor der Sitzung mit

- a. ~~der~~ die Traktandenlisten ~~n_r~~;
- b. ~~den~~ die Unterlagen zu den einzelnen Traktanden und
- c. ~~den~~ die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anträge durch das ~~Stadt~~Ratssekretariat im Ratsinformationssystem publiziert.

Auf Wunsch einzelner Ratsmitglieder werden die Unterlagen Vorträge und Anträge des Gemeinderats, soweit im Seitenumfang 4 Seiten übertreffend, weiterhin postalisch zugestellt. Das Stadtratssekretariat versendet diese Unterlagen mindestens 14 Tage vor der Sitzung an die betreffenden Ratsmitglieder, die dies wünschen.

Die zusätzliche postalische Zustellung muss mindestens 28 Tage vorher verlangt werden. Die postalische Zustellung gilt bis Widerruf.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 1 vs Antrag 2		
Annahme Antrag 1		
Ja	54	
Nein	8	
Enthalten	1	Namensliste 019

Präsident: Die GPK hat obsiegt. Wir stellen den Antrag GPK dem Eventualantrag der SVP gegenüber. Wer den Antrag GPK unterstützt, drückt Grün, wer den Eventualantrag SVP unterstützt, drückt Rot und sonst Enthaltung.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 1 vs Antrag 3		
Annahme Antrag 1		
Ja	52	
Nein	11	
Enthalten	0	Namensliste 020

Präsident: Der ist angenommen. Obsiegt hat der Antrag GPK. Wir stimmen jetzt über den obsiegenden Antrag der GPK ab.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 1		
Annahme		
Ja	59	
Nein	3	
Enthalten	3	Namensliste 021

Präsident: Sie haben dem Antrag GPK zugestimmt. Wir stimmen jetzt über den Antrag SP/JUSO und GPK aus der zweiten Lesung ab.

Antrag

4 SP/JUSO und GPK aus 2. Lesung:

[...] In begründeten Fällen sind die Unterlagen auf Antrag in gedruckter Form zu zustellen.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 4		
Annahme		
Ja	48	
Nein	16	
Enthalten	0	Namensliste 022

Präsident: Antrag SP/JUSO und die GPK aus der zweiten Lesung ist angenommen. Wir gehen weiter auf Seiten Nummer 55: Dort geht es um eine Gegenüberstellung. Wir stellen dort gegenüber Antrag SVP versus Antrag GPK. Wer den Antrag SVP wünscht, drückt Grün, wer den Antrag GPK wünscht, drückt Rot, und sonst Enthaltung.

Antrag

5 Antrag SVP:

2 Die Antragsliste wird eine Woche vor der Sitzung und bis zum Sitzungstag spätestens 12.00 Uhr im Ratsinformationssystem aktualisiert. Auf die Antragsliste aufgenommen wird, was bis 11.00 Uhr des entsprechenden Tages elektronisch beim Ratssekretariat eingegangen ist.

6 Eventualantrag SVP:

2 Die Antragsliste wird eine Woche vor der Sitzung und bis Donnerstag spätestens 12.00 Uhr im Ratsinformationssystem aktualisiert. Auf die Antragsliste aufgenommen wird, was bis 09.00 Uhr des entsprechenden Tages elektronisch beim Ratssekretariat eingegangen ist.

7 GPK:

~~2 Sachgeschäfte sind in einem schriftlichen Vortrag zu begründen. Sie werden in der Regel traktandiert, wenn die Kommission sie verabschiedet hat. Die Antragsliste wird eine Woche vor der Sitzung und bis Mittwochmittag~~ **am Mittwochnachmittag vor dem Sitzungstag, bis spätestens 17.00 Uhr, im Ratsinformationssystem aktualisiert. Auf die Antragsliste aufgenommen wird, was bis 12.00 Uhr am des entsprechenden Tages elektronisch beim Stadtratssekretariat eingegangen ist.** ~~Die Antragsliste wird jeweils eine Woche vor der Sitzung und am Mittag des Sitzungstags aktualisiert~~

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 5 vs Antrag 7		
Annahme Antrag 7		
Ja	5	
Nein	59	
Enthalten	0	Namensliste 023

Präsident: Den Antrag GPK ist favorisiert. Damit stellen wir den Eventualantrag SVP dem Antrag der GPK gegenüber. Wer den Eventualantrag SVP wünscht, drückt Grün, wer den Antrag der GPK wünscht, drückt Rot und sonst Enthaltung.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 6 vs Antrag 7		
Annahme Antrag 7		
Ja	4	
Nein	61	
Enthalten	0	Namensliste 024

Präsident: Ihr habt dem Antrag der GPK zugestimmt. Wir würden in dem Fall jetzt abstimmen über den entsprechenden Antrag der GPK.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 7		
Annahme		
Ja	66	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 025

Präsident: Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Wir gehen weiter zu Seiten 56: Das ist eine Gegenüberstellung. Wir stellen dort gegenüber Antrag SVP versus Antrag Mitte. Wer den Antrag SVP favorisiert, drückt Grün, für Antrag Mitte Rot und sonst Enthaltung.

Antrag

10 Antrag SVP:

Art. 45 Auflage der Sitzungsunterlagen

Die Sitzungsunterlagen liegen für interessierte Ratsmitglieder in genügender Anzahl im Grossratssaal auf.

11 Mitte:

Art. 45 Auflage der Sitzungsunterlagen

Bei Revisionen zu Reglementen liegt die Antragsliste im Ratssaal auf.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 10 vs Antrag 11		
Annahme Antrag 11		
Ja	7	
Nein	55	
Enthalten	1	Namensliste 026

Präsident: Der Antrag der Mitte ist favorisiert worden. Wir stimmen jetzt ab über den obsiegenden Antrag der Mitte.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 11		
Ablehnung		

Ja	11	
Nein	52	
Enthalten	1	Namensliste 027

Präsident: Der ist abgelehnt worden. Der Antrag Mitte ist abgelehnt. Mir ist kleiner Fauxpas passiert. Wir haben vergessen abzustimmen über den Antrag 8 und 9. Antrag Nummer 8 GPK, Seite Nummer 55.

Antrag

8 GPK:

~~3~~ 4 Das Stadtratssekretariat ~~Stadtratssekretariat lässt die an die Mitglieder des Stadtrats gehenden Unterlagen~~ **informiert die Mitglieder des Stadtrats, den Gemeinderat, die Stadtkanzlei und die** gleichzeitig den Medien, ~~wenn~~ **sobald es die Unterlagen zu einer Sitzung gemäss Absatz 1 im Ratsinformationssystem publiziert oder aktualisiert hat.** ~~den Parteien und, zum Selbstkostenpreis, weiteren Interessierten zukommen.~~

9 GPK:

~~4~~ 3 In dringenden Fällen können **Unterlagen** ~~Vorträge oder Anträge,~~ mit einer entsprechenden Ergänzung der Traktandenliste, nach dem in **den Absätzen 1 und 2** erwähnten Zeitpunkt ~~zugestellt~~ **im Ratsinformationssystem publiziert** werden. ~~Vorbehalten bleibt die kurzfristige Einberufung des Stadtrats unter besonderen.~~

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 8		
Annahme		
Ja	61	
Nein	0	
Enthalten	1	Namensliste 028

Präsident: Es ist angenommen worden. Wir stimmen jetzt ab über den Antrag Nummer 9 der GPK, der ist auf Seite 56.

Abstimmung

2023.SR.0111: Antrag 9		
Annahme		
Ja	63	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 029

Präsident: Der ist angenommen. Damit wären wir durch bei den Anträgen. Entschuldigung nochmal für die Verwirrung. Ich hoffe, es ist gegangen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das so bereinigte Geschäft.

Abstimmung

2023.SR.0111		
Annahme		

Ja	58	
Nein	5	
Enthalten	3	Namensliste 030

Präsident: Ihr habt dieser Revision zugestimmt.

2014.BSS.000213

7 Gesamtsanierung und Erneuerung der Ka-We-De; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 7. Das ist die Gesamtsanierung und Erneuerung Ka-We-De. Das ist eine Projektierungskrediterhöhung und der Baukredit inklusive Abstimmungsbotschaft. Wir erteilen der Kommission das Wort. Für die Kommission PVS kommt Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Kommission: Beim vorliegenden Geschäft geht es um die Gesamtsanierung und die Erneuerung der Ka-We-De. Der Gemeinderat...

Präsident: Ich bitte um ein bisschen Ruhe. Ich verstehe den Timur nicht.

Timur Akçasayar (SP) setzt sein Votum fort: Der Gemeinderat legt uns heute eine Projektierungskrediterhöhung und einen Baukredit mit Abstimmungsbotschaft vor. Die vorberatende Kommission PVS hat das Geschäft ausführlich diskutiert und wir beantragen dem Stadtrat das Geschäft anzunehmen. Damit die Planungsarbeiten fortgesetzt werden können, ist eine Projektierungskrediterhöhung um 400'000 Franken auf 6'000'000 Franken beantragt. Dem Kredit hat die PVS mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt. Beim Baukredit geht es um 59'400'000 Franken – darin ist der Projektierungskredit enthalten –, dem hat die Kommission mit 10 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen und einer Enthaltung ebenfalls zugestimmt. Wie üblich bei solchen Geschäften sollen 7'845'000 Franken aus der Spezialfinanzierung für "Eis- und Wasseranlagen" entnommen werden, die für 25 Jahren gültig ist, um den ordentlichen Haushalt zu entlasten. Dieser Entnahme aus der Spezialfinanzierung hat die Kommission einstimmig mit 11 Ja-Stimmen angenommen. Ebenso die Abstimmungsbotschaft ist einstimmig mit 11 Ja-Stimmen angenommen worden. Ich komme zum Geschäft: Die Ka-We-De kennen die meisten hier drin. Es ist eine einzigartige Anlage. Im Sommer kann man dort Baden, im Winter steht eine Kunsteisbahn mit Eishockeyfeld zur Verfügung. Eine solche Anlage ist wichtig in einer dicht bebauten Stadt. Wenn man die Anzahl Besuchenden anschaut, ist das Familienbad sicher das kleinste, welches wir haben. Nämlich mit 50'000 Besucher*innen pro Jahr nicht unbedingt das grösste Bad, aber mit dem Wellenbad ist es eine von den speziellen Attraktionen in der Stadt Bern und sehr wichtig für im Sommer. Die 90-jährige Anlage ist vor ca. 35 Jahren einmal saniert und erweitert worden. Sie ist mittlerweile als schützenswert eingestuft und im Inventar der Kulturgüter von nationaler Bedeutung erfasst, wie das so ist bei so alten Anlagen. Die Ka-We-De hat das Ende von ihrer Lebensdauer erreicht und sie ist dringend sanierungsbedürftig. Die Kühlleitungen müssen komplett ersetzt werden, Elementdecken sind nicht mehr sicher und die Fassade hat mittlerweile auch Schäden. Die gesamte Technik ist auch veraltet und nicht mehr auf dem neusten Stand und entspricht

nicht den heutigen Anforderungen. Zudem haben sich die Nutzungsbedürfnisse der Bevölkerung geändert. So braucht es zum Beispiel mehr Liegewiesen und dafür weniger Garderoben. Mit dem vorliegenden Baukredit und mit der Sanierung soll der Betrieb für die nächsten 25 bis 30 Jahre sichergestellt werden. Die Anlage wird so aufgerüstet, dass die bestehenden Vorschriften eingehalten werden, und wie üblich der Betrieb effizienter und umweltschonender wird. Wie wir es schon bei anderen Projekten kennen, werden hier auch die ECO-Vorgaben eingehalten und die Photovoltaik-Anlagen installiert und ebenso wird die Gasheizung entfernt. In Zukunft gibt es Abwärme- und Wärmepumpen. Was die Schattenflächen und die Liegewiesen angeht, hat es verschiedene Mitwirkungen gegeben und dort hat man bemängelt, eben, dass es fehlende Schattenflächen hat. Darum ist es auch erfreulich, dass mit dem Baukredit und mit dem vorliegenden Projekt 19 Bäume neu gepflanzt werden. Ebenso werden die naturnahen Lebensräume erweitert und jede verfügbare Fläche wird genutzt. Aktuell ist der Anteil von naturnahen Lebensräumen nur bei ca. 3% und wird dann auf 8% gesteigert werden. Es gibt auch ein Mobilitätskonzept und das sieht eine Erhöhung der Veloabstellplätze vor. So sollen bis zu 270 Plätze geschaffen werden, die vor allem im Sommer genutzt werden. Die Parkfelder, die aufgehoben werden, gehören eigentlich dem Tierpark und werden mit einem speziellen Projekt aufgehoben und der Platz, der dort ist, soll auch flexibel genutzt werden. Im Sommer, wo es mehr Velos braucht, sollen eben Veloabstellplätze zur Verfügung stehen und ein Teil von diesen Parkfeldern sollen im Winter als Parkfelder für den motorisierten Individualverkehr (MIV) wegen der schweren Ausrüstungen zur Verfügung stehen. Natürlich werden für Menschen mit Behinderungen weiterhin Parkplätze angeboten. Nach der Sanierung soll die Ka-We-De dann im Sommer weiterhin als Familienbad betrieben werden, aber im Winter nicht mehr für den Eishockey-Ligabetrieb zur Verfügung stehen. Der Ligabetrieb soll künftig in der PostFinance-Arena im Wankdorf und im Weyermannshaus (Weyerli) stattfinden. Sobald die Eisbahn im "Weyerli" saniert ist. Die Ka-We-De und das "Weyerli" dienen sich gegenseitig als Ausweichmöglichkeit, während ihrer Sanierungen. Nach der Sanierung und nach allen Abschlüssen, wird die Ka-We-De dann weitgehend für den Publikumsbetrieb offen sein und es werden dort nur noch Trainings für Junioren-Eishockeymannschaften stattfinden. Wie anfangs erwähnt, hat die PVS die Sanierung von Anfang an kritisch begleitet und den vorliegenden Baukredit rege diskutiert. Dabei haben wir uns die hohen Kosten und die Kostenentwicklung angeschaut und auch die verschiedenen Optimierungen durch die Fitmassnahmen. Auch haben wir über die Nutzungswünsche der Bevölkerung an der Anlage diskutiert. Wie könnte es auch anders sein, auch bei dem Projekt ist der Denkmalschutz ein Thema gewesen und die damit verbundenen Einschränkungen für eine komplett neue Anlage bauen zu können. Auch diskutiert hatten wir die Aufhebung der Parkplätze. Dann sind heute noch Anträge reingekommen und die haben wir auch in der Kommission besprochen. Ich komme zum Schluss: Mit Blick auf die baulichen Möglichkeiten und aufgrund von den Kosten-Nutzen-Verhältnissen wird uns eine kostenoptimierte Variante vom Gemeinderat vorgelegt, die die Bedürfnisse der Bevölkerung an der Wasser- und Eisfläche erfüllt. Darum empfiehlt Euch auch die PVS dem Geschäft zuzustimmen. Merci.

Präsident: Hängst du noch das Fraktionsvotum an?

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Dann hänge ich noch das Fraktionsvotum an. Wie Ihr euch auch sicher vorstellen könnt, haben wir in der SP/JUSO-Fraktion sehr ausführlich über den Baukredit und über die Sanierung der Ka-We-De diskutiert. Uns ist die Bedeutung der Ka-We-De für die Stadt Bern sehr bewusst. In einer zugebauten

Stadt, wo Flächen und Raum Mangelware sind, ist eine Doppelnutzung als Bad im Sommer und als Eisanlage im Winter sehr wichtig und macht die Ka-We-De einzigartig. Nebst den zusätzlichen Rasenfeldern für den Fussball, muss die Stadt auch genügend Eisflächen haben. Schliesslich gehört Eishockey zu einer von den 3 beliebtesten Sportarten in der Schweiz. Die im Bauprojekt angedachten Verbesserungen für einen effizienten und umweltschonenden Betrieb begrünnen wir sehr. Auch die verschiedenen Massnahmen bezüglich Biodiversität. Aber trotzdem sehen wir einiges sehr kritisch. Wir sehen ein, dass die Ka-We-De einen gewissen architektonisch und gestalterischen Charme hat, aber als Baudenkmal verhindert der Schutzstatus eine zeitgemässe Weiterentwicklung der Nutzung und Verdichtung. Uns bleibt wohl nichts anderes übrig, als diesen Umstand zu akzeptieren. Wir sehen auch ein, dass die Teuerung und der schlechte Zustand der Anlage und die vielfältigen Nutzungswünsche zu den hohen Sanierungskosten führen und zum Teil haben Optimierungen vorgenommen werden können. Aber die Kostenentwicklung der Sanierung hat uns nicht erfreut und auch hier bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als diesen Umstand zu akzeptieren. Wir sehen ein, dass wir einen Sanierungsstau in der Stadt Bern haben bei gewissen Anlagen, wie bei der Ka-We-De sogar einen akuten Sanierungsbedarf, aber wir erwarten vom Gemeinderat, dass er mit der mittelfristigen Finanzplanung die Notwendigkeiten und Bedürfnisse aufzeigt, die Herausforderungen für die Zukunft erklärt und auch Prioritäten setzt. Aufgrund von der Dringlichkeit der Sanierung und aus Mangel an Alternativen wird unsere Fraktion dem vorliegenden Geschäft grossmehrheitlich zustimmen.

Präsident: Merci vielmals, Timur. Wir sind in den Fraktionsvoten, zu dem man sich anmelden kann. Da kommt Nora Joos für das GB/JA!.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Ich halte das Votum für Seraphine Iselin, die nach der ersten Sitzung hat gehen müssen. Ein Geschäft zur Ka-We-De ist ja vor nicht allzu langer Zeit, erst gerade im Rat gewesen. Unsere Haltung hat sich seitdem nicht grundlegend verändert. Die Begründung für die Erhöhung vom Projektierungskredit leuchtet uns ein und wir werden dem Kredit zustimmen. Besonders begrüsst die GB/JA!-Fraktion die Verbesserung des Biodiversitätskonzeptes seit der letzten Beratung und wir freuen uns, dass die Anzahl von schattenspendenden Bäumen hat erhöht werden können. Was wir in der Fraktion lange diskutiert haben und auch dieses Mal nur zähneknirschend zustimmen können, ist die Erneuerung der Kunsteisbahn in Zeiten, wo alle möglichen Investitionen priorisiert werden sollten, ist es für uns nicht verständlich, dass in so einen klimafreundlichen Sport wie der Eissport soll investiert werden. Es gibt Alternativen zu gekühlten Eisflächen und das Sportamt sollte darum den Moment nicht verpassen bei Eisbahnen auf klimaverträgliche Alternativen umzuschwenken. Die GB/JA!-Fraktion wird im Rahmen von der Ka-We-De jetzt zustimmen, aber wir behalten uns vor, bei Geschäften betreffend Investitionen zu Eisanlagen in Zukunft eine andere Meinung zu vertreten. Die Anträge von der SVP und zur Abstimmungsbotschaft lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass es in der Abstimmungsbotschaft korrekt wiedergegeben ist, dass nämlich nur ein Teil der Veloparkplätzen im Winter aufgehoben wird. Wir sind der Meinung, dass auch im Winter viele Menschen mit dem Velo zur Eisbahn können und fahren wollen, wieso es auch im Winter Veloabstellplätze braucht. Dem Geschäft und der Abstimmungsbotschaft stimmen wir, wie schon gesagt, zu. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Nora. Als nächstes käme Lukas Gutzwiller von der GFL/EVP-Fraktion.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion teilt die kritische Einschätzung von den zwei Vorrednern der SP und des grünen Bündnisses. Unsere Fraktion findet die Sanierung von der denkmalgeschützten Ka-We-De, ein gutes und wichtiges Projekt, auch wenn es sich – ausser bei den Eisflächen – vor allem um ein Leuchtturmprojekt für das Quartier handelt. Was uns aber Sorgen macht, sind die 60'000'000 Franken, die die Sanierung kostet. Das ist zwar schon absehbar gewesen, als wir dem Projektierungskredit zugestimmt haben. Dummerweise ist inzwischen die Bauteuerung um rund 15% gestiegen. Das einzige positive auf der Kostenseite ist, dass wir 7'000'000 aus der Spezialfinanzierung "Eisflächen" nehmen können, die wir, wie Ihr bekanntlich wisst, in den guten Finanzjahren ansparen konnten. Einer Mehrheit der Fraktion scheint es wichtig, dass man auch bei den Sanierungen von einem denkmalgestützten Objekt vorsichtiger mit den Finanzen umgehen muss, und zwar bereits bei der Ausschreibung. Ein Teil der Fraktion wird sich deshalb der Stimme enthalten, um ein Zeichen zu setzen, dass wir so teuren Bauprojekten kritisch gegenüberstehen und dass wir vom Gemeinderat eine klare Priorisierung von den mittelfristigen Investitionen erwarten. Noch ein Wort zu den ungedeckten Eisflächen, die ab Oktober in Betrieb sollen gehen: Für uns also aus ökologischer Sicht, muss man sich wirklich fragen, ob man im Oktober, wenn man noch fast 20 Grad hat, ungedeckte Eisflächen betreiben soll, ob das wirklich noch einem heutigen Energiestandard entspricht.

Präsident: Merci vielmals. Als nächstes käme Michael Ruefer für die GLP/ JGLP-Fraktion.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion: "Was lange währt, wird endlich gut", kann man in diesem Fall sagen. So kann man auch das Wechselwellenbad der Gefühle beschreiben, die die Ka-We-De seit etwa 2010 durchlebt hat. Die letzte Sanierung ist 35 Jahre her, und die jetzige hat manche Pirouetten gedreht, so fast wie auf dem Eis. Von dem Beschluss des Gemeinderats für eine Schliessung, die es einmal gegeben hat, bis zum Nein zum Eishockey und schliesslich zum Projektierungskredit 2018. Man kann auch sagen, es ist jetzt wahrscheinlich gerade ein bisschen teuer geworden, das ganze Make Over – teuerungsbedingt natürlich –, aber auch weil Kürzungsgelüste es offenbar verwaltungsintern sehr schwer gehabt haben. Wir haben aber die nötigen Fragen: "Braucht es das Wellenbad weiterhin? Was ist mit dem Eisbetrieb?" schon bei der Projektierung stellen können. Der Stadtrat hat Kürzungen dann nicht für nötig befunden. Darum heisst es jetzt, Augen zu und durch, fast wie auf der Wasserrutsche. Wir stimmen darum dieser Projektierungskrediterhöhung und dem Baukredit zu. Ich sage noch schnell etwas zu den Anträgen, die ja nicht das Kerngeschäft, nämlich die Totalsanierung betrifft, sondern dass drum herum, die Parkplätze, ein häufiges Streitobjekt. Dort ist vor allem der Zankapfel: Was passiert eigentlich mit diesen Parkplätzen, die aufgehoben werden, respektive die jetzt Veloabstellplätze werden? Die man eben auch im Winter, wo es die vor allem für den Eishockeybetrieb und für die Vereine braucht. Damit dort doch eine genügende Anzahl Parkplätze zur Verfügung steht. Und für gewisse Irritationen oder für Verwirrung sorgt, dass ein Teil dieser Parkfelder, die eben Veloabstellplätze werden, zur Verfügung stehen sollen. Das sind eben die 20 ungefähr unter diesen Bäumen vor dem Eingang zur Ka-We-De, und dort bitte ich auch im Namen der GLP/JGLP-Fraktion die Verwaltung noch einmal auf die Vereine zuzugehen und zu klären, was da wirklich der Bedarf von diesem einen Teil ist. Ist es da nicht auch möglich einfach die 20 Parkfelder, die es jetzt sind, im Winter je nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Ich erlaube mir auch meine Unterstützung vom Antrag der Tischvorlage zurückzuziehen, dass vor allem aus formellen Gründen, weil ich finde, wir wollen da nicht aktiv in einen

Abstimmungsbotschaftstext eingreifen gehen, sondern es geht um einen inhaltlichen Antrag zu den Parkplätzen. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Michael. Wir kommen zu Thomas Hofstetter von der FDP/Jungfreisinn-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich Timur und der SP nicht widersprechen, sondern dort bin ich voll bei Euch, dass die Denkmalpflege viel dort verhindert und wir unter Geiselaft sind von der Denkmalpflege, aber das können wir nicht mehr ändern. Das ist Realität! Wenn man sich als Sportstadt positionieren möchte, und das macht die Stadt Bern und vor allem auch das Sportamt, welches sagt "Bern bewegt", dann muss die Stadt auch etwas bieten. Was bietet die Stadt Bern den Sportbegeisterten auf der Ka-We-De? Das vorliegende Geschäft ist ein Kompromiss unter der Berücksichtigung von den strengen Einschränkungen der Denkmalpflege, von der veralteten Infrastruktur und dass man es allen recht machen will. Es ist ein hart errungener Kompromiss vor allem für den Winterbetrieb. Zum Glück gibt es weiterhin ein Eishockeyfeld, denn das Eishockey ist das Herz der Ka-We-De im Winter. Die Ka-We-De ohne Eishockey geht nicht. Das wäre der Todesstoss für die Ka-We-De im Winter gewesen. Vielleicht wisst ihr es, ich spiele selbst Hockey, und zwar bei "Bern 96" auf der Ka-We-De und in Zukunft kann ich dort keinen Match mehr spielen. In diesen sauren Apfel beißen wir, wir haben einen Kompromiss gemacht. Ich werde zwar vermissen, wenn ich dort Match...also, dass ich keinen Match mehr habe, dass es nicht mehr nach Büffel riecht, was vom Tierpark überkommt. Das ist einfach einmalig gewesen, das Erlebnis dort. Die Zukunft wird auch zeigen, ob die Lösung gut genug ist und die Ka-We-De dann im Winter überleben. Die Fraktion der FDP/Jungfreisinn wird der Gesamtsanierung der Ka-We-De zustimmen, auch wenn es viel, sehr viel Geld ist, aber es ist aus unserer Sicht alternativlos. Vielleicht noch etwas Nora, wegen dem Kunsteis, dass man mit Kunsteis arbeiten sollte. Also es gibt schon alternativ so Hallen, in denen man auf Plastikeis fahren gehen kann. Das ist einfach wirklich ein Notnagel, das macht keinen Spass. Es ist einfach weniger gut. Wenn es technisch machbar ist, dass man das gleiche Feeling hat, wenn es das gleiche Eishockey ist, dann bin ich absolut dafür, aber momentan ist das einfach noch nicht Stand der Technik. Noch zu den Anträgen: Wir werden alle Anträge unterstützen, die die Einhaltung der Parkfelder insbesondere im Winter vorsieht, dass aber auch aus Klimaschutz-Überlegungen. Ohne die Parkfelder würde der Parkplatzsuchverkehr im Quartier massiv zunehmen. Es würde auch so Mehrverkehr geben. Das wäre auch ein Sicherheitsaspekt, denn es hat ja viele Kinder, die dort herumlaufen und der Mehrverkehr in diesen engen Strassen ist einfach nicht gut. Die Ka-We-De ist ein überregionales Sportzentrum. Aus dem ganzen Kanton kommen dort im Winter Mannschaften für Hockey-Turniere für den Nachwuchs, für unsere Kleinen ab 7 Jahren. Ein grosser Teil der Besucher*innen wird mit dem Auto anreisen. Dementsprechend ist dafür zu sorgen, dass die nicht wild im Quartier parkieren, sondern vor Ort eine Parkplatzmöglichkeit haben. Ausserdem sind die fraglichen Parkplätze unversiegelt. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Dann käme Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich gebe Ihnen zuerst meine Interessenbindung bekannt: Ich wohne in der Nähe der Ka-We-De. Ich bin also Anwohner. Ich bin viel in der Ka-We-De, meine Familie auch. Es ist bekannt, dass ich nicht ein grosser Sportler bin, ja eigentlich nicht Schwimmer, ich bade und Eishockey mache ich schon gar nicht.

Meine Tochter hat Freude daran, aber sie schlägt dem Vater nach. Sie ist im Winter auch lieber oben im Restaurant als auf der Eisfläche. Das ein paar scherzhafte Vorbe-merkungen. Was ist die Ausgangslage? Die Ka-We-De ist ein einzigartiges Objekt, denkmalgeschützt. Ich weiss, man hat es vor einem Weilchen zu tun wollen. Gewisse Leute – sogar von der SVP – haben gesagt, man könne dort eine Wohnüberbauung machen, bis man festgestellt hat, dass das ein wirklich einzigartiges Denkmal ist – ein schützenswertes Objekt –, nur die Anbauten, die man in den Achtzigerjahren erstellt hat, die sind nicht besonders schön. Das ist für uns auch völlig klar. Die dienen vor allem psychologisch dem Lärmschutz, der Lärmbarriere gegenüber der Jubilä-umsstrasse. Aber das Objekt, und das ist eben das entscheidende, das ist eben sowohl im Winter für das Eishockey wie im Sommer eben von grosser Bedeutung. Und es ist vorhin gesagt worden, es sei nur für Bedürfnisse im Winter wichtig, gerade für das Eishockey. Wenn Ihr schaut, im Elfenau-Bus, die Leute kommen von der ganzen Stadt, die dort Eislaufen wollen. Der "EHC 96", das ist nicht ein Quartierhockeyclub, da kom- men die Leute von der ganzen Stadt. Früher hat man gesagt – mit der Sport AG –, man solle alle in die Allmend Eishockey spielen gehen, weil es dort noch ein bisschen mehr Miete gab und dann hat man festgestellt, wir haben gar nicht genügend Eisflächen. Darum hat es die Ka-We-De wieder gebraucht und es ist für mich eben zentral, dass man sie renoviert, und es muss vernünftig sein. Ihr kennt mich, ich habe die Stadt häufig attackiert. Ich mache es häufig, aber hier haben sie viel auch richtig gemacht. Das muss ich auch ganz klar sagen. Man hat nämlich zuerst ein Projekt gehabt, wo man die Sprunganlage von unten hochnehmen wollte, in das obere Becken. Nachher dort un- terschiedliche Tiefen machen, unterschiedliche Niveaus und zusätzlich hätte man dann noch sollen das Schwimmbad verlängern und das abtrennen. Das hätte viel Geld ge- kostet und dann hat man vernünftigerweise – die Stadt und nachher auch das Quartier – gesagt, wir wollen eine vernünftige Sanierung und man hat auf das verzichtet. Und ich muss sagen, das wäre dann wirklich ein Luxus gewesen, das hat man nicht ge- macht. Das ist eben noch richtig, weil die Kinderwie meine Tochter, – das ist wie im "Weyerli"-Bad auf dieser grossen Wasserfläche – gehen dort ihre Exkursionen mit den Luftmatratzen und Tieren und Delfinen machen. Das ist wunderschön. Im Gegensatz zum "Weyerli" ist es eben dann mehr oder weniger überall, so dass es nicht tief ist, dass man nicht noch schauen muss, ob sie im falschen Perimeter drin sind. Wo man darüber reden kann – also ihr habt es vorhin gehört, ich bin nicht der Eishockeyspieler und schon gar nicht der Club-Spieler – ist, dass man unter Umständen, wenn man die schönen warmen Herbsttage hat, dass man die Ka-We-De länger würde offen haben. Da hätte ich auch nichts dagegen, aber ich akzeptiere das im Sinne von einem Kom- promiss, aber da ist dann vielleicht das letzte Wort nicht gesprochen. Das halt vielleicht die Eishockeysaison, wenn es dann später ist, später aufgeht, aber und das ist das entscheidende, lasst die Eisflächen. Wenn Ihr immer jammert, man habe zu wenig Eis- flächen, ist die Ka-We-De ideal. Man kann es gut erreichen mit dem Bus für die Leute aus der Stadt. Lasst das so. Aber was nicht geht, da warne ich Euch wirklich, wenn Ihr die Parkplätze dort abschaffen und aufheben wollt, zumindest gerade im Winter, wenn die Kinder kommen mit der Eishockeysausrüstung. Ihr müsst sehen für die von der Stadt Bern ist es kein Problem, aber bei dem "EHC 96" kommen noch Kinder aus Ittigen oder was auch immer, die wohnen nicht alle neben der Bahnstation und die werden halt dann manchmal gebracht. Teilweise sind es so ganz kleine Knöpfe. Ich glaube, die heissen Mosquitos oder so. Ich bin immer froh, dass meine Tochter nicht Eishockey spielt, sonst müsste sie am Morgen sicher früh aufstehen und nachher das Zeug immer anziehen, aber die, die das machen, sollen das. Aber es ist relativ umfangreich und schwer. Lasst denen die Plätze und nachher noch etwas, erinnert euch, ich habe vor nicht allzu langer

Zeit, gekämpft und ich kämpfe immer noch gegen die Aufhebung der Parkplätze im unteren Kirchenfeld. Was hat man uns dort versprochen? Wir können dann, wenn wir keine Parkplätze mehr haben, können wir dann die Autos bei der Ka-We-De unten abstellen gehen. Dort habe es genügend Plätze. Jetzt hebt Ihr die auch noch auf. Wir haben zwei Anträge von der SVP/Mitte und vom Thomas Hofstetter, die sich dafür einsetzen, dass die Parkplätze bleiben können, die 20, und sonst haben wir nachher auch einen Eventualantrag. Ich weiss, die Chancen sind dort nicht bombastisch, aber denkt dann vielleicht auch daran, der Arbeiter oder die Sozialarbeiterin mit ihren Kindern und die ganze Stellage. Dann will das eine Kind Eishockey spielen gehen und das andere will irgendwie in die Märchengruppe und das schafft sie mit dem Bus nicht, dann hat sie dann weniger Stress, wenn sie mit dem Auto dorthin gehen kann. Als wenn sie dann hier mit beiden Kindern von einem Ort zu dem anderen stressen muss. Denkt auch mal an eure Leute, auch ein bisschen an eure Lebensqualität und an die Leute im Quartier, die kommen mit dem Bus, die brauchen die Parkplätze nicht. Aber denkt ein bisschen über den Tellerrand hinaus, denkt an die Region. Ihr wollt eine Sportstadt sein und eine Sportstadt braucht eine gewisse minimale Infrastruktur, damit man die auch wirklich sinnvoll nutzen kann, sonst macht Ihr einfach wiederum Verbotskultur und ich habe einfach dann Mühe, wenn man dort im Kleinen streng ist, und im Grossen hat man dann Kapazitäten und geht dann grosse Auslandflugreisen machen, um sich weiterzubilden. Das ist einfach einen verhältnismässigen Blödsinn, lasst es sein. Wir haben nachher auch den Eventualantrag von Seiten Vivianne Esseiva und Sibyl Eigenmann, den werden wir unterstützen. Uns geht es darum, dass man eine sinnvolle Lösung macht. Eine Sportstadt, die sicher ist. Also klar, Ihr werdet überrascht sein, die SVP steht hinter diesem Projekt. Wir haben auch zuerst überlegt, will man die Liege-Bridge dort, die man neu macht, will man die umstossen und sagen, wir behalten sie und sanieren die alte Anlage sanft, aber ich habe noch heute Morgen und gestern mit Thomas Pfluger geredet und er hat mir überzeugend darlegen können, dass da der Aufwand für dort auch noch einmal weiter zu sparen, dass das falsch ist. Und wichtig scheint mir einfach der Punkte, dass man sieht, es ist nicht nur eine Anlage für den Sommer, sondern eine für Sommer und Winter. Das muss man klar auch im Abstimmungskampf so kommunizieren, dass man die Chance dort hat, und es ist eine hoch denkmalgeschützte Anlage. Was wollt ihr denn dort machen? Wollt Ihr dann dort eine Skateboard-Anlage machen im Sommer und Winter. Ich glaube, das wäre falsch. Wenn man immer sagt, wir wollen mehr Wasser und wir wollen mehr Eis, unterstützt das einzigartige Baudenkmal. Schaut, dass die Sportstätte den Quartieren und der ganzen Stadt und allen Eishockeianhängern – da bin ich nicht der vorderste – dass es denen etwas nützt. Danke für die Unterstützung. Merci.

Präsident: Merci vielmal, Alex. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Oder ist das noch ein Fraktionsvotum? Einzelvotum, dann käme Vivianne Esseiva. Du musst noch schnell warten. Ich habe dich noch nicht auf dem Bildschirm. Jetzt kommt es gut.

Vivianne Esseiva (FDP), Einzelvotum: An meiner drittletzten Stadtratssitzung habe ich 2 Novums, und zwar habe ich einen Antrag zu spät eingereicht und ich komme als Einzelrednerin. Das habe ich bis jetzt in diesen 7 Jahren Stadtrat sonst nie gemacht. Ihr seht, das hat dann also in dem Fall etwas damit zu tun, dass es hier um eine Herzensangelegenheit geht und das ist das Ka-We-De. Ich finde es sehr, sehr wichtig und sehr, sehr schön, dass das Ka-We-De dann endlich saniert wird. Meine Tochter hat schon ein bisschen Mühe damit, dass dort eben die Bohrer – sie nennt sie momentan

die Bohrer – auffahren im nächsten Herbst und dass sie 2 Jahren nicht dorthin gehen kann. Aber um was geht es in meinem Antrag? Und zwar geht es in meinem Antrag darum, dass es angedacht ist, dass die Parkplätze, die eben aufgehoben werden, im Winter anders genutzt werden können. Mir ist jetzt aber wichtig, dass dort darinsteht, dass sie sollen – das ist immer noch ein bisschen abgeschwächt – genutzt werden können, und dass das "einen Teil" wegfällt und das macht es eigentlich alles wieder anders. Es könnte dann auch nur einer sein. Weil wichtig sind die vom Verein "Bern 96", die von der Stadt sind, ja die werden vielleicht je nachdem sogar mit dem Cargo-Velo oder mit dem Velo anreisen. Aber es sind dort immer Matches von diesen kleinen Kindern, die 7-jährig sind und das sind kantonale Matches. Das heisst das sind Leute vom Kanton, die da anreisen und die kommen nicht mit dem Zug bis ins Ka-We-De und wenn wir die Parkplätze dort nicht haben im Winter, dann fahren die einfach im Quartier herum. Das ist, glaube ich, für niemanden eine Lösung, wenn die nachher im Quartier herumfahren und dort irgendwo Parkplätze suchen. Darum, es ist sehr wichtig, dass da sicher das Sportamt und auch mit allen Vereinen hier schaut, dass man eine gute Lösung findet. Und eben darum soll es auch klar in der Abstimmungsbotschaft drin sein, dass es hier so angedacht ist, dass die Parkfelder dort genutzt werden können, und dass die Abschwächung dort herausgenommen werden soll. Ich wäre Euch sehr dankbar, wenn Ihr für die jungen Nachwuchsspieler des Hockeys, die eher in der Mannschaft sind, die übrigens meistens verliert – ich gehe an viele von diesen Matches schauen, sie verlieren meistens –, wenn wir die wenigstens so unterstützen könnten. Sodass sie zumindest ihr Gepäck nicht zu weit schleppen müssen. Besten Dank.

Präsident: Merci, Vivianne. Als nächstes käme Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Das Ka-We-De gibt es seit 1932, von Hans Beyeler und Rudolf Sinner ist das geplant worden. Das ist eine Sportanlage, in der man eben im Winter Eishockeysport betreiben und im Sommer Wassersport betreiben kann. Als ich das erste Mal diese Ka-We-De gesehen habe, habe ich fast ein bisschen gedacht, ja ist ein bisschen wenig tief da, wenn man da die Banden hat. Aber ich habe dann feststellen müssen, dass es gerade für die Kinder und die Familien sehr hilfreich ist für Schwimmen zu lernen. Ich rede hier auch noch als Einwohner von Wittikofen. Wittikofen hat die französische kantonale Schule. Dort sind viele Diplomatenkinder. Ich weiss, dass die Schulen immer in die Ka-We-De gehen. Ich weiss, dass die Schulen die Ka-We-De schätzen im Winter, wie im Sommer. Man hat bereits das Maulbeer-Bad in der Stadt Bern geschlossen. Man will, dass die Stadt wächst. Es gibt immer mehr Leute und weniger Sportanlagen. Für im Ostring ist das sehr wichtig, dass man die Ka-We-De jetzt saniert. Wie gesagt 1932 ist sie erbaut worden. Man hat sie jetzt immer gebraucht und jetzt ist es nichts als selbstverständlich, dass man sich dort einmal eine Renovation leistet. Tradition, ein einfaches Bad, ein familienfreundliches Bad, ein nachhaltiges Bad. Es können nicht alle ins Wankdorf zum SCB zum Hockeyspielen gehen. Thomas Hofstettler hat es gesagt, ich würde mich freuen, wenn man die Ka-We-De sanieren könnte und als Sportanlage im Ostring und im Kirchenfeld weiter könnte der Bevölkerung zur Verfügung stellen.

Präsident: Merci, Thomas. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Wort der Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die engagierte Debatte. Merci für das gute Referat und die Einführung ins Thema. Die Ka-We-De, das haben wir jetzt von

allen Seiten gehört, ist tatsächlich eine sehr schöne Anlage. Sie hat eine hervorragende Lage – ist sehr eine idyllische Lage –, ist tatsächlich eine wunderbare Anlage und sie ist eben in den Dreissigerjahren von den Architekten Beyeler und Sinner ebenso geplant worden, mit dieser Doppelnutzung. Das ist auch eine sehr originelle Doppelnutzung und sie bewährt sich natürlich sehr, weil die Anlage nicht einfach im Winter oder im Sommer brach liegt, sondern sie wird eben im Winter gebraucht. Sie wird im Sommer gebraucht. Das ist etwas sehr Effizientes, das entspricht auch der Flächen-Effizienz. Ein Wort zu der Denkmalpflege: Es ist überall gesagt worden, die Ka-We-De, das ist eine wunderschöne Anlage, aber warum ist sie denkmalgeschützt? Sie ist eben denkmalgeschützt, weil es eine wunderschöne Anlage ist. Sie ist eben eine wunderschöne Anlage und darum ist sie denkmalgeschützt und wir können das Thema auch noch gerade ausdehnen über die Ka-We-De hinaus. Die Stadt Bern gibt sich sehr Mühe mit sorgfältig bauen. Wir bauen immer mit Wettbewerben, es wird sehr sorgfältig ausgelesen, wer eben eine Anlage baut und die Anlage von der Ka-We-De, das ist nicht eine städtische oder eine kantonale oder eine regionale hervorragende Anlage, sondern das ist eine Anlage von nationaler Bedeutung. Das ist die höchste Schutzstufe im Bauinventar. Warum? Weil sie einfach extrem originell ist, auf der einen Seite, aber auch sehr schön. Es ist das moderne Bauen aus der Zeit der Dreissigerjahre und das sieht man dieser Anlage auch an und wenn sie euch allen so gefällt die Anlage, dann eben, weil sie sehr gut ist und darum ist sie eben auch geschützt. Und weil sie den Schutz hat, ist sie immer noch da, und sie ist immer noch so schön und sie ist auch so sorgfältig immer weiterentwickelt worden. So sorgfältig wie wir sie jetzt auch weiterentwickeln wollen und Ihr könnt schon sagen, wir sind gegen Denkmalschutz, aber das ist ja genau das, was wir wollen. Wir wollen die Qualität, wollen Bauten, schöne Bauten bauen, die sich auch ins Herz der Leute einprägen und das ist bei der Ka-We-De dann eben genau der Fall. Und darum macht der Denkmalschutz sehr viel Sinn, weil damit die Anlage eben auch sorgfältig weiterentwickelt wird, wie das Bauprojekt jetzt auch ist begleitet worden von der Denkmalpflege. Es wird wieder eine sorgfältige Sanierung sein, so dass eben auch für die nächsten Generationen die Ka-We-De dann in dieser Qualität noch vorhanden bleibt. Jetzt zu der Frage der Kosten: Es ist tatsächlich teuer und Ihr seid jetzt am Diskutieren. Wir sind gestern in der Finanzkommission gewesen zu dem Thema. Auf was könnte man verzichten? Der Gemeinderat hat auch einmal probiert zu verzichten. Es ist tatsächlich eine Freizeitanlage und man könnte sagen: "Wo sparen? Man könnte ja bei den Freizeitanlagen sparen." Investieren wir mal doch ein bisschen weniger, machen wir aus der Ka-We-De einen Park und verzichten auf den Badebetrieb und auf den Eisbetrieb. Dort könnte man sehr viel sparen. Wenn Euch das ernst ist, dann macht das, aber dann tragt auch die Konsequenzen. Es wird wieder einen Sturm geben, nicht nur aus dem Quartier, aus der ganzen Stadt. Die Stadt will die Anlage. Diese Anlage ist ihr sehr wichtig. Die Stadtbevölkerung hängt extrem an dieser Anlage. Auch das haben Sie in der Debatte heute Abend gehört. Man kann es probieren, wenn Ihr wollt sparen, dann verzichtet. Aber dann muss man einen Schnitt machen und dann muss man auch Konsequenzen tragen. Wir wollen das nicht. Der Gemeinderat will das nicht. Wir haben probiert unter der "Fit 2"-Vorlage auf was man verzichten könnte? Wir haben gesagt, verzichten wir doch auf den Eishockeybetrieb. Dann sind gerade Hofstetter und Konsorten ins Springen gekommen und haben gesagt: "Nein, auf den Eishockeybetrieb kann man dann überhaupt nicht verzichten". Also es hat alles ein bisschen seine Nase und auch das Sparen bei diesen Investitionen hat auch seine Nase. Bei den Schulbauten sind wir nicht elastisch. Dort können wir nicht sparen, oder auf die Schulbauten können wir nicht verzichten. Schulraum müssen wir zur Verfügung stellen.

Bei den Freizeitanlagen ist das eben auch schwierig, denn wir wollen ja eben der Stadtbevölkerung auch die Freizeitanlage in dieser guten Qualität zur Verfügung stellen. Aber wenn es Euch ernst ist mit dem Sparen, dann müsst Ihr hier jetzt Konsequenzen ziehen und müsst das Mal ernsthaft zur Diskussion stellen. Wir wollen das nicht. Wir beantragen Euch die Sanierung der Anlage, aber das hat dann auch eben Auswirkungen auf das Investitionsvolumen der Stadt Bern. Jetzt die Frage noch zum Eishockey: Die GB/JA!-Fraktion hat die Frage aufgeworfen. Ja brauchen wir überhaupt noch Eisbahnen? Ja, die Frage kann man stellen, aber dann stellen Sie sie jetzt. Auf dem Bundesplatz haben wir eine Eisbahn letzten Winter gehabt und ich glaube, diesen Winter kommt sie auch wieder. So mit dem Plastikbelag kann man natürlich extrem viel Energie sparen. Werft die Frage auf. Dann müsste man die Frage aber jetzt diskutieren. Hier ist konventioneller, traditioneller Eisbetrieb vorgeschlagen, aber wenn Ihr auf den Eisbetrieb verzichten wollt, dann können wir die Frage jetzt diskutieren und nachher ist es dann wieder für 20-30 Jahre vorbei und nachher haben wir dann den Eisbetrieb. Wenn Ihr sagt, man könnte ja auch eine Kunststoffanlage machen, dann ist die Hockey-Fraktion wieder nicht einverstanden. Aber dann wäre das jetzt der Moment die Frage zu diskutieren. Die SP-Fraktion hat die Frage aufgeworfen. Ja warum verdichtet man nicht mehr. Also ich weiss nicht, das ist ja eben der Witz der Verdichtung, dass man einen Winterbetrieb hat und einen Sommerbetrieb. Also ich finde das eigentlich besonders gut. Es ist eine originelle Form der Verdichtung und darum wollen wir eben diese Verdichtung so machen mit dem Winterbetrieb und mit dem Sommerbetrieb. Es ist eine Doppelnutzung. Dadurch ist das Terrain doppelt so gut genutzt, wie wenn man nur eine Nutzung hätte, und darum schlagen wir Euch das vor. Eine weitere Verdichtung sehen wir nicht dort. Also andere Nutzungen auch dort hinzutun, das sehen wir nicht. Es ist mit dem Baden und mit dem Hockey eigentlich der Betrieb – aus unserer Sicht – so gut. Wir danken Ihnen, wenn Sie der Vorlage zustimmen. Der Gemeinderat steht hinter dieser Vorlage.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Der zweite Teil vom Gemeinderatsvotum kommt von Franziska Teuscher. Du müsstest dich noch schnell anmelden, Franziska. Merci.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Es ist gesagt worden, dass 2012 der Gemeinderat die Ka-We-De schliessen wollte. Sie sehen, die Zeiten ändern sich. 2012 ist der Gemeinderat der Meinung gewesen, nicht dass die Ka-We-De nicht ein schönes Bad und denkmalgeschützt ist, aber aus finanzieller Sicht hat er das in Betracht gezogen. Ich bin sehr froh, dass wir heute, wo die Finanzen zwar auch nicht gerade so dastehen wie wir uns das alle wünschen, nicht mehr darüber diskutieren, ob man eine Ka-We-De schliessen soll. Dass sie aber dringend saniert werden muss, das ist glaube ich, allen klar. Die Sanierungen von Eis- und Wasseranlagen, die sind teuer, aber man muss eben auch hier sagen, es ist eine einmalige Anlage und ein solches Geschäft kommt nur etwa alle 50 bis 60 Jahre hier im Stadtrat vor. Im Fall von der Ka-We-De muss man nämlich berücksichtigen, dass wir eine kombinierte Nutzung haben. Wir haben ein Freibad und einen Eisbetrieb und von dem her, kann man eigentlich sagen, mit dem Kredit sanieren wir gerade 2 Anlagen, ein Freibad und eine Kunsteisbahn, und dass die kombinierte Nutzung technisch schwieriger umzusetzen und teurer, aber strategisch richtig ist, ist hier festzuhalten. Es ist ein paarmal schon gesagt worden, die Fläche der Ka-We-De ist knapp und sie wird in dem Sinn eben optimal genutzt, weil wir es im Winter und im Sommer machen können und aus Sicht von denen, die sie nutzen, muss man sagen, die Ka-We-De ist natürlich sehr beliebt. Wir haben in der Ka-We-De fast 150'000 Eintritte pro Jahr, rund 50'000 im Sommer und 95'000 im Winter. Ich sage gerne noch

etwas zu dieser Frage von viel Energie und Kunsteis. Das ist tatsächlich so, eine Eis-anlage braucht extrem viel Energie und da stellt sich schon die Frage, ist das heutzutage, wenn man von Energie sparen oder Klimaerwärmung redet, noch das richtige? Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass es noch das richtige ist. Denn lieber nutzen die Leute in der Stadt Bern eine Kunsteisbahn, als dass sie mit dem Auto irgendwohin fahren und sie nachher dort brauchen. Und der Eissport ist heutzutage sehr beliebt und von dem her möchte der Gemeinderat auch Anlagen zur Verfügung stellen, die die Leute, die das gerne machen eben auch ihren Sport oder einfach ihres "Schlöfle" machen können. Auf die Frage wegen dem Kunststoffeis, das hat der Gemeinderat schon einmal im Auftrag vom Stadtrat geprüft. Da muss man einfach sagen, im Moment ist das noch keine Alternative, weil man kann, nicht das gleiche machen wie auf dem Eis. Aber wer weiss, vielleicht in 20 Jahren ist dann so etwas auch möglich. Aber das Ziel, gleichwohl der Ka-We-De ist, wir wollen hier energieeffizient sein, so gut wie das eben bei einer Eisanlage möglich ist und hier hat man wirklich auch alles darangesetzt. Wir sind im Betrieb sehr sparsam und der Anteil von den erneuerbaren Energien sollte auch fortlaufend erhöht werden. Im Vergleich zu heute wird die Eisfläche bei der Ka-We-De um rund 500 m² kleiner. Die Eisfläche wird im Vergleich zu heute 2 Wochen später aufgehen, was ein Energieverbrauch zusätzlich senkt und denen, die es hier drin gesagt haben, sie möchten lieber 2 Wochen länger in der Ka-We-De baden oder schwimmen können, denen kommt die Massnahme auch entgegen, weil das kann man dann damit nachher machen. Die neue Wasser- und Eistechnik ist natürlich viel effizienter als die, die wir jetzt haben, die eine veraltete Technik ist und neu werden auch Solarpanels auf dem Dach Strom produzieren. All das hat dazu geführt, dass man eben auch bei dieser energieintensiven Anlage aus dem Kredit für Eis- und Wasseranlagen, der nur gebraucht werden kann für eben die energetischen Sachen, dass man dort auch Geld herausnehmen kann. Die 7'800'000 Franken, die erwähnt worden sind. Und von dem her freue ich mich, dass das Geschäft eigentlich hier im Stadtrat gut aufgenommen worden ist. Es hat lange Voten gegeben, das heisst halt, dass eben die Ka-We-De, dann vielen am Herzen liegt und von dem her freue ich mich, wenn Sie diesen Krediten und der Abstimmungsbotschaft zustimmen.

Präsident: Merci vielmals, Franziska. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 1: SVP, Thomas Hostettler, FDP, Mitte.

Antrag

1. SVP / Thomas Hostettler, FDP / Mitte:

Die zwanzig Parkfelder vor der Ka-We-De sollen erhalten bleiben.

2. SVP / Thomas Hostettler, FDP / Mitte Eventualantrag:

Vor der Ka-We-De soll ganzjährig eine Mindestzahl von zehn Parkfeldern erhalten bleiben.

3. Vivianne Esseiva, FDP/JF, Sibyl Eigenmann, Mitte:

Die Abstimmungsbotschaft soll wie folgt angepasst werden:

Zusätzliche Abstellplätze für Velos

Im Sommer werden rund 270 Veloabstellplätze zur Verfügung stehen. Das sind deutlich mehr als heute. Im Gegenzug werden die zwanzig Parkfelder vor der KaWeDe aufgehoben. Im Winter sollen soll ein Teil diese(r) Parkfelder für den Eishockeysport genutzt werden.

Abstimmung

2014.BSS.000213: Antrag 1

Ablehnung			
Ja	17		
Nein	48		
Enthalten	1		Namensliste 031

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zum Eventualantrag: SVP, Thomas Hostettler, FDP, Mitte.

Abstimmung

2014.BSS.000213: Antrag 2			
Ablehnung			
Ja	16		
Nein	47		
Enthalten	1		Namensliste 032

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zur Tischvorlage zum Traktandum 7, Nummer 1, von der Vivianne Esseiva, FDP, Sibyl Eigenmann, Mitte und Michael Ruefer von der GLP. Entschuldigung ohne Michael darauf.

Abstimmung

2014.BSS.000213: Antrag 3			
Ablehnung			
Ja	20		
Nein	42		
Enthalten	0		Namensliste 033

Präsident: Ist abgelehnt. Wir stimmen jetzt ab über das gesamte Geschäft.

Abstimmung

2014.BSS.000213			
Annahme			
Ja	59		
Nein	1		
Enthalten	6		Namensliste 034

Präsident: Das ist angenommen. Wir stimmen jetzt noch ab über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung

2014.BSS.000213: Botschaft			
Annahme			
Ja	65		
Nein	0		
Enthalten	0		Namensliste 035

Präsident: Die ist einstimmig angenommen.

2017.SR.000267

8 Motion Henri-Charles Beuchat (SVP), Michael Daphinoff (CVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Fehlende Handelsregistereinträge der Reitschulbetriebe – Finanzströme, Betriebsrechnung und Mehrwertsteuerpflicht der Reitschule auf dem Prüfstand

Präsident: Wir steigen wieder ein in die Traktanden 8 bis 12. Die werden gemeinsam behandelt. Wir sind letztes Mal stehen geblieben bei den Fraktionsvoten. Bereits geredet haben SP/JUSO-Fraktion, Michael Sutter und für die AL/PdA, David Böhner. Wir wären hier offen für weitere Fraktionsquoten, wenn gewünscht. Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten? Da kommt Mahir Sancar für das GB/JA!

Mahir Sancar (JA!), Einzelvotum: Ich stelle einen Ordnungsantrag, dass die Redner*innenliste gerade schon geschlossen wird.

Präsident: Wir stimmen ab über den Ordnungsantrag.

Abstimmung

2017.SR.000267: Ordnungsantrag Rednerliste schliessen

Annahme

Ja	34
Nein	15
Enthalten	2

Namensliste 036

Präsident: Der Ordnungsantrag ist angenommen worden. Wir fahren in dem Fall weiter mit Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Vorab gebe ich meinem Befremden darüber Ausdruck, dass kaum man gedrückt hat, schon der Ordnungsantrag gekommen ist, für die Rednerliste zu streichen. Das sind gute Demokraten, auch die SP. Ihr habt gesehen, wie knapp ich alle die 4 und 5 Vorstösse begründet haben. Ich habe sogar gemeint, wir würden auch noch von der Fraktion reden. Ich glaube, ich habe 4 oder 5 Minuten geredet und man behandelt jetzt alle gemeinsam zusammen. Ich stelle einfach mit Erstaunen fest, gerade nach diesen Ereignissen, dass man über das nicht reden will. Ich sehe, dass die Mehrheit uns verstummen lassen möchte. Ich danke meinen Fraktionskollegen, die gedrückt haben. Wir können jetzt zu dieser Sache reden. Keine Angst, wir machen nicht eine Debatte bis in die halbe Nacht hinein, aber Ihr habt den anderen, Ihr habt auch den Leuten von euren Fraktionen zu diesen wichtigen Themen Sicherheit das Wort abgeschnitten. Das ist eben genau wie im Kommunismus Nordkorea, da schaut man, dass der Gegner, den man nicht will, dass er nicht reden kann, dass er keine Möglichkeiten mehr hat. Wie gesagt, ich finde es eigentlich schade, denn das sind alte Vorstösse. Ich danke aber auch dem Stadtrat-Präsidenten, der die alten Vorstösse hier wieder auf die Liste drauf getan hat. Vorstösse aus dem Giftschränk, wo ich der Meinung bin, es ist wichtig, dass man über die redet. Wir haben am Anfang geredet

über die Problematik in dieser Diskussion, aber ich muss Ihnen einfach sagen, wenn es so ist – Ihr habt gesehen, wie kurz ich die Vorstösse dann begründet haben –, wenn das jetzt der Dank ist, dass man nachher gerade Ordnungsanträge stellt, dass man nicht mehr diskutieren kann, dann ist das einfach der falsche Weg und wie gesagt, meine Leute sind rasche Drücker. Ihr habt jetzt alles SVP-Mitglieder. Ich finde es eben für die Debatte langweilig, wenn jetzt alles SVP-Mitglieder nacheinander kommen. Ich habe gesagt, eine lebendige Debatte ist, wenn man eine Diskussion führt: Rede gegen Rede, und Argumente dafür sowie Argumente dagegen. Das will man hier offensichtlich nicht. Ich halte einfach fest, uns geht es um die Sicherheit, wir kämpfen nicht gegen die Reithalle per se. Wir kämpfen wirklich für mehr Sicherheit. Ich habe jetzt einen weiteren Vorstoss einreichen müssen. Wenn man dann plötzlich darüber redet, dass dem Gemeinderat nicht bekannt ist, dass Leute ungerechtfertigt Hausverbot haben. Wenn man genau weiss, dass der Polizeidirektor und 2 Stadträte aus politischen Gründen ein Verbot haben, reinzugehen, aber man will nicht einen Ort mit Recht und Ordnung. Nein, es geht darum eben den rechtsfreien Raum, dass man den schützt, dass man hier sogar impliziert, dass vielleicht ungerechtfertigte Hausverbote wirken oder gerechtfertigte Hausverbote. Da sieht der Gemeinderat immer darüber hinweg. Darum werden wir ihn dort drauf behaften und jetzt wird dann meine Fraktion zu diesen Vorstössen in aller Kürze noch Stellung nehmen. Aber denkt daran, Ihr habt euren Leuten das Wort abgeschnitten. Ich frage mich, ob Ihr euren Wählern... Man kann durchaus über die Vorstösse geteilter Meinung sein. Ich wollte nämlich auch den einen Vorstoss von Henri-Charles Beuchat teilweise in ein Postulat umwandeln, aber ich sage jetzt, wenn Ihr es so machen wollt, dann gehe ich vielleicht mit wehenden Fahnen unter, aber dann kann man sagen, diese Diskussion wurde von der Seite der RGM eigentlich nicht eingegangen. Man will im Schatten und der Regie der Stadtpräsident, Schutzgott der Reithalle, die Sache unter den Deckel halten. Also wir halten unseren Vorstössen so aufrecht. Allenfalls gibt es zum einen oder anderen Fall noch eine Wandlung. Ich habe meine formellen Bemerkungen gemacht. Jetzt überlasse ich es meiner Fraktion. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alexander Feuz. Ich bin vorher angefragt worden wegen der Reglements Konformität. Ich lese gerne schnell Artikel 51 vor: Man kann jederzeit die Ordnungsanträge stellen. Das ist der Absatz Nummer 3. In Absatz Nummer 4 kann man jederzeit mit einem Ordnungsantrag den Schluss einer Diskussion verlangen und in Absatz Nummer 5 – und das ist jetzt wichtig – steht, dass wenn dem Ordnungsantrag zugestimmt worden ist, dann noch alle reden dürfen, die noch vor dem auf der Liste gewesen sind, bevor dieser Antrag gestellt worden ist. Das ist bis und mit Erich Hess gewesen. Ich kann an dieser Stelle Janosch Weyermann und Thomas Glauser leider nicht mehr reden lassen. Das steht so im Reglement. Ich bitte darum, dass wir jetzt mit Barbara Keller weiterfahren.

Barbara Keller (SP), Einzelvotum: Ich bin es wirklich langsam leid, wie oft hier über die Reitschule diskutiert oder geredet wird und wie über die Reitschule geredet wird und darum wollen wir das Feld heute auch nicht einfach der SVP überlassen. Mit 16 Jahren bin ich als Dorfkind das erste Mal in die Reitschule in den Ausgang. Für mich ist es dann ein riesiges Highlight und eine neue Welt gewesen. Und auch ich habe am Anfang ein bisschen Respekt gehabt, aber ich habe schnell gemerkt, wie toll der Ort ist, den ich bis heute sehr regelmässig besuche und ja, ich weiss Ihr können gar nicht rein wegen dem Hausverbot. Ihr müsst es nicht noch einmal erwähnen, wir wissen es. Ich will nicht wissen wie oft, dass ich mir das schon angehört habe oder wie viele Vorstösse insgesamt eingereicht worden sind zum Thema Reitschule, aber wenn ich lese,

dass Ihr die sofortige temporäre Schliessung der Reitschule fordert, dann kann ich das wirklich langsam nicht mehr ernst nehmen. Ich weiss viele von diesen Vorstössen sind schon älter, aber sind wir ehrlich nach jeder Demo, in der Ihr nur im Entferntesten das Gefühl habt, sie komme aus dem Reitschul-Umfeld, kommt Ihr sofort wieder mit solchen Forderungen. Ihr wisst so gut wie wir, wie die Mehrheit in dieser Stadt ist und ihr wisst auch genau so gut wie wir, dass die Mehrheiten des Stadtrates hinter der Kulturinstitution Reitschule steht und trotzdem kommt Ihr immer und immer wieder mit den gleichen Forderungen und Hass gegen alles, was entfernt nach Reitschule riecht. Im Wahljahr wird sich die Anti-Reitschulflut wohl nochmal verdoppeln. Leider wird das aber immer wieder gehört und von den Medien aufgenommen. Wir werden auch in Zukunft versuchen, dem weniger Platz zu geben und rufen die Medien darum dazu auf, mal anders über die Reitschule zu berichten als nur mit Anti-Propaganda. Ich möchte morgen in der Zeitung zum Beispiel lesen können, wie breit und vielfältig das Kulturangebot ist, das die IKUR auf die Beine stellt. Ich möchte lesen, wie wichtig die Diskussionen sind, die im queer-feministischen Raum geführt werden. Ich möchte lesen, dass die Mitarbeiter*innen vom "Sous Le Pont" nicht nur hervorragendes Essen zubereiten, sondern nebenbei auch noch Sozialarbeit leisten für die Leute, die auf der Schützenmatte landen und sonst keine Hilfe finden. Ich möchte lesen, wie gut die Arbeit der Sozialarbeiter*innen im Jugendtreff im Dachstock ist. Ich möchte lesen, dass das Megafon – die Zeitung der Reitschule – oft wirklich spannende Recherchen publiziert. Ich möchte auch davon lesen, wie divers das Programm im "Dachstock" ist oder wie cool, dass es ist, dass die Reitschule sogar ein eigenes Schwingfest organisiert. Ich möchte lesen, wie Jugendliche in der Reitschule lernen, kollektive Entscheidungen zu treffen und was die Basisdemokratie heisst. Ich danke allen Leuten, Schüler*innen, dass ihr unser autonomes Kulturzentrum erhaltet und unsere Stadt bereichert. Danke für ihren Idealismus und ihre Arbeit und danke den Medienschaffenden, die hier sind oder mithören, dass ihr morgen Beiträge zur Reitschule publiziert, die aufzeigen, wie vielfältig das Kulturzentrum ist. Dass wir die Anträge ablehnen, muss ich glaube ich nicht noch einmal erwähnen.

Präsident: Als nächstes kommt dann Erich Hess. Entschuldigung, habe ich vergessen, genau: Ordnungsantrag Alexander Feuz. Der müsste schnell noch jemanden anmelden. Guter Punkt, merci. Bitte, kannst du nochmal drücken.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Wie gesagt, ich bin kein Freund von Ordnungsanträgen. Ich sage immer, die Ordnungsanträge vergiften eine Debatte. Aber wir haben jetzt hier einen Fall gehabt, in dem ich Euch bitte auf diesen Ordnungsantrag zurückkommen, so dass man die Rednerliste wieder öffnet. Ich finde, es ist einfach eine Ungenügsamkeit, wenn man die Rednerliste aufmacht und nachher springt man gerade nach vorne und stellt einen Ordnungsantrag für die wieder zu schliessen. Also ich muss sagen, das ist für mich schlechter Stil. Offenbar ist das gemäss Reglement zulässig, das kenne ich, aber wenn man nicht einmal die Gelegenheit hat zu drücken. Nächstens wird es wahrscheinlich noch kommen, dass bei den Fraktionen je nachdem schon der Ordnungsantrag gestellt wird, dass man nicht reden kann. Da schneidet die Mehrheit der Minderheit das Wort ab. Ich bitte aus demokratie-politischen Gründen, auf den Ordnungsantrag zurückzukommen und die Rednerliste wieder für 3 Minuten zu öffnen. Merci.

Präsident: Wir stimmen ab über Ordnungsantrag, die Redner*innenliste wieder aufzumachen.

Abstimmung

2017.SR.000267: Ordnungsantrag Rednerliste öffnen		
Ablehnung		
Ja	21	
Nein	28	
Enthalten	7	Namensliste 037

Präsident: Der Ordnungsantrag ist abgelehnt. Wir fahren weiter mit Erich Hess.

Erich Hess (SVP), Einzelvotum: Es ist eine absolute Sauerei, was hier in diesem Ratssaal passiert. Ich sage, Hochmut kommt vor dem Fall. Ihr wollt diktieren, was in diesem Rat soll diskutiert werden und was nicht. Ihr sagt über was hier soll geredet werden und über die Probleme in dieser Stadt wollt Ihr nicht reden, die Ihr selbst verursacht. Wo Ihr Kriminelle einfach in Schutz nehmt und gar nicht über die Kriminalität in dieser Stadt Bern reden wollt. Antidemokratischer kann es nicht sein, dass ein Reglement über einen Ordnungsantrag ausgehebelt wird. Man hat ein Reglement und nach dem Reglement muss man gehen. Ordnungsantrag kann man durchaus stellen. Aber es kann nicht sein, dass man Ordnungsanträge stellt und nachher so das Ratsreglement umgeht. Also ich bin der Meinung, dass Ihr euch im Prinzip schämen müsstet, dass Ihr so antidemokratische Mittel anwendet. Schämen muss sich auch die Stadt Bern für die Reithalle. Wieso müssen wir so viel über die Reithalle diskutieren, weil eben nie etwas unternommen worden ist, weil eben Recht und Ordnung nicht umgesetzt werden in dieser Reithalle. Es ist immer noch das gleiche. Es wird gedealt in der Reithalle und um die Reithalle herum. Die Polizei darf aus politischen Gründen dort nicht einschreiten, wie man eigentlich einschreiten sollte und die Drogendealer Ding fest zu machen. Es ist, glaube ich, auch eine von diesen Plätzen um die Reithalle herum, wo es am meisten Gewalttaten gibt in dieser Stadt. Das zeigt ja schon, was das für Charakter-Lumpen sind, die in dieser Reithalle verkehren, wenn sie einander so fleissig auf den Kopf geben, die Charakter-Lumpen. Und Ihr nehmt die alle noch in Schutz. Das geht aus meiner Sicht gar nicht und darum müssen wir zwingend jetzt dann einmal greifende Massnahmen gegen die Reithalle ergreifen. Ich bitte Ihnen, die Vorstösse zu unterstützen. Besten Dank.

Präsident: Müsste noch schnell Alexander Feuz anmelden. Es ist nicht eine Rede, sondern es ist eine offizielle Beschwerde, die müssen wir so zu Protokoll nehmen.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ihr könnt euch vielleicht erinnern, in Ostermundigen hat man uns nachher vorgeworfen, man hätte sich nicht offiziell beschwert mit dem Zeug. Ich mache es aus formellen Gründen. Ich bin verpflichtet gegen das Vorgehen, dass man mit der Rednerliste abklemmt, bevor sich die Leute einlocken konnten, formell eine Beschwerde anzukündigen. Ich bin der Meinung, das ist nicht zulässig. Das muss allenfalls das Statthalteramt in erster Instanz entscheiden. Merci.

Präsident: Gut, dann hätte ich jetzt das Wort abschliessend der Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Bei diesen Vorstössen geht es tatsächlich um ein bisschen uralte Vorstösse. Ich bin froh, dass sie irgendeinmal jetzt doch noch zur

Diskussion kommen, aber es ist einmal mehr zu bedauern, dass die Vorstösse erst so spät traktandiert worden sind und nicht dann, als sie noch einigermaßen aktuell gewesen sind. Sie stammen zu grössten Teilen aus dem – oder 4 von 5 – Jahr 2017 bis 2019, also aus der vorletzten Leistungsvertragsperiode. Man hat in der Zwischenzeit im Jahr 2019 eine neue Leistungsvertragsperiode gemacht, in dieser stehen wir jetzt noch bis Ende Jahr und Ihr habt im Februar-März über die aktuelle Leistungsvertragsperiode oder über die nächste Leistungsvertragsperiode bereits diskutiert. Also Ihr habt bereits wieder eine Diskussion geführt über die Reitschule. Also es hat 2 Grundsatzdiskussionen gegeben über die Reitschule zwischen diesen Vorstössen und jetzt ist es schade, dass man erst jetzt über die Vorstösse, die man eigentlich dann hätte diskutieren sollen, noch einmal muss darauf zurückkommen. Zwischen den Vorstössen und jetzt liegt auch eine Pandemie. In der Pandemie, das wisst Ihr, ist das ganze Kulturangebot und das ganze gastronomische Angebot flach gelegen. Man kann auch sagen, dass in dieser Zeit der Pandemie, da hat es ja sehr strenge Auflagen gegeben. Die Betriebe der Reitschule haben sich sehr lückenlos und sehr präzise immer an die Auflagen gehalten. Massiv verändert, in diesen letzten 4 Jahren, hat sich auch das Umfeld der Reitschule. Das betrifft vor allem die Zwischennutzung auf der Schützenmatte und das Ändern des Umfelds hat natürlich auch Auswirkungen auf die Reitschule an sich. Heute kann man feststellen, dass sich das Verhältnis zwischen der Reitschule, der öffentlichen Hand und allen, die dort beteiligt sind, inklusive der Kantonspolizei, sehr stark entspannt hat und alle – gerade eben, wenn es auch darum geht, wenn sich eine Drogenszene anfängt festzusetzen – ziehen eigentlich alle am gleichen Strick und alle probieren dort zu einer Verbesserung der Situation, im Umfeld der Reitschule beizutragen. Nichtsdestotrotz also die Reitschule ist nicht irgendwie ein abgeschliffener oder ein angepasster Betrieb geworden, das soll es auch nicht. Ich sage immer in der Reitschule spielt sich ein grosser Teil des Generationenkonflikts von unserer Stadt ab. Aber dafür wissen wir auch, wo er ist. Das ist dann nicht überall so. In anderen Städten poppt der Generationenkonflikt irgendwie und in irgendeinem Ort auf. Bei uns ist er eigentlich relativ fokussiert und konzentriert auf den Ort dort bei der Schützenmatte und in der Reitschule. Man hätte darum, weil sie eigentlich schon etwas überholt sind, die Vorstösse eigentlich auch zurückziehen oder diskussionslos zur Abstimmung bringen können. Das haben Sie nicht gewollt, darum nehmen wir jetzt oder nehme ich jetzt noch dazu Stellung. An den Anträgen des Gemeinderats hat sich in der Zwischenzeit nichts geändert. Man hatte gesagt, man könnte Teile der Vorstösse als Richtlinie entgegennehmen, das können sie weiterhin so machen. Aber ich halte daran fest, dass wir eigentlich davon ausgehen, dass die Forderungen veraltet sind. Ich gehe noch auf die einzelnen Vorstösse ein: Die Motion Beuchat/Daphinoff, – fehlende Handelsregistereinträge – die haben wir geprüft und haben ausführlich dazu Auskunft gegeben. Die Motion SVP – Stopp der Gewalt –, da haben wir eben so ausführlich zu den Nachforderungen der Motionärin Auskunft gegeben. Bei der Motion Beuchat – externe unabhängige Untersuchung –, will ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Vertragsdokumente unterdessen geändert haben. Der Leistungsvertrag, das Sicherheitskonzept, die Betriebsbewilligung, die sind mehrfach überarbeitet worden, weil es eben auch neue Leistungsverträge gegeben hat. Und im Licht von diesen Änderungen sind die Forderungen eigentlich noch vielmehr überholt, als sie es eigentlich dann schon gewesen wären. Dort bitten wir, um die Ablehnung der Motion. Die Motion der Fraktion FDP – Deeskalation und Optimierung – ist eigentlich obsolet geworden. Die meisten Anliegen mit der Antwort des Gemeinderats und den seitherigen Entwicklungen – Punkte 2, 3, 5 und 6 – sind aus der Sicht des Gemeinderats abzulehnen. Bei den Punkten 1 und 4, beantragt

Euch der Gemeinderat die Annahme als Richtlinie und gleichzeitig den Begründungsbericht zur Kenntnis zu nehmen. Zum Punkt 6 weisse ich nochmal daraufhin, dass die Abklärungen zum Lärmschutz keine Wunderlösung gebracht haben. Viele bauliche Massnahmen haben zu Ablenkeffekten geführt und die Probleme sind verlagert worden. Im Zuge der langfristigen Neugestaltung der Schützenmatte kann man dann das prüfen, wie dass man den Lärmschutz besser rund um die Schützenmatte regeln kann. Bei der Motion "Genug ist genug" der Fraktion SVP möchte ich darauf hinweisen, dass die Rahmenbedingungen mit dem neuen Leistungsvertrag, dem Sicherheitskonzept und der Betriebsbewilligung sich verändert haben, und die Forderungen dadurch nicht mehr auf dem aktuellen Stand sind und darum bitten wir Euch auch bei dieser Motion um Ablehnung. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Wir starten mit der Abstimmungsreihe. Traktandum Nummer 8: Es ist punktweise Abstimmung verlangt worden. Ich habe keine Wandlungen vernommen. Wir stimmen in dem Fall über die Motion als Richtlinie ab, Punkt Nummer 1.

Abstimmung

2017.SR.000267: Punkt 1 als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	9	
Nein	55	
Enthalten	1	Namensliste 038

Präsident: Das ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 2.

Abstimmung

2017.SR.000267: Punkt 2 als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	7	
Nein	53	
Enthalten	0	Namensliste 039

Präsident: Ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 3.

Abstimmung

2017.SR.000267: Punkt 3 als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	9	
Nein	55	
Enthalten	0	Namensliste 040

Präsident: Ist abgelehnt.

2018.SR.000190

9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Gewalt bei der Reithalle die nötigen Massnahmen müssen endlich zum Schutz der Polizei und Dritter ergriffen werden

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 9. Da stimmen wir auch punktweise ab als Richtlinienmotion. Mir ist keine Wandlung in ein Postulat bekannt. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 1.

Abstimmung

2018.SR.000190: Punkt 1		
Ablehnung		
Ja	25	
Nein	39	
Enthalten	1	Namensliste 041

Präsident: Punkt Nummer 1 ist abgelehnt. Punkt Nummer 2.

Abstimmung

2018.SR.000190: Punkt 2		
Ablehnung		
Ja	26	
Nein	38	
Enthalten	1	Namensliste 042

Präsident: Das ist abgelehnt. Punkt Nummer 3.

Abstimmung

2018.SR.000190: Punkt 3		
Ablehnung		
Ja	11	
Nein	53	
Enthalten	0	Namensliste 043

Präsident: Das ist abgelehnt. Punkt Nummer 4.

Abstimmung

2018.SR.000190: Punkt 4		
Ablehnung		
Ja	14	
Nein	51	
Enthalten	0	Namensliste 044

Präsident: Ist abgelehnt. Punkt Nummer 5.

Abstimmung

2018.SR.000190: Punkt 5

Ablehnung

Ja	8
Nein	57
Enthalten	0

Namensliste 045

Präsident: Ist abgelehnt. Punkt Nummer 6.

Abstimmung

2018.SR.000190: Punkt 6

Ablehnung

Ja	8
Nein	57
Enthalten	0

Namensliste 046

Präsident: Ist abgelehnt. Punkt Nummer 7.

Abstimmung

2018.SR.000190: Punkt 7

Ablehnung

Ja	6
Nein	58
Enthalten	0

Namensliste 047

Präsident: Ist abgelehnt. Punkt Nummer 8.

Abstimmung

2018.SR.000190: Punkt 8

Ablehnung

Ja	5
Nein	60
Enthalten	0

Namensliste 048

Präsident: Ist abgelehnt.

2018.SR.000194

10 Motion Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Externe unabhängige Untersuchung des Sicherheitsdienstes der Reitschule bei den Ausschreitungen vom 1. September 2018

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 10. Wir stimmen dort – auch da punktweise – über 2 Punkte als Richtlinienmotion ab. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 1.

Abstimmung

2018.SR.000194: Punkt 1 als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	5	
Nein	60	
Enthalten	0	Namensliste 049

Präsident: Ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 2.

Abstimmung

2018.SR.000194: Punkt 2 als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	5	
Nein	60	
Enthalten	0	Namensliste 050

Präsident: Ist abgelehnt.

2020.SR.000066

11 Motion Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Bernhard Eicher, FDP) - übernommen durch Ursula Stöckli (FDP): Deeskalation und Optimierung Betrieb Reitschule

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 11. Auch hier ist mir keine Wandlung in ein Postulat bekannt. Wir stimmen ab über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2020.SR.000066: als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	15	
Nein	50	
Enthalten	0	Namensliste 051

Präsident: Ist abgelehnt.

2019.SR.000167

12 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Genug ist genug! Die Stadt darf sich nicht länger von kriminellen Aktivisten in Geiselhaft nehmen lassen!

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 12. Auch dort ist die punktweise Abstimmung beantragt worden. Mir ist auch dort keine Wandlung bekannt. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 1.

Abstimmung

2019.SR.000167: Punkt 1		
Ablehnung		
Ja	5	
Nein	60	
Enthalten	0	Namensliste 052

Präsident: Das ist abgelehnt. Punkt Nummer 2.

Abstimmung

2019.SR.000167: Punkt 2		
Ablehnung		
Ja	5	
Nein	60	
Enthalten	0	Namensliste 053

Präsident: Die ist abgelehnt. Punkt Nummer 3.

Abstimmung

2019.SR.000167: Punkt 3		
Ablehnung		
Ja	5	
Nein	60	
Enthalten	0	Namensliste 054

Präsident: Ist abgelehnt. Punkt Nummer 4.

Abstimmung

2019.SR.000167: Punkt 4		
Ablehnung		
Ja	14	
Nein	51	
Enthalten	0	Namensliste 055

Präsident: Ist abgelehnt.

2019.SR.000159

13 Motion Fraktion GFL/EVP (Michael Burkard, GFL) – übernommen durch Marcel Wüthrich (GFL): Ausstieg aus der Flughafen Bern AG

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 13. Das ist eine Motion der Fraktion GFL/EVP, die bestritten ist durch den Gemeinderat. Ich übergebe da das Wort den Einreichenden. Da käme Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Einreichenden: Mit unserer Motion von der GFL/EVP-Fraktion wird der Gemeinderat beauftragt, die Aktien, die die Stadt bei dem Flughafen Bern AG hält, zu verkaufen und den Ertrag zum Schuldenabbau zu verwenden. Wir wollen nicht, dass die Stadt mit der bestehenden Aktienbeteiligung die klimaschädigende Fliegerei ab Bern Belpmoos weiterhin mit Steuergeldern unterstützen soll und insbesondere nicht die private Ferienfliegerei. Mit gerade 3 weiteren nahegelegenen Flughäfen werden die entsprechenden Bedürfnisse schon heute sehr gut abgedeckt. Die 3 Flughäfen kann man aus Berner Sicht sehr gut auch als Bern-Kloten, Bern-Cointtrin und Bern-Mulhouse bezeichnen. Ja, Sie haben richtig gehört, via Bern-Kloten, Bern-Cointrin und Bern-Mulhouse ist unsere Stadt schon heute sehr gut an das internationale Flugnetz angeschlossen und Zürich, Genf und Basel sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln innert nützlicher Frist erreichbar. Nostalgie oder Bequemlichkeit als Argument zum Aufrechterhalten des Flugbetriebs ab Belpmoos das reicht nicht. Der Gemeinderat will die Aktien zurzeit aber nicht verkaufen, weil er glaubt, so Einfluss auf die Entwicklung des Flughafens Bern Belpmoos nehmen zu können. Dem potenziellen Einfluss widerspricht aber, dass die Strategie vom Flughafen – gefühlt jedes halbe Jahr – geändert wird. Da wird beispielsweise mal die Perspektive von einem modernen Mobilitätszentrum genannt oder es wird sogar das Ziel genannt, den Flugverkehr künftig und das natürlich, ohne eine Frist zu nennen, nachhaltiger und klimafreundlicher können auszugestalten. Für die GFL/EVP-Fraktion sind das zurzeit Luftschlösser und wir rätseln darüber, wie das soll erreicht werden können. Auch wenn wir Massnahmen, die den unerlässlichen Teil des Flugverkehrs ökologischer zu machen, grundsätzlich würden unterstützen. Wir sind darum nicht überzeugt, dass der Gemeinderat mit seiner Vertretung wesentlich Einfluss nehmen kann und dann das auch noch soll in die Welt hinaus Strahlen können. Und auch wenn unser Finanzdirektor, gemäss eigenen Aussagen, Feuer und Flamme ist für den neusten Coup, nämlich das Areal zwischen der Flugpiste und der "Gürbe" mit einem Solarkraftwerk zu überbauen, überzeugt uns das nicht ganz. Im Gegenteil, das Projekt steht vielmehr unter dem Verdacht des "Greenwashing". Es riecht wirklich gerade danach, dass mit den angestrebten Zusatzeinnahmen der ökologische und finanziell defizitäre Flugbetrieb soll aufrechterhalten werden können und wenn dann sogar noch daran gedacht muss werden, dass Subventionen könnten fliesen, dann wird das Ganze aus ökologischer Sicht wirklich pervertiert. Gerade auch die private Fliegerei verdient keine Quersubventionierung. Die Privatjetfliegerei ist diese Flugsparte mit dem grössten CO₂ Fussabdruck. Ganz zu schweigen davon, dass sich bei dem besagten Areal um ein ökologisches hochsensibles Gebiet handelt, nämlich um eine Trockenwiese von nationaler Bedeutung. Biodiversität und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden und als Grundeigentümerin müsste die Stadt schon auch noch ein bisschen etwas zu sagen haben. Wenn dann schon soll ein Solarkraftwerk an dieser Stelle gebaut werden, müsste man sich ja eigentlich überlegen,

statt der Trockenwiese gerade auch weite Teile der Start- und Landepiste und sonst freiwerdendem Areal mit Solarpanels zu bestücken. Zugeben auch so ein Konzept wäre noch nicht ganz ausgegoren, aber es wäre aus ökologischer Sicht immerhin konsequent und zukunftsweisend. Das hehre Ziel einer Entwicklung hin zu einem zukunftsfähigen, ökologisch verträglichen und finanziell selbst tragenden Modell scheint uns im Rahmen von einem Flughafen nicht zu erreichen zu sein. Wenn man es wirklich will ernstnehmen mit der Klimaneutralität, dann müsste man die Einführung des Verursacherprinzips und die Kostenwahrheit zum Ziel nehmen. Sprich, es braucht eine vollständige und zwingende Kerosin-Bepreisung und dass das nachher auch in Ticketpreise eingepreist werden müsste. Dazu braucht es mindestens eine angemessene CO₂-Steuer. Nur so werden auch die richtigen Anreize hin zu einem ökologischen verträglichen Flugbetrieb gesetzt und die Innovationen werden auf die Art in die richtigen Bahnen gelenkt. Wenn sich die Flughafen Bern AG für den Werk würde starkmachen, dann verstehen wir. Und jetzt noch zum Formellen: Die vom Gemeinderat als eine Richtlinienmotion eingestufte Motion, wandeln wir in ein Postulat, und zwar darum, weil das für uns jetzt das stärkere Instrument ist, weil wir so im Gegensatz zu einer Richtlinienmotion allenfalls den Begründungsbericht ablehnen könnten. Wir folgen insgesamt zwar aus anderen Argumenten, aber wir folgen dem Gemeinderat und hoffen aber auch, dass damit endlich auch die Thematik von der klimaneutralen Vermögensbewirtschaftung aufgenommen wird, die der Gemeinderat ja mit der Ausrufung des Klimanotstandes angekündigt hat und auf dieser Umsetzung wir schon lange warten. Die GFL/EVP-Fraktion wird die gewandelte Motion an das Postulat überweisen und ist gespannt auf die Auslegeordnung im Begründungsbericht. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Marcel. Wir wären bei den Fraktionsvoten: Johannes Wartenweiler, SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Es ist schon ein bisschen spät. Also Bern hat es nie geschafft, einen ordentlichen Flughafen auf die Beine zu stellen. Wir haben 4 Projekte gehabt, die sind alle gescheitert. Ich glaube, heute sind wir froh und was uns bleibt, ist das Belpmoos. Der ist seit 1929 im Betrieb, ursprünglich sehr von der Stadt Bern vorangetrieben. Deswegen hat es auch historische Beteiligungen an dieser Alpar, die jetzt Flughafen AG beziehungsweise Flughafen Bern AG heisst. Was sie genau machen, das kann man auf der Webseite studieren. Die Stadt Bern ist aber vor allem durch den Wohnbaufonds involviert. Dem gehört nämlich die entscheidende Parzelle 1372 von Belp, und die ist für den Betrieb vom Flugplatz unentbehrlich, weil dort auch Gebäude darauf sind. Darüber sind sie eben mit diesen 3% noch beteiligt. Die Beteiligungen von Flugunternehmen gehören in der Schweiz irgendwie zum guten Ton. Das ist eine Praxis und sind sicher Informationen mit Einfluss und Mitbestimmung, letzteres vielleicht immer weniger. Die wechselnde Geschichte und die steigende Skepsis gegen den Flugverkehr – manchmal habe ich das Gefühl, mehr bei Politik als in der Bevölkerung, die immer noch gerne fliegt – hat der Flughafen Bern heute nicht mehr das beste Renommee und da ändern auch die aktuellen Bemühungen von der neuen Führung nicht viel mehr und zu diesen Bemühungen gehört eben auch die neue grosse Solaranlage. Aber wir glauben, es ist nicht falsch, dass die Stadt als Mitbesitzerin auch die entsprechenden Informationen bekommt und vermutlich ohne Beteiligung an dieser AG hätte sie vermutlich auch keinen Hebel in der Hand, dass auch noch die EWB zu dem Solarkraftwerk einen Beitrag leisten kann. Fazit aus unserer Sicht: Das Engagement der Stadt ist überschaubar. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, jetzt Knall

auf Fall auszusteigen, zumal das Ziel, welches in der Motion angegeben ist, der geforderten Schuldenabbau einfach keine relevanten Ergebnisse bringt. Das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Auf der anderen Seite sind auch – trotz diesen mit der Beteiligung verbundenen Informationsvorsprüngen – die verbundenen Vorteile durch die Beteiligung zwingend aufrechtzuerhalten. Wir gehen davon aus, dass das der Gemeinderat anschauen soll. Wir lehnen die Motion ab, können aber wie auch vom Gemeinderat angeboten, die Motion als Postulat überweisen und der Gemeinderat soll uns die Situation analysieren und bei Gelegenheit Bericht erstatten. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals. Als nächstes kommt Thomas Glauser von der SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Das Belpmoos kennt jeder. Der Flughafen Belpmoos ist auch Tradition. Man hat dort bereits viele Flüge gestrichen. Es ist nicht ein Flughafen wie Genf Cointrin. Man hat relativ wenig Flugbewegungen. Man hat aber Flugbewegungen, die vor allem der Hauptstadt auch dienen. Zum Beispiel gestern ist der Präsident von Frankreich um 11.00 Uhr im Belpmoos gelandet. Kurzer Weg ins Bundeshaus. Sicher ein Flughafen, der seine Berechtigung hat in diesem Rahmen. Ich habe mit Urs Ryf geredet, er ist CEO vom Flughafen Belp. Im Belpmoos ist die grösste Solaranlage der Schweiz geplant mit 35'000'000 Kilowatt, will man dort Strom produzieren. Strom produzieren, der ökologisch ist. Das ist doch sehr begrüssenswert in der Zeit, in der man Stromknappheit hat. Die Fläche beträgt rund 35 Hektaren. Auf den 35 Hektaren kann man nebst der Stromproduktion von diesen 35'000'000 Kilowatt auch noch etwas Landwirtschaft betreiben, das heisst, man kann dort zum Teil Schafe weiden lassen, man kann aber auch noch etwas ernten oder heuen. Man hat dort wirklich ein 2-Nutzungssystem. Durch die Solarpanels wird der Flughafen auch ziemlich wirtschaftlicher und ist nachher auch weniger auf Subventionen angewiesen. Darum befürworten wir von der SVP, dass man dort keinen Ausstieg macht. Einen Ausstieg heisst, dass wir ja auch nicht mehr weiter mitdiskutieren können. Es ist eigentlich egal, was nachher passiert. Der Flughafen Belp ist immer ein Knotenpunkt gewesen der Stadt – der Hauptstadt – und ist auch in Zukunft ein wichtiges Schlüsselgelände, das halt einfach zu Bern gehört.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Dann kommt als nächstes Jelena Filipovic vom GB/JA!

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Erst möchte ich mich ganz herzlich beim Motionär und bei den Mitunterzeichner*innen bedanken für die Motion. Wäre ich im Jahr 2019 im Stadtrat gewesen und nicht irgendwie auf der Strasse am Demonstrieren, dann hätte ich diese Motion mit Sicherheit auch mitunterschrieben. Es ist mir 2019 unerklärlich gewesen, wie man den Flughafen Bern-Belp unterstützen kann, noch kann ich es mir heute erklären. Die Haltung von unserer Fraktion zum Flugverkehr und den Emissionen, die er verursacht, können sich die meisten Ratskolleg*innen denken und ich möchte das nicht wiederholen oder mehr ausführen, ganz zum Wohle der Ratseffizienz. Aber die finanzielle Beteiligung der Stadt Bern am Flughafen Bern-Belp lehnen wir nicht nur ab, weil es absolut absurd ist, in Zeiten einer Klimakrise in die Klimasünder zu investieren und so die Luftfahrt aktiv zu subventionieren. Aber wenn auch noch einer von den klimaschädlichsten Verkehrsmitteln nicht einmal rentabel betrieben werden kann, und darum die öffentliche Hand mit Steuergeldern einspringen muss, dann weiss ich beim besten Willen nicht, wie unsere bürgerlichen Ratskolleg*innen sich für eine Beteiligung an so einem Verlustgeschäft einsetzen können und das so noch plausibel

argumentieren würden. Der Gemeinderat ist sich ja dessen sogar bewusst und sagt: "Der Gemeinderat teilt die Ansicht, dass der Aktienbesitz an der Flughafen Bern-Belp AG kein lukratives Investment ist." Die Beteiligung der öffentlichen Hand am grösseren Flughafen ist in der Schweiz jedoch üblich und nennt dabei die Flughafen Zürich, Genf und Basel. Weil es dann bei uns die Mitsprache bei der Entwicklung von dieser volkswirtschaftlich relevanten Infrastruktur sicherstellt. Aber der Witz ist ja, im Gegensatz zu den Flughäfen Zürich, Genf und Basel, ist der Flughafen Bern-Belp nicht einmal volkswirtschaftlich relevant. Er ist lediglich für, und wenn überhaupt, für Privatjetflieger*innen relevant. Es liegt doch auf der Hand, dass wir unsere Klimaziele erreichen müssen, damit wir mit in eine nachhaltige Mobilität investieren und deutliche Reduktion des Flugverkehrs ist zwingend nötig. Dementsprechend sind auch die Subventionen für den Flugverkehr schlicht unverantwortlich. Dass der Gemeinderat aber eine Antwort verfassen lässt und publiziert, die Sätze beinhaltet, wie: "Eine Entwicklung des Flughafens hin zu einem zukunftsfähigen, ökologisch verträglichen, finanziell selbst tragenden Modell ist damit durchaus denkbar", zeigt eigentlich ganz klar auf, dass weder die Klimakrise, in der wir uns befinden, ernstgenommen wird, noch der Zeithorizont begriffen worden ist, in dem wir die Klimakrise bekämpfen müssen. Wir haben keine Zeit, um auf irgendwelche Märchen von CO₂-neutralen Flugverkehr zu setzen, der sich vielleicht irgendwann mal in Bern rentieren würde. Wir müssen jetzt als Stadt Bern entschlossen handeln und das geht in diesem Fall nur mit einem Verkauf der Aktien am Flughafen Bern-Belp. Darum hätte die GB/JA!-Fraktion die Motion sehr gerne angenommen, findet es schade, dass sie jetzt als Postulat gewandelt worden ist. Aber wir empfehlen Euch natürlich auch das Postulat zur Annahme. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Jelena. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ueli Jaisli von der SVP.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich will noch etwas sagen – ein Detail aus dem ganzen Vorstoss –, und das wären die sogenannten Solarpanels, die man dort unten nachher aufstellen will auf einem riesigen Feld. Es ist sehr wertvolles Kulturland dort unten, es wächst Spargel etc. Man kann das Land sehr, sehr gut brauchen für Gemüse anzupflanzen etc. Jetzt will man dort, einen Teil von dieser Fläche räumen, will die Solarpanels hintun. Ich stelle mir einfach nur vor, wenn dort ein Flieger eine Notlandung machen muss, in die Solarpanne hineinfliegt, die giftige Flüssigkeit geht nachher in den Boden und verseucht das ganze Gebiet dort, das Grundwasser etc. Ich weiss einfach nicht, aber das ist so ein bisschen eine kurzsichtige Energiepolitik, die hier wieder betrieben wird. Man sagt, man könne auch 10'000 Haushalte dann damit speisen, ob das wirklich dann der Fall sein wird, das wird sich dann weisen. Aber ich bin einfach dagegen, dass man einfach die Natur dort unten verschandelt und nachher einfach einem solchen Zweck, der eh ein bisschen fragwürdig ist, nachher preisgibt. Und der Verkauf von diesen Aktien, eben wie gesagt, – da sind wir einheitlicher Meinung in unserer Fraktion – bringt nicht viel rein finanziell. Es ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Danke.

Präsident: Merci, Uli. Dann hätte das Wort der Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Wir reden ja immer wieder über den Flughafen. Dann reden wir immer über die Stadt als Grundeigentümerin. Wir sind Grundeigentümerin und Baurechtsgeberin des Flughafens. Das ist eigentlich die wichtige Funktion, die wir haben. Heute reden wir jetzt darüber, dass die Stadt eben auch Aktionärin ist,

an der Flughafen Bern AG. Vielleicht zudem zuerst ein paar Informationen: Es ist in der Stadt Bern so, dass wir 3,41% am Aktienkapital der Flughafen Bern AG haben. Das ist aber ebenso der Fall bei allen anderen Flughäfen. In der Stadt Zürich am Flughafen Zürich, Stadt Basel am EuroAirport Basel, Lugano an Lugano-Agno, Sion an Sion, alle haben dort auch Beteiligung und die Beteiligungen liegen im zweistelligen Prozentbereich, also deutlich höher als die Beteiligung der Stadt Bern. Genf ist ein bisschen anders. Der Flughafen Genf gehört zu 100% dem Kanton Genf. Neben der Stadt Bern sind auch die Gemeinden Muri und Belp an der Flughafen Bern AG beteiligt und der Kanton. Insgesamt ist der Aktienanteil der öffentlichen Hand 7,5 % und mit dem Aktienanteil hat man natürlich auch den Zugang zu gewissen Informationen in der Entwicklung der Gesellschaft. Weil wir Grundeigentümerin sind vom Flughafen haben wir natürlich auch ein gewisses Interesse zu wissen, was die Gesellschaft auf unserem Land macht, wie es sich entwickelt und darum macht die Beteiligung eben auch aus dem Grund Sinn. Und was macht sie, die Flughafen Bern AG? Es ist gesagt worden, die privat Fliegerei. Das stimmt, aber die private Fliegerei hat natürlich auch einen gewissen Zweck. Also der Rettungsflugwacht ist dort. Die Lions Air ist dort, das sind die, wo Organe transportieren. Die Bundesbasis ist dort. Also die Funktionen des Flughafens haben heute eigentlich vorwiegend zu tun mit Bern als Medizinal-Standort und Bern als Hauptstadt der Schweiz, als Bundesstadt. Auch das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) ist auf dem auf dem Flughafen präsent. Also das sind die Funktionen, die wir eigentlich wollen, dass sie in Bern bleiben und dass die auch von Bern aus können betrieben werden. Also in erster Linie ist Bern als Medizinal-Standort und als Hauptstadt vom Betrieb des Flughafens betroffen und die Funktionen wollen wir eigentlich weiterhin aufrechterhalten. Dann ist jetzt auch gerade zuletzt wieder von Ueli Jaisli und auch von anderen Referentinnen und Referenten angesprochen worden, das Solarprojekt. Der Gemeinderat hat sich das Solarprojekt vorstellen lassen. Das ist noch nicht entwickelt. Das wird jetzt zuerst entwickelt. Wir finden grundsätzlich das Projekt interessant. Wir wollen das sicher anschauen. Es gibt der Verein "Natur Belpmoos". Ich möchte es einfach zur Information sagen, die "Natur Belpmoos", das sind vor allem Segelflieger, die hinter dem Verein "Natur Belpmoos" stehen und Segelflieger sind ja die, die wegmüssten, wenn das Solarprojekt käme. Also schaut einfach immer auch noch, ob die Interessenbindung offengelegt ist von diesen, die sich zu solchen Projekten äussern. Jetzt noch zum Schluss etwas zum Umfang des Investments: Wir haben 4'875 Aktien. Das sind eben die 3,41%. Der Aktienkurs ist heute am Morgen 35 Franken gewesen. Das sind also rund 170'000 Franken, die wir investiert in der Flughafen Bern AG. Das ist ein relativ kleiner Betrag und ist sicher nicht ein Betrag, der sehr essenziell zum Schuldenabbau verwendet werden könnte oder einen grossen Beitrag zum Schuldenabbau würde leisten. Der Gemeinderat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Er ist ja gewandelt worden. In dem Sinn können wir dem Vorstoss zustimmen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Ich frage noch schnell in die Runde, denn ich habe es nicht registriert. Der ist gewandelt worden. Ist das richtig? Gut, es ist gewandelt worden. Merci vielmals. Ich erlaube mir noch schnell die Abstimmung durchzuziehen, bevor wir aufhören. Wir stimmen ab über Traktandum Nummer 13 als Postulat.

Abstimmung

2019.SR.000159: als Postulat

Annahme

Ja 48

Nein	13	
Enthalten	1	Namensliste 056

Präsident: Das ist angenommen worden. Zwei Bemerkungen noch: Es ist so ein gelber USB-Stick gefunden worden. Falls jemand etwas hört, kann man den vorne bei mir abholen. Schon gefunden? Tiptopp. Dann wünsche ich allen ein gutes nach Hause kommen. Offenbar stürmt es draussen wie wahnsinnig, seid vorsichtig haltet euch fern von Bäumen und anderem Zeug, welches herumfliegen und runterfallen kann. Ich hoffe, dass alle gesund und wohlbehalten Heim kommen. Wir sehen uns zu meiner zweitletzten Sitzung wieder. Ich wünsche allen einen schönen Abend. Merci vielmals.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

14 Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL), Patrizia Mordini (SP), Mohamed Abdirahim (JUSO) - übernommen durch Eva Chen (AL): Vulva-Tage in Bern – Die Tabuisierung aufheben

15 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Klimapolitik der Stadt Bern: Grüne Lungen in der Stadt müssen erhalten bleiben: das Gaswerkareal bleibt grün!

16 Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Michael Sutter, SP): Reparationen statt selbstverpflichtete Wohltätigkeit der Burgergemeinde – Anerkennung einer gemeinsamen historischen Verantwortung

17 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern

18 Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, BDP/CVP (Bernhard Eicher, FDP/Tom Berger, JF/Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP/Lionel Gaudy, BDP/Sibyl Eigenmann, CVP): Pilotprojekt Überdachung von Verkehrsflächen an die Hand nehmen

19 Motion Freie Fraktion AL/GPB-DA/PdA (Daniel Egloff, PdA/Christa Ammann, AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Mehr Briefkästen zur unfrankierten brieflichen Stimmabgabe

20 Motion Tabea Rai (AL), Eva Gammenthaler (AL), Mohamed Abdirahim (Juso), Zora Schneider (PdA), Rafael Egloff (Juso) - übernommen durch David Böhner (AL): Ballenberg der Denkmäler auf der Grossen Allmend

21 Postulat Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Elisabeth Arnold, SP): Schulhausneubau Untermatt – Brücke zwischen alten und neuem Quartier

22 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz): Ende Zwischennutzung Schützenmatte: Die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze sind umgehend provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen. Die leidende Stadtkasse ist auf diese Einnahmen von 6000'000 Franken pro Jahr dringend angewiesen!

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Sibyl Eigenmann (Mitte): Nie wieder ist jetzt!
2. Kleine Anfrage Simone Richner, Ursula Stöckli (FDP): Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Berner Stadtverwaltung

3. Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA): Das Partizipationsreglement der Stadt Bern den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen - Menschen mit S-Ausweis sowie Asylsuchenden eine Stimme geben!
4. Kleine Anfrage Lionel Gaudy (Mitte), Lukas Wegmüller (SP): Rollsportanlage Rossfeld - gibt es Quartiere, die bei der Investitionsplanung eine tiefere Priorität erhalten?
5. Dringliche interfraktionelle Interpellation Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF, SVP (Lionel Gaudy, Mitte / Michael Ruefer, GLP / Florence Pärli, JF / Alexander Feuz, SVP): Ist die Stadt Bern im Blindflug unterwegs - was geschieht mit der Vierer-/Mittelfeld-Überbauung
6. Kleine Anfrage Michael Burkard (GFL): Was passiert mit dem Zahngold?
7. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Wird an künftigen Neuzuzügeranlässen auch wieder Fleisch angeboten oder bleibt der Zwang für vegetarische und vegane Verpflegung hier bestehen?
8. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Arbeitsverweigerung durch den Gemeinderat, die am 26.10.2023 gestellten Fragen wurden bewusst nicht beantwortet und müssen deshalb neu gestellt werden! Wieso wurde im Falle des Angriffs Russland auf die Ukraine während Monaten die Ukraine Fahne gehisst, wohingegen beim Angriff Aserbeidschand auf die Enklave Bergkarabach nichts passierte? Wird die Ukraine Fahne wieder gehisst, wenn ja wieso? Wenn nein, warum nicht?
9. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Dürfen aktive SVP-Politiker und der Polizeidirektor nun in der Reithalle aus politischen Gründen diskriminiert werden? Der Gemeinderat will dazu keine Stellung nehmen: Klare Fragen, klare Antworten!
10. Motion Simone Richner (FDP): Stärkung der demokratischen Rechte I: Vereinfachung der Unterschriftensammlung für städtische politische Instrumente
11. Motion Tom Berger (FDP): Stärkung der demokratischen Rechte II: Reduktion des Quorums und Verlängerung der Fristen für städtische Initiativen und Referenden
12. Kleine Anfrage Janosch Weyermann (SVP): Schleichender Abbau der Demokratie-rechte in der Stadt Bern: Was ist mit dem Abstimmungsbriefkasten beim Fundbüro passiert?

Schluss der Sitzung: 22.33 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

09.02.2024

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

11.02.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi